

Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas

Halbjährlich



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS 3
Bevölkerung
und soziale
Bedingungen



Hinweise für den Leser

Verantwortlich für den Inhalt des vorliegenden Berichts: Heikki Salmi, Leiter des Eurostat-Referates A-5 "Technische Zusammenarbeit mit den PHARE- und TACIS-Ländern" in enger Zusammenarbeit mit der Eurostat-Direktion E "Sozial- und Regionalstatistiken und Geographisches Informationssystem", Referat A-1 der Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten und den nationalen statistischen Ämtern der mitteleuropäischen Länder. Vertragsmanagement und -koordination wurden von Andreas Krüger und Isabelle Vançon, Eurostat A-5, gewährleistet. Eurostat A-5 erhielt wertvolle Unterstützung durch Alma Rutkauskienė (Statistisches Amt Litauen) während ihres Aufenthaltes bei Eurostat. Die Datenerfassung wurde unter der Leitung von Jean-Jacques Amity, Andreas Petermann und Myriam Huant, CESD-Communautaire Luxemburg, durchgeführt. Die Finanzierung des Projektes erfolgte im Rahmen des PHARE-Mehrländer-Programms für statistische Zusammenarbeit unter der Zuständigkeit der Generaldirektion Erweiterung. Die Europäische Kommission dankt allen Teilnehmern für ihre Beiträge. Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind jene der Autoren und stellen nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission dar.

Diese Publikation ist in englischer, französischer und deutscher Sprache erhältlich und kann kostenlos über die Eurostat Data Shops und das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften bezogen werden. Diese Publikation kann in englischer, französischer oder deutscher Sprache als PDF-Datei kostenlos über den Eurostat Data Shop in Luxemburg, e-mail: Laurence.eggermont@planistat.datashop.lu, sowie über das ÖIR, e-mail: schausberger@oir.or.at, bezogen werden.

Projektleitung: Herta Tödtling-Schönhofer (Österreichisches Institut für Raumplanung - ÖIR)

Redaktionsleitung: Cornelia Krajasits (ÖIR), Hans Erich Riedl (ÖIR)

Inhalt:

Jüngste Entwicklungen: Hermine Vidovic (Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, WIIW)

Regionale Arbeitsmärkte: *Estland* - Bernhard Schausberger (ÖIR)

Tschechische Republik - Martina Lubyova (Slowakische Akademie der Wissenschaften)

Ungarn - Martina Lubyova *Polen* - Bernhard Schausberger

Slowenien - Franz Delapina (ÖIR)

Statistischer Annex: Anton Hendrich (ÖIR), Bernhard Schausberger (ÖIR), Monika Schwarzhappel (WIIW)

Sprachredaktion: Sindra Schwam (ÖIR)

Wir möchten folgenden Mitarbeitern der Statistischen Zentralämter unseren Dank für ihre Unterstützung aussprechen: Elda Muca (AL), Marie Matouskova (CZ), Kaja Sostra, Katrin Toomel (EE), Blagica Novkovska (FYROM), Ewa Rychlik (PL), Vitalija Motiekaitiene (LT), Iveta Straume (LV), Andrea Zuzcakova (SK), Tomaz Smrekar, Tanja Svajncer (SI), Jeana Apostol (RO)

Ebenso folgenden Mitarbeitern von Institutionen der Arbeitsmarktverwaltung: Peeter Ugand (EE), Olga Dusankova (CZ), Olivér Demkó (HU)

Für weitere Informationen zu dieser Publikation kontaktieren Sie bitte: Andreas Krüger, Eurostat A-5, e-mail: andreas.krueger@cec.eu.int, Bernhard Schausberger, ÖIR, e-mail: schausberger@oir.or.at

Weitere umfangreiche Informationen über die Europäische Union sind über das Internet erhältlich. Die Adresse für den Zugriff auf den Europaserver lautet <http://europa.eu.int>

Katalogdaten sind am Ende dieser Publikation angeführt.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 2000

ISSN 1563-2105

© Europäische Gemeinschaften, 2000 Nachdruck unter Angabe der Quelle gestattet.

Printed in Austria

Einleitung

Der vorliegende zweite Band weist eine gegenüber dem Ersten geänderte Schwerpunktsetzung auf. Im ersten Band wurden die nationalen Arbeitsmärkte und Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in den 10 Beitrittskandidaten sowie Albanien und FYROM dargestellt. Ein zentraler Teil des ersten Berichts bildete der Statistische Annex mit den wichtigsten Indikatoren zu Bevölkerung, quartalsweise Daten zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit aus der AKE sowie grundlegende makro-ökonomische Kennwerte.

Im zweiten Band gilt das Hauptaugenmerk den regionalen Arbeitsmärkten von fünf Ländern Mitteleuropas, nämlich der Tschechischen Republik, Estland, Polen, Ungarn und Slowenien. Ein statistischer Annex für jedes dieser Länder ermöglicht es, anhand aktueller regionaler Arbeitsmarktindikatoren aus der AKE, die Grundzüge einer Geographie von Arbeitsmarktentwicklungen und -problemen zu erkennen. Wichtige Politikbereiche der Union haben als Adressat die Regionen, daher ist die kontinuierliche Erhebung regionaler Kennziffern eine wichtige Aufgabe im Zuge der Beitrittsvorbereitung.

Bei der Verwendung der Regionsnamen wurde versucht, die Namen in der jeweiligen Landessprache anzuführen, gleichzeitig aber den Aspekt der Lesbarkeit und Verständlichkeit zu berücksichtigen. Daher wurden wiederholt Übersetzungen oder andere Hinweise auf die Region gegeben.

Der statistische Annex mit Daten auf nationaler Ebene für alle 12 behandelten Länder wurde fortgeführt, allerdings ebenfalls in modifizierter Form. Es wurde versucht, alle wesentlichen Indikatoren zu Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit nach Geschlechtern differenziert darzustellen und die quartalsweisen Datenreihen zu aktualisieren. Der Betrachtungszeitraum wurde gekürzt und die makro-ökonomischen Indikatoren wurden nicht dargestellt - aufgrund des kurzen zeitlichen Abstandes zum ersten Band hätten sich hier kaum neue Erkenntnisse ergeben.

Wieder wird, im Interesse einer hohen Verbreitung, der Bericht sowohl auf Papier als auch elektronisch kostenlos verteilt.

Die Bearbeiter möchten an dieser Stelle den zahlreichen Partnern in den Statistischen Ämtern und Arbeitsverwaltungen der Länder Mitteleuropas für Ihr Interesse an dem Projekt und insbesondere die tatkräftige Unterstützung danken.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	5
Jüngste Arbeitsmarktentwicklungen in den Ländern Mitteleuropas	7
Regionale Arbeitsmärkte	13
Tschechische Republik	18
CZ - Regionalstatistischer Annex	22
Estland	24
EE - Regionalstatistischer Annex	28
Ungarn	30
HU - Regionalstatistischer Annex	34
Polen	36
PL - Regionalstatistischer Annex	40
Slowenien	42
SI - Regionalstatistischer Annex	46
Annex - Statistische Tabellen	49
BG - Bulgarien	50
CZ - Tschechische Republik	51
EE - Estland	52
HU - Ungarn	53
LT - Litauen	54
LV - Lettland	55
PL - Polen	56
RO - Rumänien	57
SI - Slowenien	58
SK - Slowakei	59
AL - Albanien	60
FYROM - Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien	61
Abkürzungen und methodische Anmerkungen	62

Zusammenfassung

Jüngste Arbeitsmarkttrends in den Ländern Mitteleuropas

In den ersten Monaten 1999 setzte sich der Konjunkturabschwung, der in den meisten Ländern Mitteleuropas bereits 1998 spürbar war, fort. Lediglich Slowenien konnte auf ein höheres Wachstum als im Vorjahr verweisen. Rumänien verzeichnete im dritten aufeinanderfolgenden Jahr einen Rückgang des BIP. Auch die baltischen Staaten, die in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Wachstumsphase durchliefen, gerieten in der Folge der Rußlandkrise in ein Tief. Mit Ausnahme Ungarns erlitten alle Länder zum Teil starke Rückgänge der Industrieproduktion. Ausschlaggebend für die Verlangsamung bzw. den Rückgang des Wirtschaftswachstums waren u.a. externe Schocks (die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise, der Rußlandkrise und des Kosovokonfliktes und geringerem Wachstum innerhalb der EU), hauptsächlich jedoch interne Schwächen, wie etwa die langsame Umsetzung institutioneller Reformen, die verzögerte Umstrukturierung der Unternehmen, steigende Kreditkosten oder die hohe Verschuldung der Unternehmen.

In den meisten Ländern Mitteleuropas ging der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten mit einem Sinken der Beschäftigung einher. Von dieser Entwicklung am meisten betroffen waren Bulgarien (-6%), Estland (-4,4%) und die Slowakei (-3,6%). In Ungarn und Litauen wurden hingegen abermals Beschäftigungsgewinne verzeichnet. Trotz massiver Beschäftigungseinbrüche während der gesamten Transformationsperiode lag die für die gesamte Region errechnete Beschäftigungsquote 1998 über dem EU-Durchschnitt. Ähnliche Resultate ergibt auch eine Analyse der Erwerbsquoten. Ein Vergleich mit den EU Ländern zeigt die noch immer relativ hohe Erwerbstätigkeit der Frauen in den Ländern Mitteleuropas.

Seit Beginn der Transformation kam es in nahezu allen Ländern Mitteleuropas zu starken Veränderungen in der sektoralen Beschäftigung: während die Industrie und zum Teil die Landwirtschaft mit massiven Beschäftigungsverlusten konfrontiert waren, nahm die Beschäftigung im Dienstleistungssektor merklich zu. Rumänien, mit einem ständig wachsenden Beschäftigungsanteil in der Landwirtschaft (1998:40%) bildet eine Ausnahme. In der Industrie weisen die Tschechische Republik, Slowenien und die Slowakei noch immer weit über dem EU-Durchschnitt liegende Beschäftigungsanteile auf. Ungarn und Estland verfügen über den am meisten entwickelten Dienstleistungssektor.

Nach Jahren des Rückgangs, nimmt die Zahl der Arbeitslosen seit dem zweiten Halbjahr 1998 in den meisten Ländern Mitteleuropas wieder zu. Im zweiten Quartal 1999 waren in der Gesamtregion geschätzte 5,6 Millionen Personen arbeitslos, was eine Steigerung von 15% zur Vergleichsperiode des Vorjahres bedeutet. Die für 1999 verfügbaren Daten und zwar sowohl die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (AKE) als auch die Registerdaten

weisen im Vergleich mit dem Vorjahr eindeutig auf wachsende Arbeitslosigkeit hin. Am stärksten betroffen sind die Slowakei mit einer um 4 Prozentpunkte höheren Arbeitslosenquote als in der jeweiligen Vergleichsperiode 1998, aber auch Bulgarien, Estland und die Tschechische Republik (jeweils plus 2 Prozentpunkte). Ungarn und Litauen melden hingegen rückläufige Arbeitslosenzahlen. In vier Ländern - Estland, Ungarn, Litauen und Rumänien - waren die Arbeitslosenquoten der Frauen geringer als jene der Männer. In den meisten Ländern ist die Jugendarbeitslosenquote doppelt so hoch wie die durchschnittliche Rate, in Rumänien und Lettland sogar dreimal so hoch. Letzteres weist gemeinsam mit Bulgarien die höchsten Jugendarbeitslosenquoten auf, am niedrigsten sind sie in der Tschechischen Republik und Ungarn. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen nimmt mit Ausnahme Sloweniens und Albanien in allen Ländern seit 1996 ab. Während in Albanien und in der FYROM zwischen 80-90% aller Arbeitslosen bereits länger als ein Jahr Arbeit suchen, sind es in der Tschechischen Republik und Litauen nur rund 30%. Neben Albanien und der FYROM, übersteigt der Anteil der Langzeitarbeitslosen nur in Slowenien und Bulgarien den für die EU errechneten Durchschnitt von 49,5%.

Regionale Arbeitsmärkte

Regionale Arbeitsmärkte in den Ländern Mitteleuropas werden durch zwei Entwicklungstrends charakterisiert: Einerseits sind ein dynamisches Beschäftigungswachstum und die geringste Arbeitslosigkeit meist in den Hauptstadregionen anzutreffen. Der Dienstleistungssektor expandiert und bietet Arbeitsplätze mit den vergleichsweise höchsten Lohnniveaus. Andererseits gibt es in den meisten Ländern Mitteleuropas Regionen mit großem Besatz an Schwerindustrie Neben sozialen Problemen, primär verursacht durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, vereinzelt auch durch ethnische Spannungen, ist meist auch die regionale Umweltsituation kritisch.

Die Arbeitsmarkttrends in den ländlichen Regionen sind von mehreren Faktoren gekennzeichnet. Die Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft sind selbst innerhalb der Staaten sehr heterogen. Große Produktionsgenossenschaften wurden entweder völlig aufgelöst oder in Teilbetriebe zerlegt, daneben entstanden kleinere und Kleinstbetriebe, vielfach im Nebenerwerb bzw. für den Eigenbedarf der ländlichen Bevölkerung. Beschäftigung in der Landwirtschaft ist vielfach mit Unterbeschäftigung oder versteckter Arbeitslosigkeit verbunden. Die industriellen Strukturen der Klein- und Mittelstädte sind meist wenig diversifiziert und bestehen oft aus in den 70er bzw. frühen 80er Jahren ausgelagerten Produktionssegmenten, mit kaum vorhandenen Chancen, als eigenständiger Betrieb zu überleben. Die Mobilität der Arbeitskräfte ist eingeschränkt, da die Kosten des Pendelns und die hohen Wohnungspreise kaum Wohnortveränderungen ermöglichen. Auch eine geringe Qualifikation der Arbeitskräfte wirkt mobilitätshemmend.

Sehr deutliche Unterschiede zwischen "Gewinnern" und "Verlierern" zeigen sich bei den Grenzregionen. Die Regionen an der Grenze der EU zeigen längerfristig eine positive Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung, insbesondere in Handel und Tourismus. Regionen an der Grenze zu Rußland, Weißrußland und zur Ukraine tendieren zu "internen Peripherien", wobei dies besonders im Falle mangelnder Verkehrsinfrastruktur und Distanz zu größeren Städten gravierende Probleme schafft. Die Landwirtschaft muß dort eine steigende Zahl von Arbeitskräften aufnehmen, da Industriebetriebe laufend Beschäftigte abbauen und kaum neue Produktionen aufgebaut werden.

Unter den fünf hier behandelten Beitrittskandidaten sind in absoluten Größen drei Gruppen bzw. Länder zu unterscheiden. Polen ist, gemessen an Einwohnerzahl und Gesamtfläche mit Abstand das größte der Länder, gefolgt von der Tschechischen Republik und Ungarn. Slowenien und Estland zählen zu den kleinsten Ländern Mitteleuropas. Für alle Länder sind die wesentlichsten Arbeitsmarktindikatoren direkt aus der Arbeitskräfteerhebung verfügbar. Im Falle Polens und Tschechiens gilt dies für die Ebene II, im Falle Ungarns für die Ebenen II und III, für Estland und Slowenien für die Ebene III. In den beiden letztgenannten Ländern sind die Möglichkeiten einer weitergehenden regionalen Differenzierung der Indikatoren nach Altersgruppen und Geschlecht eingeschränkt.

Polen ist das einzige Land mit einer insgesamt leicht steigenden Bevölkerungszahl, mittel- bis längerfristig wird auch dort eine Trendumkehr erwartet. In Polen, aber auch in der Tschechischen Republik und in Ungarn ist der Anteil jüngerer Altersgruppen an der Bevölkerung in den Regionen mit der schwierigsten Arbeitsmarktsituation relativ hoch. Daraus resultierend ist ein anhaltendes Migrationspotential in Richtung der großstädtischen Arbeitsmärkte zu erwarten.

Bei der Erwerbsbevölkerung war mit Ausnahme Ungarns in allen Ländern eine Zunahme zu verzeichnen, die regionalen Unterschiede in den Beschäftigungsquoten sind aber erheblich, insbesondere in Ungarn (von 42 bis 55 %) und Slowenien (48 bis 62 %).

Die kurzfristige Beschäftigtenentwicklung zeigte insbesondere in Polen, aber auch in Estland erhebliche regionale Differenzen. In Polen wurden teils starke Rückgänge in kleineren Regionen durch ein moderates Wachstum in den Wirtschaftszentren kompensiert, in Estland ist vor allem der Westen des Landes Träger der insgesamt positiven Tendenz. Die Tschechische Republik und Ungarn zeigten ein ausgeglicheneres Bild. Die Beschäftigungsentwicklung der Hauptstadtregion war nur in Ungarn signifikant hoch, in den anderen Ländern wurde der Vorjahresstand gehalten (für Slowenien gibt es keine Vergleichsdaten). Die Entwicklung in den Grenzregionen zur EU zeigt ein heterogenes Bild: Beispiele besonders günstiger, kurzfristiger Wachstumstrends gibt es in Polen (Westgrenze) und der Tschechischen Republik (Südgrenze).

Hinsichtlich der Sektorstruktur zeigen vor allem Industrie und Landwirtschaft bemerkenswerte Entwicklungen. Konzentrationen von Schwerindustrie sind vor allem in Polen, der Tschechischen Republik und in Estland die Ursache gravierender regionaler Arbeitsmarktprobleme, wobei sich aber in Polen die Problematik nicht in der Höhe der Arbeitslosigkeit niederschlägt. Im Falle Ungarns werden Regionen mit rückläufiger industrieller Beschäftigung erst auf der Ebene III erkennbar, während auf der Ebene II die Regionen mit den höchsten Beschäftigtenanteilen in der Industrie in der jüngsten Vergangenheit sehr günstige Entwicklungen verzeichnen konnten. In Slowenien ist vor allem die strukturelle Schwäche der Industrie um Maribor an den regionalen Arbeitslosenraten ablesbar.

Die landwirtschaftliche Beschäftigung ist in absoluten Größen im Ländervergleich in Polen bei weitem am höchsten. Regionale Konzentrationen ungünstiger struktureller Faktoren sind primär in Polen und Ungarn, aber auch in Slowenien und Estland zu beobachten. In Polen sind im Zusammenhang mit ungünstigen Produktions- und Arbeitsmarktstrukturen besonders die Grenzregionen zu Weißrußland und der Ukraine hervorzuheben. Tendenzen zur Entstehung interner Peripherien sind vor allem für Polen, aber auch für Teile Ungarns relevant.

Die stärksten regionalen Differenzen der Arbeitslosenraten zeigen Polen (9,5 bis 20 %) und die Tschechische Republik (4 bis 14 %). In Polen ist die Situation derzeit in der Region um Krakau am günstigsten, die höchsten Werte zeigen Gebiete im Nordwesten und Nordosten, wo Strukturprobleme von Landwirtschaft und Industrie kulminieren. In der Tschechischen Republik ist der Unterschied zwischen der Hauptstadtregion und den schwerindustriellen Gebieten im Norden am größten. In Ungarn weisen die Hauptstadtregion sowie die Westgrenzregion die geringsten Arbeitslosenraten auf (5,4 bzw. 4,9 %), die höchsten Werte verzeichnen hingegen die Regionen im Norden und Nordosten (um 12 %). In Estland zeigen die Regionen mit den höchsten Beschäftigtenanteilen in der Industrie bzw. in der Landwirtschaft die höchsten Werte (12,3 bzw. 10,3 %). In Slowenien ist vor allem der industrielle Strukturwandel an den Arbeitslosenraten ablesbar: die höchsten Werte weisen eine Kleinregion mit hohem Besatz an Schwerindustrie sowie die Region um Maribor auf (10 bzw. 12,8 %). Am günstigsten ist die Situation in den westlichen Landesteilen und im Zentralraum (rd. 5 bis 6 %).

Jüngste Arbeitsmarkttrends in den Ländern Mitteleuropas

Produktion und Beschäftigung

Die beträchtliche Verlangsamung ökonomischer Aktivitäten, die in den letzten Monaten von 1998 begann, setzte sich fort und wurde in der ersten Hälfte 1999 in vielen Transformationsländern sogar noch akzentuierter (Tabelle 1). Slowenien bildete mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum als in der Vergleichsperiode des Vorjahres die einzige Ausnahme. Ungarns BIP-Wachstum blieb relativ hoch, obwohl die Periode beschleunigten Wachstums im letzten Quartal 1998 an Dynamik verloren hatte. Für die polnische Wirtschaft begann in der zweiten Hälfte 1998 eine Phase verlangsamten Wachstums. Auch die Slowakei verzeichnete Zuwachsraten, die bei weitem unter den Werten früherer Jahre lagen. In Rumänien schrumpfte das BIP bereits im dritten aufeinander folgenden Jahr. Für die Tschechische Republik könnte das leichte BIP-Wachstum im zweiten Quartal 1999 einen Aufschwung einleiten - das Land war seit Beginn 1998 mit Rezessionstendenzen konfrontiert. Alle Länder mit Ausnahme Ungarns erlebten Rückgänge der Industrieproduktion, am stärksten Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und die Tschechische Republik.

Tabelle 1: *Wachstum des BIP in den MEL, 1995-1999*
reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	1995	1996	1997	1998	1999 Jan-Juni
Albanien	13,3	9,1	-7,0	8,0	.
Bulgarien	2,9	-10,1	-7,0	3,5	0,5
Tschechische Republik	5,9	3,8	0,3	-2,3	-1,8
Estland	4,3	3,9	10,6	4,0	-3,9
Ungarn	1,5	1,3	4,6	4,9	3,6
Lettland	-0,8	3,3	8,6	3,6	-2,0
Litauen	3,3	4,7	7,3	5,1	-4,8
FYROM	-1,1	1,2	1,5	2,9	.
Polen	7,0	6,0	6,8	4,8	2,3
Rumänien	7,1	3,9	-6,1	-5,4	-4,0
Slowakei	6,9	6,6	6,5	4,4	2,4
Slowenien	4,1	3,5	4,6	3,9	4,5

Quelle: Eurostat, Albanien: nationale Quellen, FYROM: nationale Quellen, Daten für Jan. - Juni 1999: WIIW

Nach Jahren relativ stabilen Wachstums bedeutete die Wirtschaftskrise Rußlands starke Einbrüche für die baltischen Staaten. Die Wirtschaftsentwicklung wurde seit dem vierten Quartal 1998 stark gebremst. Die Daten für die erste Hälfte 1999 deuten auf eine Fortsetzung dieser ungünstigen Entwicklung hin. Für alle drei baltischen Staaten werden erhebliche Rückgänge des BIPs gemeldet: Litauen -4,8%, Estland -3,9% und Lettland -2%. In allen drei Staaten war in dieser Periode eine starke Abnahme der Industrieproduktion zu verzeichnen.

Die Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik in den Transformationsländern wurde teilweise durch externe Schocks verursacht - die Folgen der internationalen Finanzkrise, später die Rußlandkrise und der Konflikt im Kosovo und für die meisten Länder von größter Bedeutung - langsames Wachstum innerhalb der EU. Die erhebliche Wachstumsdämpfung hatte dennoch in den meisten Ländern interne Ursachen: unzureichender Fortschritt bei institutionellen Reformen und der Umstrukturierung von Unternehmen, steigende reale Kreditkosten und eine zunehmende Schuldenlast sowie eine faktische Lähmung im Banken- und Unternehmenssektor. Zusammen mit der abgeschwächten Nachfrage auf den EU-Märkten führten diese Tendenzen zu einem verlangsamten Wachstum der Industrieproduktion, der Exporte und somit auch des BIPs insgesamt. Die negativen ökonomischen Folgen des Kosovo-Konfliktes waren am stärksten in den Ländern Südosteuropas spürbar. Insbesondere Bulgarien, Rumänien und die FYROM wurden von unterbrochenen Transportwegen und Handelsströmen negativ betroffen.

Die Inflation nahm in den meisten Transformationsländern im ersten Halbjahr 1999 weiter ab, in Bulgarien kam es sogar zu einer Deflation. In Rumänien wurde die Inflation gesenkt, blieb aber in der ersten Hälfte 1999 relativ hoch, d.h. im zwei-

Tabelle 2: *Veränderung der Beschäftigung in den MEL, 1995-1999*
jährliche Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	1995	1996	1997	1998	1999 Jan-Juni
Albanien ¹⁾	9,7	5,7	-2,6	-0,8	-2,1
Bulgarien ²⁾	5,7	1,8	-1,6	-0,8	-5,7
Tschechische Rep. ³⁾	0,7	0,2	-0,6	-1,4	-2,4
Estland	-5,3	-1,5	0,3	-1,2	-0,6
Ungarn ⁴⁾	-1,9	-0,8	-0,1	0,7	3,5
Lettland ⁵⁾	.	-0,8	5,0	-0,5	.
Litauen	-1,4	-0,8	-3,0	1,7	3,4 ⁶⁾
FYROM	.	.	-4,8	5,5	.
Polen	0,9	1,2	1,4	1,2	.
Rumänien	2,2	-1,9	1,0	-1,9	-1,2
Slowakei	2,1	3,3	-0,9	-0,3	-3,7
Slowenien	3,6	-0,5	3,2	-0,6	-1,6

1) Nach Registerdaten

2) Im Jahr 1995, die Daten für 1996 beziehen sich auf November/November, für 1999 auf Juni/Juni

3) Seit 1997 Erwerbsbevölkerung im zivilen Sektor

4) Seit 1998 entsprechend der neuen Stichprobe

5) im Jahr 1996 viertes Quartal auf viertes Quartal

6) Mai 1999 bezogen auf Mai 1998

Quelle: Eurostat, WIIW

stelligen Bereich. Die meisten Länder erlebten eine beträchtliche Verringerung der Exporte im ersten Halbjahr 1999. Ungarn bildete mit einer Exportsteigerung von etwa 6% (gemessen zu laufenden EURO) die große Ausnahme; dennoch war auch diese Zunahme weit weniger ausgeprägt als im Vorjahr. Mit Ausnahme Rumäniens und der Slowakei verschlechterte sich die Leistungsbilanz in den meisten Ländern. Slowenien verzeichnete erstmals seit Erlangung der Unabhängigkeit ein beträchtliches Defizit, welches vor allem auf verstärkte Importe in Vorwegnahme der Mehrwertsteuer-Einführung Mitte 1999 zurückzuführen war.

Die Abschwächung des Beschäftigtenwachstum, bereits 1998 spürbar, setzte sich fort. Die verfügbaren Daten aus den AKE deuten darauf hin, daß die Beschäftigung in acht MEL in den ersten Monaten 1999 rückläufig war, wobei die stärksten Rückgänge aus Bulgarien gemeldet wurden (-5,7%) (für Lettland und die FYROM waren keine Daten verfügbar, Albanien hat nur Registerdaten). (Tabelle 2). Nur in Litauen und Ungarn setzte sich das Beschäftigungswachstum fort, jeweils um rd. 3,5%. In beiden Ländern, insbesondere aber in Litauen wuchs die Zahl der beschäftigten Frauen stärker als jene der Männer. Auf der anderen Seite waren in einigen Ländern - in Estland, Polen und der Slowakei, wo die Gesamtbeschäftigung sank, Frauen weniger betroffen als Männer. In Bulgarien, Slowenien und der Tschechischen Republik fiel die Beschäftigung von Frauen und Männern gleichermaßen, wohingegen in Rumänien der gesamte Rückgang die männlichen Beschäftigten betraf.

Beschäftigungsquoten

Die für 1999 verfügbaren AKE-Daten weisen in allen Berichtsländern - mit Ausnahme von Ungarn und Litauen -

Tabelle 3: Beschäftigungsquoten in den MEL, 1996-1999 2. Quartal

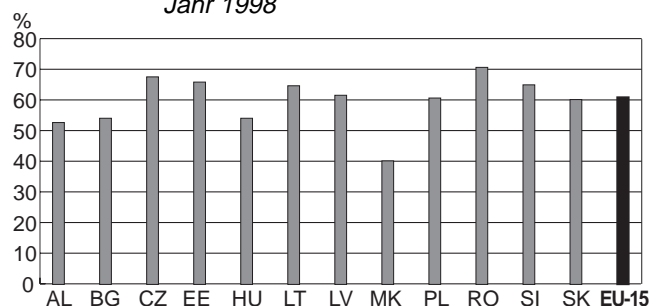
	1996	1997	1998	1999 Jan-Juni
Albanien ¹⁾	57,4	54,8	53,8	.
Bulgarien	55,7	55,2	56,2	53,1
Tschechische Republik	69,4	68,9	67,9	66,2
Estland	65,9	66,6	66,3	63,4
Ungarn	52,8	52,6	53,7	55,7
Lettland	58,6	61,3	61,5	.
Litauen	65,9 ²⁾	63,8 ³⁾	64,2	66,4
FYROM	41,7	38,7	40,3	.
Polen	60,2	60,5	60,9	59,2 ⁴⁾
Rumänien	74,4	74,0	73,3	72,8
Slowakei	61,9	61,0	60,3	57,6
Slowenien	63,0	65,2	65,5	64,4

1) Nach Registerdaten.
 2) Jährlicher Durchschnitt
 3) Drittes Quartal.
 4) Erstes Quartal.
 Quelle: Eurostat, WIIW.

auf sinkende Beschäftigungsquoten hin (Gesamtzahl der Beschäftigten bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64) (Tabelle 3). Die mit 1996 beginnenden Zeitreihen (für Vergleichszwecke wurden jeweils die Daten für das zweite Quartal benutzt) zeigen über die gesamte Periode einen kontinuierlichen Rückgang der Beschäftigungsquoten für die Tschechische Republik, Rumänien sowie die Slowakei. In Ungarn und Litauen, wo die Beschäftigung(squoten) seit 1998 neuerlich wuchsen, hielt die günstige Entwicklung während der ersten Monate 1999 an. Polen und Slowenien, die im Zeitraum von 1996 bis 1998 wachsende Beschäftigungsquoten meldeten, waren 1999 mit einer verlangsamten Entwicklung konfrontiert. Für Lettland und die FYROM waren nach einem gewissen Anstieg im Jahr 1998 keine aktuelleren Informationen verfügbar. In Bulgarien und Estland war für die Beschäftigungsquoten kein eindeutiger Trend erkennbar.

Ein Vergleich der Beschäftigungsquoten zwischen den MEL und der EU für das Jahr 1998 zeigt, daß die durchschnittliche Beschäftigungsquote rund 62% betrug (ohne Einbeziehung von der FYROM und Albanien), was etwas höher als der EU-Schnitt von 61% ist. Die Beschäftigungsquoten lagen in Rumänien, der Tschechischen Republik und Estland nahe bei 70% bzw. bei 54% in Ungarn am anderen Ende der Skala; vom Extrem in der FYROM (40%) abgesehen. (Abbildung 1) Die Beschäftigungsquote der Männer übersteigt in allen Ländern jene der Frauen, sie bewegt sich zwischen 77% in Rumänien und 52% in der FYROM. Dennoch, die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind in den MEL geringer als in den meisten EU-Mitgliedstaaten. Die Beschäftigungsquote der Frauen ist in Estland, Rumänien, der Tschechischen Republik und Litauen am höchsten (rund 60%), während die niedrigsten Quoten wiederum die FYROM und Albanien kennzeichnen (29,8% bzw. 38,7%). Mit Ausnahme der beiden letztgenannten Länder sowie Bulgariens und Ungarns war die Beschäftigungsquote der Frauen in den anderen acht hier betrachteten Ländern im Vergleich zur EU günstig. In der Periode von 1996 bis 1998 schrumpfte der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung nur marginal: er betrug 1998 für die gesamte Region im Durchschnitt 45,8% - ohne Berücksichtigung

Abbildung 1: Vergleich der Beschäftigungsquoten zwischen den MEL und der EU-15 im Jahr 1998



Anmerkung: für Albanien Registerdaten
 Quelle: Eurostat

Tabelle 4: Erwerbsquoten in den MEL, 1996 - 1999

	1996	1997	1998	1999 Jan-June
Albanien ¹⁾	65,3	63,6	64,4	.
Bulgarien	64,4	64,0	64,1	61,7
Tschechische Republik	72,1	72,1	72,2	72,4
Estland	72,9	73,6	73,3	71,8
Ungarn	58,6	57,9	58,3	59,8
Lettland	75,3	72,9	72,0	.
Litauen	.	74,2	74,7	76,3
FYROM	61,3	60,5	61,5	.
Polen	68,7	68,3	67,8	67,7 ²⁾
Rumänien	79,1	78,4	77,6	77,6
Slowakei	69,7	68,9	68,7	68,6
Slowenien	68,0	70,1	70,9	69,5

1) Nach Registerdaten

2) Erstes Quartal.

Quelle: Eurostat, WIIW.

der Extremwerte für Albanien (37,7%) und die FYROM (36,7%). Überdurchschnittlich sind die Anteile in den baltischen Staaten und Bulgarien. In der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen und Rumänien hielt der Anteil der Frauen an der Beschäftigung bei 43% bis 45%; in Slowenien entsprach er dem regionalen Durchschnitt. In allen Transformationsländern sind diese Anteile noch höher als der EU-Schnitt (42%).

Auch die Entwicklung der Erwerbsquoten (Erwerbsbevölkerung in % der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung) zeigt in den MEL kein einheitliches Bild. Nach den AKE-Daten für 1999 (bezogen auf das zweite Quartal) war die Erwerbsbeteiligung in fünf Ländern rückläufig, stieg außer in Ungarn und Litauen auch in der Tschechischen Republik, während sie in Rumänien gleich blieb. In Slowenien kam es - nach drei Jahren des Wachstums - jüngst zu einem Rückgang, in Polen und der Slowakei setzte sich die seit 1996 anhaltende rückläufige Entwicklung fort (Tabelle 4).

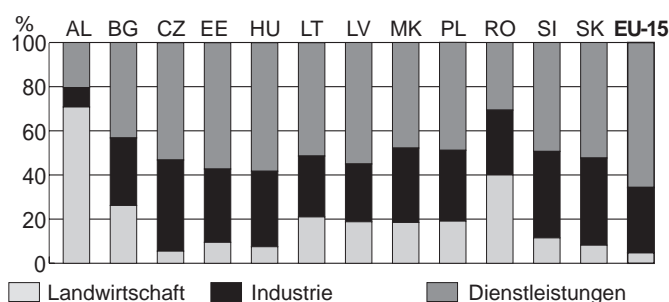
Eine Analyse der Erwerbsquoten im Vergleich mit der EU zeigt ein ähnliches Bild wie bei den Beschäftigungsquoten: in allen, bis auf vier Länder - nämlich Albanien, Bulgarien, Ungarn und die FYROM - ist die Quote noch höher als im EU-Schnitt (68%). Die Erwerbsquoten in Polen und der Slowakei entsprechen dem EU-Schnitt. In allen übrigen Ländern überschritten die Erwerbsquoten 70% im Jahr 1998. Die Erwerbsquote der Männer ist in der Gesamtregion höher als die der Frauen. In Rumänien, der Tschechischen Republik, Estland und Albanien war 1998 überstieg die männlichen Erwerbsquoten die 80% Marke, während sie in Ungarn und Bulgarien nur 67% bis 68% betrug (EU-Schnitt 77,9%). Außer Albanien, Ungarn und der FYROM war der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung hö-

her als in der EU. Die höchsten Quoten meldeten im Jahr 1998 Rumänien und Slowenien.

Beschäftigungsstrukturen

Der Übergang von einer zentralen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft brachte signifikante Änderungen der wirtschaftlichen Strukturen und damit der sektoralen Struktur der Beschäftigung mit sich. In den meisten Ländern gingen Rückgänge in der industriellen und landwirtschaftlichen Beschäftigung mit signifikantem Wachstum des Dienstleistungssektors und zwar sowohl in bezug auf das BIP als auch auf die Beschäftigung einher. Mit Ausnahme des Extremis in Albanien (welches einen Anteil der Landwirtschaft von rund 70% an der Gesamtbeschäftigung aufweist) war Rumänien das hervorstechendste Beispiel, wo es zu einer Reallokation von Arbeitskräften aus Bau und Industrie zur Landwirtschaft kam. Während der gesamten Transformationsperiode nahm die Beschäftigung in der Landwirtschaft zu und betrug 1998 fast 40% der rumänischen Gesamtbeschäftigung. Ähnliche Trends waren in Bulgarien und Litauen zu beobachten, wo die Landwirtschaft 1998 Beschäftigtenanteile von 25,6% bzw. 21% erreichte. Diese Entwicklungen sind auf mehrere Gründe zurückzuführen: teilweise auf die Privatisierung von staatlichen Agrarkombinaten, teilweise auf die freie Landvergabe an in der Landwirtschaft Beschäftigte (in Litauen), aber auch auf

Abbildung 2: Vergleich der sektoralen Beschäftigungsstruktur zwischen den MEL und der EU-15 im Jahr 1998



Anmerkung: Albanien und Bulgarien nach Registerdaten, Angaben für die FYROM beziehen sich auf das Jahr 1997

Quelle: Eurostat

die ökonomische Krise, welche freigesetzte Industriebeschäftigte in die landwirtschaftliche Selbständigkeit zwang. Für Litauen verfügbare Daten zu selbständig Beschäftigten in der Landwirtschaft spiegeln diese Entwicklung wider. 1998 waren 77% der landwirtschaftlichen Gesamtbeschäftigten selbständig, verglichen mit nur 9% im Jahr 1989.

Trotz der großen Arbeitsplatzverluste in der Industrie während der gesamten Periode des Übergangs, ist der Beschäftigtenanteil im Vergleich mit dem EU-Schnitt immer noch hoch. In den meisten Ländern (Bulgarien, Estland, Ungarn, Polen und Rumänien) beträgt der Anteil der

Industriebeschäftigten rund ein Drittel. Slowenien und die Tschechische Republik - gemessen am BIP pro Kopf die am weitesten fortgeschrittenen Transformationsländer - und die Slowakei weisen mit fast 40% die höchsten Anteile Industriebeschäftigter auf. Am anderen Ende der Reihung findet sich Albanien mit nur rund 9% Industriebeschäftigten 1998. In Lettland, Litauen und in der FYROM betrug der Anteil rund 27% der Gesamtbeschäftigten. Zum Vergleich: der EU-Schnitt beträgt 29,5%. (Abbildung 2)

Außer in Rumänien begann sich die Beschäftigung im Dienstleistungssektor 1993 in allen Transformationsländern zu entwickeln. Ungarn, welches den höchsten Beschäftigtenanteil in diesem Sektor aufweist (fast 60%), begann die Umstrukturierung bereits Ende der 80er Jahre. Somit kam es bereits in der Anfangsphase der Transformation zu tiefgreifenden Änderungen der Beschäftigungsstrukturen. In allen Ländern mit Ausnahme Rumäniens hatte die Beschäftigung im Dienstleistungssektor im Jahr 1998 den höchsten Anteil. Nach der starken Zunahme in der Anfangsphase, wuchs die Beschäftigung in diesem Sektor in den Folgejahren nur mäßig. In Polen und Bulgarien lag der Anteil leicht über 40%, in Rumänien bei weniger als einem Drittel. In der Tschechischen Republik und der Slowakei hatte der Dienstleistungssektor 1998 einen Anteil von etwas mehr als der Hälfte, in Slowenien betrug er etwas weniger als die Hälfte. Keines der Länder erreichte den EU-Schnitt (65,5% im Jahr 1998), aber Ungarn und Estland hatten höhere Anteile als südliche EU-Staaten (Griechenland, Portugal und Spanien).

Der Dienstleistungssektor ist in den meisten Transformationsländern der primäre Arbeitgeber für Frauen, wobei die Anteile zwischen 1996 und 1998 stetig stiegen (für Albanien

en, Bulgarien und die FYROM waren keine sektoralen Beschäftigungsdaten nach Geschlecht verfügbar). Rumänien ist wiederum ein Außenseiter, wo die Beschäftigung der Frauen ebenso wie die Gesamtbeschäftigung von der Landwirtschaft dominiert wird. Der Frauenanteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor war 1998 überall höher als für Männer (Rumänien ausgenommen) und liegt bei 70% in der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn und der Slowakei und 60% in Litauen, Polen und Slowenien. In Lettland betrug der Anteil rund 65%.

Die Daten für 1999 (nur für Ungarn, Rumänien, Slowenien und die Slowakei verfügbar) weisen auf weiteren Rückgang der Beschäftigtenanteile in Landwirtschaft und Industrie hin sowie für Ungarn, Slowenien und die Slowakei auf einen steigende Beschäftigung im Dienstleistungssektor. In Rumänien setzten sich die in den vorangegangenen Jahren vorherrschenden Entwicklungen fort.

Arbeitslosigkeit

Der jüngste wirtschaftliche Abschwung hatte negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt: die Arbeitslosigkeit wuchs fast überall in der Region. Die verfügbaren AKE-Statistiken für 1999 (keine Daten für Albanien, Lettland und FYROM) zeigen steigende Arbeitslosigkeit in allen MEL mit Ausnahme von Ungarn und Litauen (Tabelle 5). In Slowenien blieb die Arbeitslosigkeit auf dem Stand des Vorjahres. Die Arbeitslosenquoten schwankten zwischen 6,2% in Rumänien und 16,7% in der Slowakei: hier war die negative Entwicklung mit einer im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozentpunkte höheren Arbeitslosenquote am stärksten. Bulgarien, die Tschechische Republik und Estland waren mit Zunahmen um 2 Prozentpunkte ebenfalls schwer betroffen. Polen, das über mehrere Jahre beeindruckende Rückgänge der Arbeitslosenquoten verzeichnete, erlebte in den Nachwehen der Wirtschaftskrise Rußlands einen Anstieg der Arbeitslosen. Die Zuwächse der Arbeitslosenquoten von Frauen waren in Bulgarien und der Tschechischen Republik wesentlich stärker als jene der Männer, in Slowenien nur geringfügig. In den zwei Ländern, wo die Arbeitslosenquote sank, war in Ungarn der Rückgang bei den Männern schneller, in Litauen bei den Frauen.

Im zweiten Quartal 1999 betrug die auf Basis der AKE ermittelte Zahl der Arbeitssuchenden 5,6 Mio. Personen, was gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr einen Anstieg von 15% bedeutet. Sprunghafte Anstiege betrafen vor allem die Tschechische Republik mit 44%, die Slowakei mit 31% und Estland mit 20% (jeweils bezogen auf das zweite Quartal 1998). Die von den Arbeitsverwaltungen erhobenen Daten zeigen für die Gesamtentwicklung der Arbeitslosigkeit in der Region ein ähnliches Bild. Ende September 1999 war - außer in Ungarn und Slowenien die Zahl der registrierten Arbeitslosen wesentlich höher als im September 1998. Die registrierte Arbeitslosenquote differierte beträchtlich von 3,2% in Estland bis fast 18% in der Slowakei und Albanien. Quoten um 9% wurde aus Lettland, Ungarn und der Tschechischen Republik gemeldet. Letztere verzeichnete nach

Tabelle 5: Arbeitslosenquoten in den MEL, 1996 - 1999
2. Quartal

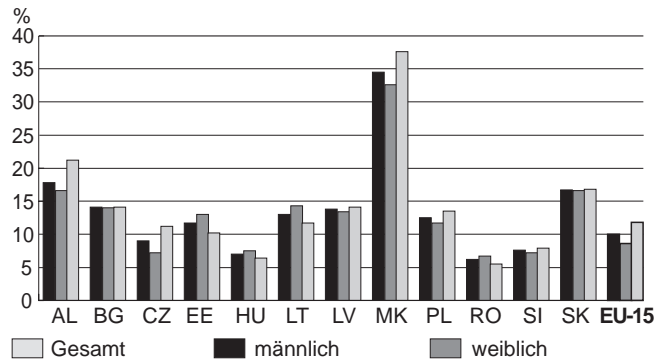
	1996	1997	1998	1999 Jan-Juni
Albanien ¹⁾	12,4	13,6	16,5	17,8
Bulgarien	13,5	13,7	12,2	14,1
Tschechische Republik	3,8	4,5	5,9	8,5
Estland	9,6	9,4	9,6	11,7
Ungarn	9,9	9,2	8,0	6,9
Lettland	22,2	15,9	14,7	14,0
Litauen	.	14,1	14,0	13,0
FYROM	31,9	36,0	34,5	.
Polen	12,4	11,3	10,2	12,5 ²⁾
Rumänien	5,9	5,5	5,6	6,2
Slowakei	11,2	11,4	12,1	15,8
Slowenien	7,3	7,1	7,7	7,4

1) Nach Registerdaten.

2) Erstes Quartal.

Quelle: Eurostat, WIW.

Abbildung 3: Arbeitslosenquote nach Geschlecht, September 1999



Anmerkung: für Albanien registrierte Arbeitslosigkeit
Quelle: Eurostat

Jahren relativ geringer Arbeitslosigkeit seit 1997 die meisten Arbeitsplatzverluste.

Arbeitslosigkeit nach Geschlecht

Die Bandbreite der Arbeitslosenquoten für Frauen reicht von 6% in Ungarn und Rumänien bis zu 16% in der Slowakei. Vier Länder, nämlich Estland, Ungarn, Litauen und Rumänien verzeichnen geringere Arbeitslosenquoten für Frauen als für Männer sowie eine insgesamt unterdurchschnittliche Quote. In der Slowakei und Bulgarien ist die Quote für Frauen und Männer gleich. Die niedrigeren Arbeitslosenquoten bei Frauen sind primär auf den insgesamt beträchtlichen Rückzug von Frauen aus dem Arbeitsmarkt während der gesamten Transformationsperiode, teilweise aber auch auf die Kürzung von familienbezogenen bzw. Frauenbeschäftigung unterstützenden Maßnahmen zurückzuführen.

Jugendarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote Jugendlicher (basierend auf der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung) ist beträchtlich höher als die durchschnittliche Arbeitslosenquote und/oder die Quote für ältere Personen (55- bis 64-Jährige). In den meisten Ländern ist die Jugendarbeitslosenquote rund doppelt so hoch wie die Gesamtquote, in Rumänien und Lettland sogar rund dreimal so hoch. Nur in Estland ist die Differenz zwischen den beiden Quoten weniger ausgeprägt. Nach AKE-Daten wurden 1998 die höchsten Jugendarbeitslosenquoten aus Lettland (38%) und Bulgarien (33%) gemeldet, die niedrigsten Werte hingegen aus der Tschechischen Republik (12%) und Ungarn (13%). Quoten zwischen 22% und 24% wiesen Litauen, Polen und die Slowakei auf. Der Extremwert kennzeichnet wiederum die FYROM, mit einer Quote von 70%. Das relative Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit schwankt auch innerhalb der EU beträchtlich, besonders hoch ist es in Italien und Griechenland, wo ein Anteil von mehr als 30% der Jugendlichen an der Erwerbsbevölkerung arbeitslos sind.

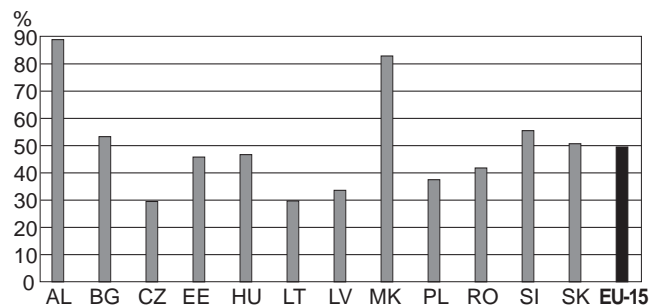
Laut verfügbaren Daten sind die Arbeitslosenquoten für junge Frauen in der Tschechischen Republik, der FYROM,

Polen, Rumänien und der Slowakei höher als die junger Männer, während Bulgarien, Estland und Ungarn gegenläufige Tendenzen zeigen. In der Slowakei gibt es kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Langzeitarbeitslosigkeit

Langzeitarbeitslosigkeit, ein ernstes Problem innerhalb der EU, trifft die Transformationsländern in unterschiedlichem Maß. Mit Ausnahme von Slowenien und Albanien, sank der Anteil der Langzeitarbeitslosen in allen Ländern seit 1996. Unverändert blieb er in der Slowakei. 1998 schwankte der Anteil der Arbeitslosen, die mehr als 12 Monate ohne Arbeit waren, zwischen rund 30% in der Tschechischen Republik und Litauen und den Extremwerten von 89% und 83% für Albanien bzw. die FYROM. (Abbildung 4) Mit Ausnahme der beiden letztgenannten Länder wurde der EU-Schnitt von 49,5% im Jahr 1998 nur in Bulgarien und Slowenien überschritten. Mit der einzigen Ausnahme Bulgarien ist Langzeitarbeitslosigkeit für Frauen häufiger als für Männer. In der Tschechischen Republik, Litauen und Slowenien sind beide Geschlechter gleichermaßen betroffen.

Abbildung 4: Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Gesamtarbeitslosen, Vergleich zwischen den MEL und der EU-15 im Jahr 1998



Anmerkung: für Albanien registrierte Arbeitslosigkeit; Angaben für Estland beziehen sich auf 1997
Quelle: Eurostat

Regionale Arbeitsmärkte

Einleitung

Regionale Aspekte von Arbeitsmärkten

Für die Untersuchung von Arbeitsmärkten und die Erarbeitung von arbeitsmarktpolitischen Aktionsprogrammen und Konzepten ist die regionale Dimension ein wichtiger Aspekt. Regionale Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt sind auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen. Basis der Betrachtung von Arbeitsmärkten als regionales Phänomen ist die unterschiedliche räumliche Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten, die aus spezifischen historischen Entwicklungslinien der Wirtschaft resultiert.

Von der Mitte der 50er Jahre bis zur politischen Wende waren in den heutigen Transformationsländern im Vergleich mit anderen Teilen Europas signifikante Unterschiede in der räumlichen Allokation von Ressourcen feststellbar, insbesondere in der Industrie gab es innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine internationale und innerhalb der Staaten eine starke regionale Spezialisierung. Die Priorität des industriellen Sektors und die Unterordnung anderer wirtschaftlicher Überlegungen unter dieses Ziel hatte zur Folge, daß nach marktwirtschaftlichen Kriterien wichtige Standortfaktoren vernachlässigt wurden.

Die politische Wende Anfang der 90er Jahre und die rasch folgende Handels- und Preisliberalisierung führte in den Transformationsländern zu drastischen Entwicklungsunterschieden innerhalb der spezialisierten Produktionen sowie zwischen den Wirtschaftssektoren. Die teils technisch überholten Produktionen sind mit neuer Konkurrenz, dem Abbruch traditioneller Handels- und Zulieferbeziehungen sowie vielfach mit Weltmarktpreisen für Energie konfrontiert. Viele Produktionen, oft in entlegeneren Landesteilen, waren unter diesen Bedingungen nicht konkurrenzfähig, eine grundlegende Modernisierung ist aus Kapitalmangel derzeit nicht möglich.

Damit weist vor allem strukturelle Arbeitslosigkeit eine starke regionale Differenzierung auf. Für viele Regionen ist kurz- bis mittelfristig keine wesentliche Verbesserung bezüglich der erheblichen Ungleichgewichte zwischen bisherigen bzw. drohenden künftigen Arbeitsplatzverlusten einerseits, und kaum vorhandener Perspektiven zur Arbeitsplatzschaffung andererseits zu erwarten. Zusätzlich wird dieses Problem durch eine relativ geringe Mobilität der Arbeitskräfte verschärft. Begründet ist diese vorrangig durch den Wohnungsmarkt. Die Privatisierung bei gleichzeitigem Fehlen von echten Wohnungsmärkten ist hier an erster Stelle zu nennen. In den Städten kam es zu einer Verringerung des Wohnungsbauvolumens und zu starken Preissteigerungen bei Wohnungsmieten. Dazu kommen noch hohe direkte Kosten der räumlichen Mobilität für die Benutzung öffentlicher und privater Verkehrsmittel, damit ist Pendeln über größere Distanzen für viele Haushalte nicht leistbar.

Spezifische regionale Arbeitsmarktprobleme

Die wichtigsten Regionstypen mit spezifischen regionalen Arbeitsmarktentwicklungen in Mitteleuropa sind:

- die Hauptstadtregionen
- Regionen, wo Rohstoffe und schwerindustrielle Produktionen konzentriert sind
- große ländliche Gebiete, mit teilweiser Ansiedlung von Leichtindustrien in den Klein- und Mittelstädten
- Grenzregionen

Die **Hauptstädte** erlebten einen sprunghaften Anstieg der Beschäftigung im Dienstleistungssektor und zeigen im Vergleich zu den übrigen Regionen eines Landes bei Regionsvergleichen mit wenigen Ausnahmen (Estland, Slowenien) die geringste Arbeitslosigkeit und das vergleichsweise höchste Lohnniveau. Insbesondere private Klein- und Mittelbetriebe tragen dort das Wachstum an Arbeitsplätzen. Damit sind die Einpendlerströme sprunghaft angestiegen und insgesamt erhöhte sich das Preisniveau am Wohnungsmarkt.

Die **Industrieregionen** waren vormals die privilegierten Gebiete, Kern und Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, und boten vergleichsweise hohe Lohnniveaus und Sozialstandards. Die Wende und die folgende Marktöffnung brachte die meisten dieser Industrien unter starken Wettbewerbsdruck. In praktisch allen Ländern Mitteleuropas (MEL) stellen regionale Konzentrationen der Schwerindustrie ein gravierendes Problem für Beschäftigung und Produktion dar. Als Beispiel hierfür sind die tschechischen und polnischen Kohle- und Stahlreviere oder Estlands Ölschieferindustrie zu nennen. Die Regierungen sind gezwungen, Wege einer sozial verträglichen Reduktion der Beschäftigung zu finden.

Bei weitem die größten Flächen nehmen **ländliche Regionen** ein. In manchen dieser Regionen entstehen sogenannte „interne Peripherien“, d.h. Landesteile, für die großstädtische Arbeitsmärkte kaum innerhalb Pendeldistanz liegen, sei es aufgrund großer Entfernungen oder schlechter Verkehrsanbindung. Die Klein- und Mittelstädte in diesen Regionen wurden oftmals erst relativ spät, d.h. in den 60er und 70er Jahren industrialisiert, die meist leichtindustriellen Produktionen waren häufig aus größeren Komplexen ausgelagert. Vielfach bedeutete der Abbruch der früheren Zulieferbeziehungen auch den wirtschaftlichen Zusammenbruch für diese Betriebe. Mit dem Zerfall der monoindustriellen Struktur sind schwerwiegende Probleme für kleinregionale bzw. lokale Arbeitsmärkte verbunden. In diesen Regionen herrschen nun spezifische Beschäftigungsmuster mit einem hohen Anteil von Nebenerwerbs- oder sogar Subsistenzlandwirtschaft vor. Diese versteckte und teilweise sehr kleinräumig auftretende Unterbeschäftigung ist mit Basisindikatoren wie Arbeitslosenraten kaum oder nur unzureichend darstellbar.

Die **Grenzregionen** stellen keinen homogenen Regionstyp dar. Die Perspektive der Erweiterung der EU hat sie in vielen Belangen sowohl in der EU als auch in den MEL verstärkt in den Mittelpunkt von Diskussionen gerückt. Entlang von EU-Außengrenzen entstehen durch kleinräumliche Verflechtungen neue wirtschaftliche Wachstumsimpulse, beispielsweise durch grenzüberschreitende, betriebliche Arbeitsteilung. Die Mobilität der Arbeitskräfte über Grenzen durch Pendelwanderung führt zu neuen Formen beruflicher Selbständigkeit. Andererseits tendieren aber auch manche Grenzregionen eher in Richtung der „internen Peripherien“, wie beispielsweise Teile der Grenzregionen Polens mit der Ukraine und Weißrußland. Charakteristisch sind dort vielfach Entwicklungsmuster ländlicher Regionen, wie ein hoher Anteil von Subsistenz- oder Nebenerwerbslandwirtschaft. Als zusätzliches Moment haben Aktivitäten im informellen Sektor in Grenzregionen meist eine erhöhte wirtschaftliche Bedeutung.

Bedeutung von Regionen in der EU und in den MEL

Da wichtige Politikbereiche der EU, insbesondere die Struktur- und Regionalpolitik, auf die regionale Ebene hin orientiert sind, wurde eine administrativ-technische Systematik für die Bezeichnung von Regionen auf verschiedenen Ebenen - die „Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik“ (meist nach dem französischen Akronym NUTS benannt) aufgebaut. In allen Staaten bestehen mehrstufige regionale bzw. territoriale Ebenen, welche unterschiedliche Funktionen im politisch-administrativen System aufweisen, teilweise aber auch nur rein statistische Bedeutung haben. Innerhalb der EU bezeichnet eine Ziffer diese verschiedenen regionalen Ebenen: Je höher diese Ziffer ist, desto kleiner sind die Gebietseinheiten. So ist beispielsweise die Ebene NUTS I die erste Ebene unter dem Gesamtstaat, NUTS II die zweite etc.

In den Ländern Mitteleuropas wird in Zusammenarbeit mit der EU bereits eine vergleichbare Systematik der Regionen angewandt, im weiteren Text wird für diese Länder von „Statistischen Regionen der Ebene I, II etc.“ gesprochen.

Aus politisch-administrativer Sicht sind sowohl innerhalb der EU als auch unter den MEL stark unterschiedliche Ausprägungen von Regionen zu finden. Dennoch, föderale Staaten wie Deutschland oder auch Österreich innerhalb der EU sind unter den MEL gegenwärtig nicht zu finden. Viele der Staaten waren am Anfang der 90er Jahre mit dem Aufbau eines nationalstaatlichen Systems konfrontiert, vormalige regionale Verwaltungssysteme wurden oft abgeschafft. Nunmehr befinden sich in der Mehrheit der 10 Beitrittskandidaten neue regionale politisch-administrative Strukturen im Aufbau. Die Schaffung neuer innerstaatlicher Strukturen, oft mit politisch gewählten Vertretern, und die Verteilung von Kompetenzen zwischen den nationalen und regionalen Ebenen ist ein langfristiger Prozeß. In allen MEL existiert nunmehr eine unterste, lokale Selbstverwaltungsebene, deren Einführung wohl eine der stärksten Verände-

rungen gegenüber den vorherigen Verwaltungssystemen bildete.

Im vorliegenden Bericht werden die regionalen Strukturen von fünf Beitrittskandidaten behandelt: Es sind dies die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Polen und Slowenien.

In der Tschechischen Republik galt bis zum Beginn des Jahres 2000 auf Ebene II eine Einteilung in acht Regionen, „Kraj“ genannt, die Neugliederung umfaßt 14 Regionen, die künftig der Ebene III entsprechen werden - das Regionsprofil und der regionalstatistische Annex beziehen sich auf die vormals gültige Einteilung in acht Regionen.

- Estlands politisch-administrative Regionen sind die 15 „Maakonds“ (Ebene IV). Die fünf in diesem Bericht behandelten (statistischen) Regionen sind jeweils aus mehreren Maakonds zusammengefaßt und entsprechen der Ebene III.
- Ungarn ist derzeit der einzige dieser Staaten mit einem bereits länger etablierten zweistufigen System von Regionen. Auf Ebene III sind es die 19 „Megyek“ und Budapest, auf Ebene II sieben statistische Regionen.
- In Polen wurde mit Beginn des Jahres 1999 eine politisch-administrative Neugliederung in 16 Wojewodschaften vorgenommen (entsprechend der Ebene II), vormals waren es 49 Wojewodschaften (Ebene III).
- Slowenien ist aufgrund seiner Größe in gewissem Sinn ein Sonderfall - hier gibt es seit Mitte der 90er Jahre 12 statistische Regionen (Ebene III).

Um die Heterogenität der regionalen Strukturen zu veranschaulichen, sind die Bevölkerungszahlen der Regionen in den folgenden Tabellen dargestellt. Bereits innerhalb der Staaten zeigen sich beträchtliche Differenzen zwischen den kleinsten und den größten Regionen, die bei einem Vergleich der Staaten untereinander noch erheblich anwachsen.

Ebene II:

Land	Bevölkerung in Tsd	
	kleinste Region	größte Region
Tschechische Republik	700	2.000
Ungarn	1.000	3.000
Polen	1.000	5.000

Ebene III:

Land	Bevölkerung in Tsd	
	kleinste Region	größte Region
Estland	185	540
Ungarn	235	2.000
Slowenien	50	520

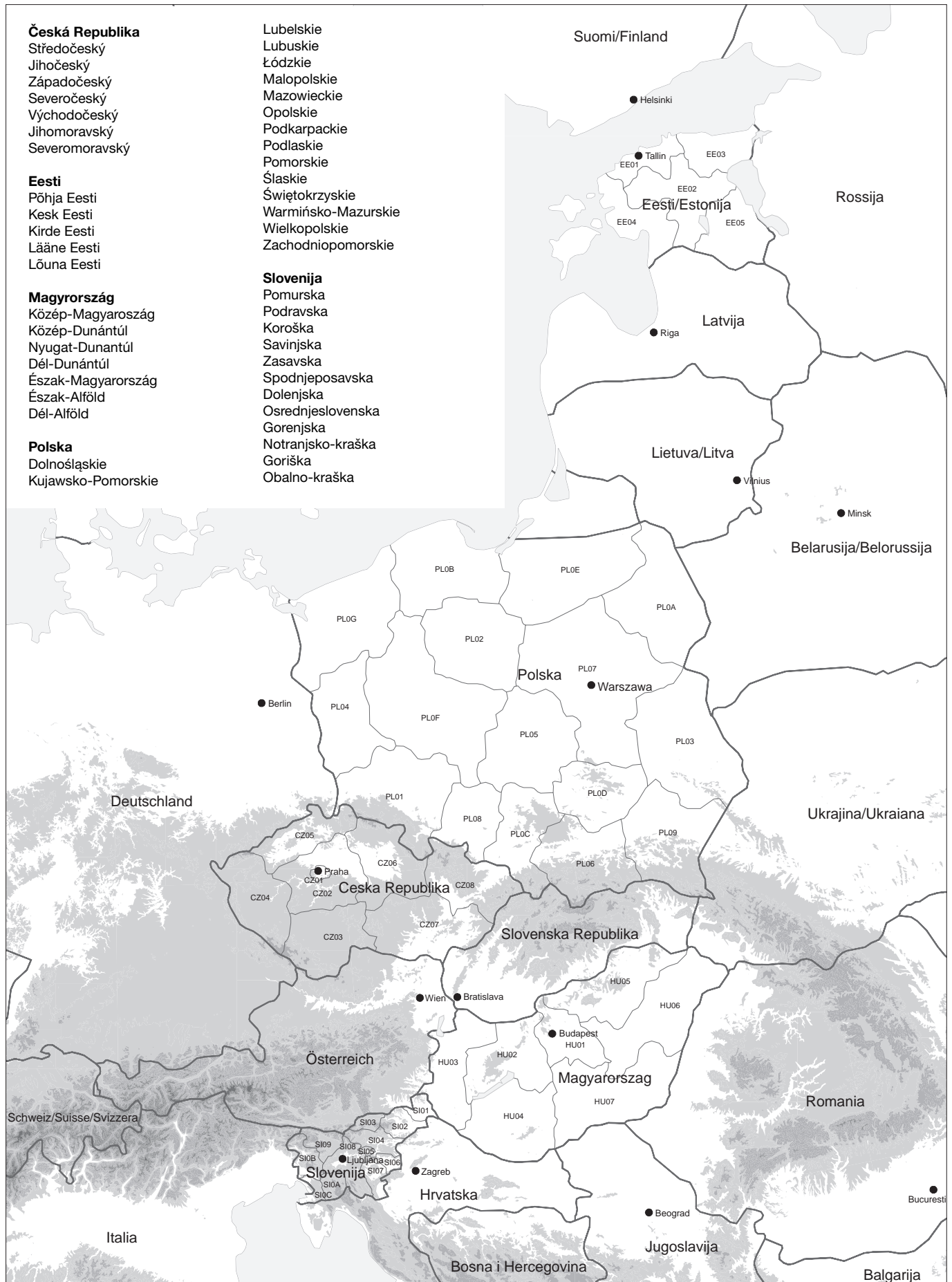
Regionale Arbeitsmarktindikatoren

Insbesondere regionale Arbeitslosenraten und die Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren sind Basisindikatoren, die für die Ausweisung der Zielgebiete für die Struktur- und Regionalpolitik der EU entscheidend sind. Innerhalb der EU sind für alle Staaten regionale Arbeitsmarktindikatoren auf Basis der Arbeitskräfteerhebung (AKE) verfügbar. Die Regionalisierung erfolgt entweder direkt aus der AKE oder mit Hilfe von Stützindikatoren, zum Beispiel bei den Arbeitslosenraten mittels der registrierten Arbeitslosenzahlen oder bei den Erwerbspersonen für die Ebene III mittels Volkszählungsergebnissen („harmonisierte Arbeitslosenquoten“).

Die meisten Staaten Mitteleuropas haben die AKE als eine international vergleichbare Erhebungsmethode eingeführt. Für die fünf hier behandelten Länder sind die wesentlichsten Arbeitsmarktindikatoren auf regionaler Ebene ohne Zusatzberechnungen verfügbar. Dies ist als wesentlicher Vorteil zu sehen, da vor allem die registrierten Arbeitslosenzahlen als Stützindikator in sehr hohem Ausmaß von kurz- bis mittelfristigen Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik geprägt sind. In kleineren Staaten wie Estland oder Slowenien, wo die regionale Ebene III erfaßt wird, sind die AKE-Stichprobengröße für einzelne Regionen so klein, daß die gleichzeitige Aufgliederung nach Geschlecht und Altersgruppen vielfach keine repräsentativen Daten liefern würde.

Regionales BIP

In Ergänzung zu den regionalen Arbeitsmarktdaten zitiert dieser Bericht regionale BIP-Zahlen der Kandidatenländer wie sie in der Publikation „Regional GDP in the Central European Countries - Data 1993-1996“ (ISBN 92-828-7272-6, Katalognummer CA-22-99-878-EN-C) veröffentlicht wurden. Es ist anzumerken, daß diese Zahlen derzeit revidiert werden und somit in Kürze aktuellere Zahlen publiziert werden könnten.



Regionale Arbeitsmärkte

Regionalstruktur und Datenbasis

Die im Herzen Europas gelegene Tschechische Republik erstreckt sich über ein Gebiet von etwa 79.000 km². Mit etwas über 10 Millionen Einwohnern ist das Land in der Bevölkerungsgröße mit Ungarn vergleichbar, allerdings sind die Bevölkerungsdichte wie auch das Ausmaß der Urbanisierung in der Tschechischen Republik etwas höher. Unter den über 6.200 Gemeinden befinden sich 480 Städte und 11 Ballungsräume von regionaler Bedeutung. Nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung leben in ländlichen Regionen, wobei es kaum Gebiete in extrem peripherer Lage gibt.

Die Tschechische Republik ist gegenwärtig in acht Makroregionen (Kraje), die regionalstatistischen Einheiten der Ebene II entsprechen, unterteilt. Auf lokaler Ebene gibt es 77 kleinere Verwaltungseinheiten, die Bezirke (Okresy), von denen eine die Hauptstadt Prag ist. Diese Kreise entsprechen regionalstatistischen Einheiten der Ebene IV. Ab dem 1. Januar 2000 soll ein neues, auf 14 regionalen Verwaltungseinheiten (Kraje) beruhendes System eingeführt werden. Die neuen Einheiten entsprechen regionalstatistischen Einheiten der Ebene III. Die bisherigen Makroregionen sollen zu größeren Einheiten der Ebene II zusammengefaßt werden.

Als Quelle für Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik dienen in erster Linie die Arbeitskräfteerhebung (AKE), wie auch die Register der Arbeitsverwaltung und Unternehmenserhebungen. Auf regionalstatistischer Ebene liegen Arbeitsmarktdaten im allgemeinen für die beiden gegenwärtig existierenden Ebenen II und IV vor, die AKE-Daten beschränken sich allerdings auf die Ebene II. Das Tschechische Amt für Statistik führt seit dem letzten Quartal 1992 regelmäßig vierteljährliche Arbeitskräfteerhebungen durch. Damit stehen seit 1993 jährliche Zeitreihen zur Verfügung. Die Erhebung umfaßt über 26.000 Haushalte (etwa 70.000 Personen), die Stichprobengrößen für die acht Makroregionen liegen zwischen 6.000 und 14.000 Personen.

Die Regionen

Demographie

Die demographische Entwicklung der Tschechischen Republik ist durch einen sehr ungünstigen Trend in Richtung einer Überalterung der Bevölkerung gekennzeichnet. Die Fertilitätsrate ging über den relativ kurzen Zeitraum seit Beginn der Transformation um über ein Drittel zurück. Dieser Trend ist in Prag stärker und in Severočeský (Nordböhmen) und den beiden mährischen Regionen relativ geringer ausgeprägt. Nach AKE-Daten von 1998 war der Anteil der Bevölkerungsgruppe zwischen 0-14 an der Gesamtbevölkerung in Prag (14,4%) am niedrigsten, am höchsten dagegen in Severomoravský (Nordmähren) (18,1%) und Severočeský (17,8%). Aus diesen Ziffern läßt sich erkennen, daß der Druck auf den Arbeitsmarkt in den in dieser Hinsicht bereits schwachen Regionen durch die weitere Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes noch zunehmen wird.

Die ethnische Gruppe der Roma wird auf etwa 200.000 Personen geschätzt und konzentriert sich zum Großteil im Norden des Landes. Bei den Roma ist der Anteil der jüngeren Altersgruppen höher als im Rest der Bevölkerung. Gleichzeitig ist ein extrem niedriges Bildungsniveau für die schwache Stellung dieser Bevölkerungsgruppe auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich. In etlichen Bezirken kommt es durch den hohen Anteil von Roma zu einer weiteren Verschärfung der bereits kritischen Lage auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Teplice, Most, und Usti nad Labem in Severočeský; Karvina, Prerov und Vsetin in Severomoravský).

Die Mobilität ist in der Tschechischen Republik traditionell gering. Laut einer Untersuchung der regionalen Migrationsbewegungen in der Tschechischen Republik (Erbenova, 1995) lag die jährliche Migrationsrate innerhalb der Regionen im Zeitraum 1970-1990 bei etwa 1,5% und erhöhte sich in den Jahren 1991-93 auf 2,5% jährlich. Dagegen betrug die Migrationsrate bezogen auf Wanderungsbewegungen zwischen den Regionen 1970 lediglich 0,9% und ging bis 1993 auf 0,6% zurück. Die Gründe für den Rückgang lagen in der traditionell geringen Mobilitätsbereitschaft, der zunehmenden Wohnungsknappheit sowie ständig steigenden Tarifen im öffentlichen Verkehr und Benzinpreisen. Die Anzahl der täglich zwischen zwei Regionen pendelnden Personen reagiert auf Arbeitsmarktindikatoren wie Lohnunterschiede, Arbeitslosigkeit und freie Arbeitsplätze in den aufnehmenden Regionen. Allerdings ist vom Pendelnahverkehr keine wesentliche Abschwächung der regionalen Unterschiede zu erwarten.

Aus Sicht der Außenwanderung entwickelte sich die Tschechische Republik im Laufe der Reform zu einem Nettoimmigrationsland. Laut Schätzungen von Fachleuten gibt es eine beachtliche Anzahl von illegal beschäftigten Ausländern, hauptsächlich aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Jugoslawien. Laut Verwaltungsdaten, die auf der Anzahl der ausgestellten Arbeitsgenehmigungen und den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen beruhen, sind in der Tschechischen Republik rund 100.000 Ausländer legal beschäftigt. Diese Zahl entspricht etwa 3% aller Erwerbspersonen. Etwa die Hälfte aller ausländischen Arbeitskräfte sind slowakische Staatsbürger, die auf dem tschechischen Arbeitsmarkt eine bevorzugte Stellung genießen. Aufgrund eines zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik vor deren Trennung getroffenen bilateralen Abkommens ist im Fall der Beschäftigung von Bürgern der beiden Staaten im jeweils anderen Staat keine Arbeitserlaubnis (generell allerdings eine Aufenthaltsgenehmigung) erforderlich.

Die ausländischen Arbeitskräfte konzentrieren sich vorwiegend auf städtische Bereiche. Viele slowakische Bergleute pendeln aus den von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten im Norden der Slowakei in die benachbarten Bezirke von Severomoravský. Mit der Verschlechterung der Lage auf dem tschechischen Arbeitsmarkt ist jedoch in jüngster Zeit eine Verringerung der Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte, darunter auch der slowakischen Arbeitnehmer, festzustellen.

Beschäftigung und regionale Wirtschaft

Die regionale Entwicklung innerhalb der Tschechischen Republik ist von zwei vorherrschenden Trends geprägt. Erstens gibt es deutliche Unterschiede zwischen der relativ hoch entwickelten Hauptstadt und dem Rest des Landes. Zweitens sind, abgesehen von Prag, die Unterschiede zwischen den einzelnen Makroregionen nicht sehr ausgeprägt (was auf Bezirksebene jedoch nicht zutrifft). Beim Pro-Kopf-BIP erreicht Prag etwa das Doppelte des nationalen Durchschnitts, während sich die übrigen Regionen um 90% bewegen. Die einzige Ausnahme bildet hier Středočeský (Mittelböhmen) mit etwa 80% des landesweiten Durchschnitts. Da diese Region jedoch an die Hauptstadt angrenzt, erklärt sich diese niedrige Ziffer in erster Linie durch die von Prag ausgehende Sogwirkung.

Die regionalen Beschäftigungs- und Erwerbsquoten zeigen ein eher einheitliches Bild. Nach AKE-Daten von Ende 1998 lag die Beschäftigungsquote zwischen 60,1% in den beiden mährischen Regionen und 63,3% in Prag, während die Erwerbsquote zwischen 61% (Nordböhmen) und 68% (Prag) lag. Die höchsten Arbeitslosenquoten bei Männern (78%) und Frauen (61%) wurden in Středočeský (Mittelböhmen) und in Prag beobachtet. Bei Frauen sind die Beschäftigungsquoten insbesondere in Regionen mit einem schwachen Arbeitsmarkt gering (50% in Severočeský, 52% bzw. 55% in Severo- und Jihomoravský (Nord- und Südmähren)).

Land- und Forstwirtschaft

Die Tschechische Republik ist kein typisches Agrarland, was sich auch am relativ geringen Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung zeigt: laut AKE-Daten vom dritten Quartal 1999 arbeiten nur 5,1% der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Die Gründe dafür sind einerseits im relativ hohen Anteil von gebirgigen Regionen und andererseits in der historischen Entwicklung zu suchen: so lange die Tschechoslowakei bestand, konzentrierte sich die Landwirtschaft vorwiegend auf die Slowakei. Beim Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft gibt es große Unterschiede zwischen den 8 Regionen.

Der südöstliche Teil des Landes wird am stärksten landwirtschaftlich genutzt. In Jihočeský (Südböhmen) und Východočeský (Ostböhmen) liegt der Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft bei über 8%, danach folgt Jihomoravský mit 6,5%. Heute bilden vor allem die fruchtbaren Ebenen von Jihomoravský das landwirtschaftliche Zentrum des Landes. Gegenwärtig hat diese Region mit negativen Auswirkungen der Umstrukturierung in der Landwirtschaft zu kämpfen. Mit dem regionalen Zentrum Brno besitzt die Region jedoch einen für den gesamten Osten des Landes sehr wichtigen städtischen Ballungsraum, durch den auch der Süden des Landes aus infrastruktureller und kommerzieller Sicht wesentlich gewinnt. Die Fischerei konzentriert sich auf die für ihre zahlreichen Seen und Teiche bekannte Region Jihočeský. Forstwirtschaft wird vorwiegend in den gebirgigen Regionen entlang der Grenze im Südwesten (Sumava) und im Norden (Krkonoše, Krušné hory, Jeseníky) sowie in einigen zentral gelegenen Gebieten (Českomoravská vřovina) betrieben.

Industrie

Im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern verfügt die Tschechische Republik in zahlreichen Industriezweigen über eine relativ lange Tradition. Insgesamt lag der Beschäftigungsanteil der Industrie in der Tschechischen Republik im Jahr 1999 bei etwa 40% (40,3% laut AKE-Daten vom 3Q/1999). Mit Ausnahme von Prag (23%), Severočeský (Nordböhmen, 45,8%) und Severomoravský (Nordmähren 45,2%), ist die Industriebeschäftigung in allen Regionen etwa gleich hoch.

Der nördliche Teil der Tschechischen Republik hat das Erbe einer sehr ungünstigen Industriestruktur mit hoher Konzentration auf Schwerindustrie und Bergbau zu tragen. In Severočeský wird die industrielle Struktur von Stahlwerken, chemischer Schwerindustrie und dem Kohlenbergbau geprägt. Severomoravský besitzt große Kohlenbergwerke um Ostrava und Karvina und eine Stahlindustrie in Vitkovice. Beide Regionen sind für die dort bestehenden schweren Umweltschäden bekannt. Severomoravský ist von mangelnder infrastruktureller Anbindung stärker betroffen (z.B. besteht keine Autobahnverbindung zu den zentralen Regionen Brno und Prag) und grenzt noch dazu an die durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichneten bergigen Grenzregionen der Slowakei. Außerdem grenzt diese Region im Norden über weite Strecken an Polen, unter anderem an ‚Sudety‘, eine im Niedergang befindliche alte polnische Industrieregion.

Die stark industrialisierten Gebiete im Nordosten und Nordwesten stehen in ausgeprägtem Gegensatz zu den südlichen und westlichen Regionen an der Grenze zu Österreich und Deutschland, wo die lokale Wirtschaft durch Einkaufs- und Besichtigungstourismus sowie Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen in verschiedenen Branchen belebt wird.

Dienstleistungen

Angesichts des nach der sozialistischen Ära bestehenden Aufholbedarfs ist es keineswegs überraschend, daß im Dienstleistungssektor nach der Wende die stärkste Dynamik zu beobachten war. 1999 war der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor bereits auf nahezu 55% angestiegen (laut AKE-Daten vom 3. Quartal). In den einzelnen Regionen liegt der Anteil bei etwa 50%, wobei einige Regionen, vor allem im Nordosten des Landes, nachhinken. Am geringsten ist der tertiäre Sektor in den beiden nördlichen Industrieregionen und in Východočeský (Ostböhmen) entwickelt. Die Region mit dem stärksten Dienstleistungssektor ist Prag mit einem Beschäftigungsanteil von nahezu 77% im Jahr 1999. Neben der Funktion als Hauptstadt und größtem städtischem Ballungsraum des Landes nimmt Prag auch im internationalen Tourismus eine starke Stellung ein. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs entwickelte sich Prag zu einem der bevorzugten Reiseziele westlicher Touristen im mitteleuropäischen Raum. Relativ gut entwickelt ist der Dienstleistungssektor auch in Západočeský und Středočeský, gemessen am Beschäftigtenanteil kann aber keine dieser Regionen mit der Hauptstadt konkurrieren.

Regionale Arbeitslosigkeit

Im Vergleich zu anderen mitteleuropäischen Ländern zeigt die Tschechische Republik auf regionaler Ebene relativ geringe Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt (dies gilt allerdings nicht auf Bezirksebene). Ende 1998 bewegten sich die regionalen Unterschiede in der AKE-Arbeitslosenquote im großen und ganzen im Rahmen von 6 Prozentpunkten, wobei Prag mit 3,6% die geringste und Nordböhmen mit 12% die höchste Arbeitslosigkeit aufwiesen. Die Situation am Arbeitsmarkt nimmt vor allem in den Makroregionen Severočeský (Nordböhmen), Severo- und Jihomoravský (Nord- und Südmähren) ein kritisches Ausmaß an. Ein gemeinsames Merkmal dieser Regionen ist ihre ungünstige Industriestruktur, wobei die beiden ersteren durch eine hohe Konzentration von Schwerindustrie, Kohlenbergbau und die damit verbundene Umweltproblematik, und Südmähren durch einen hohen landwirtschaftlichen Anteil gekennzeichnet sind. Von den auf regionalstatistischer Ebene III neu geschaffenen 14 Regionen ist die Arbeitsmarktlage vor allem in Usti nad Labem (in Severočeský nach bisheriger regionalstatistischer Unterteilung auf Ebene II) und Ostrava (Severomoravský) am schwierigsten.

Die Unterschiede zwischen den 77 Bezirken lassen sich nur auf Basis von registrierter Arbeitslosigkeit sowie Beschäftigtenziffern messen, da die AKE-Daten auf dieser regionalen Ebene nicht repräsentativ sind. In den ersten Jahren nach der Wende nahmen die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten auf Bezirksebene vorerst zu, ab 1995 jedoch wieder ab. 1998 erreichte der Variationskoeffizient der Arbeitslosigkeit auf Bezirksebene einen Wert von 0,39. Die gegenwärtige Konvergenz ist jedoch darauf zurückzuführen, daß die anfangs erfolgreichen Bezirke in ihrer Entwicklung mehr und mehr mit jenen Bezirken gleichziehen, die schon in den ersten Jahren der Transformation mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten.

Die gegenwärtige Krise auf dem tschechischen Arbeitsmarkt zeigt sich auch an der im Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung sinkenden Zahl der registrierten offenen Stellen. Laut Munich et al. (1999) lag das Verhältnis der offenen Stellen zur Erwerbsbevölkerung im Jahr 1992 bei 1,5% und ging in der Folge auf 0,7% Ende 1998 zurück. Regional schwankte diese Kennzahl zu Ende 1998 zwischen 0,4% in Nordmähren und etwa 1% in Středočeský und Východočeský (Mittel- und Ostböhmen). In Prag lag sie bei einem mittleren Wert von 0,8%. Wie auch in vielen anderen Reformstaaten dürfte die Krise auf dem Arbeitsmarkt der Tschechischen Republik weniger durch regionale Ungleichgewichte zu erklären sein, sondern ihre tieferen Wurzeln vielmehr in der gesamtwirtschaftlichen Lage und der verzögerten Umstrukturierung der Wirtschaft haben. Laut kurzfristig prognostizierten Arbeitsmarktkennzahlen ist nicht zu erwarten, daß eine mögliche Erholung in einigen Regionen zu einer Abschwächung der allgemeinen Rezession führen wird.

Arbeitsmarktinstitutionen

Arbeitsmarktverwaltung und -politik liegen in den Händen des Ministeriums für Arbeit und Soziale Angelegenheiten und der diesem angeschlossenen staatlichen Arbeitsverwaltung, der ein Netz bestehend aus 77 Bezirksarbeitsämtern und 238 lokalen Arbeitsämtern (deren Zahl sich laufend verändert) direkt unterstellt ist. Der staatlichen Arbeitsverwaltung steht im Gegensatz zu Ungarn (mit dem Nationalen Arbeitsmarktzentrum) und der Slowakei (mit dem Nationalen Arbeitsamt) keine dreigliedrig aufgebaute sozialpartnerschaftliche Institution gegenüber. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, einschließlich der Programme der aktiven Arbeitspolitik, werden in der Tschechischen Republik zentral verwaltet, wenngleich die Bezirksarbeitsämter bei Entscheidungen über die praktische Umsetzung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein relativ starkes Mitspracherecht besitzen. Die Mittel zur Umsetzung der Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden unter den Bezirken auf Basis von Projektvorschlägen aufgeteilt (im Gegensatz beispielsweise zur Slowakei, wo die Mittel nach einer bestimmten Formel auf Grundlage der lokalen Arbeitsmarktkennzahlen vergeben werden).

Nach dem neuen Nationalen Beschäftigungsprogramm von 1999 soll der Zuständigkeitsbereich der Bezirksarbeitsämter in der Koordinierung der Beschäftigungspolitik ausgeweitet werden. Als Beispiel für ein Programm zur Förderung der Dezentralisierung ist der unter der Bezeichnung Pro-active Labour Market Intervention Fund (Palmif) bekannte Interventionsfonds zu nennen. Der Fonds wurde 1992 im Rahmen des Phare-Programms eingerichtet und bietet finanzielle Unterstützung für neue, innovative Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Bewältigung lokaler Probleme. Darüber hinaus ist auch im Nationalen Beschäftigungsprogramm 1999 eine beträchtliche Erhöhung der Ausgaben für aktive Maßnahmen vorgesehen, die bereits im Budgetvorschlag für 2000 ihren Niederschlag fand. Allerdings werden durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit aktive Maßnahmen zunehmend zugunsten passiver Ausgaben hintangestellt.

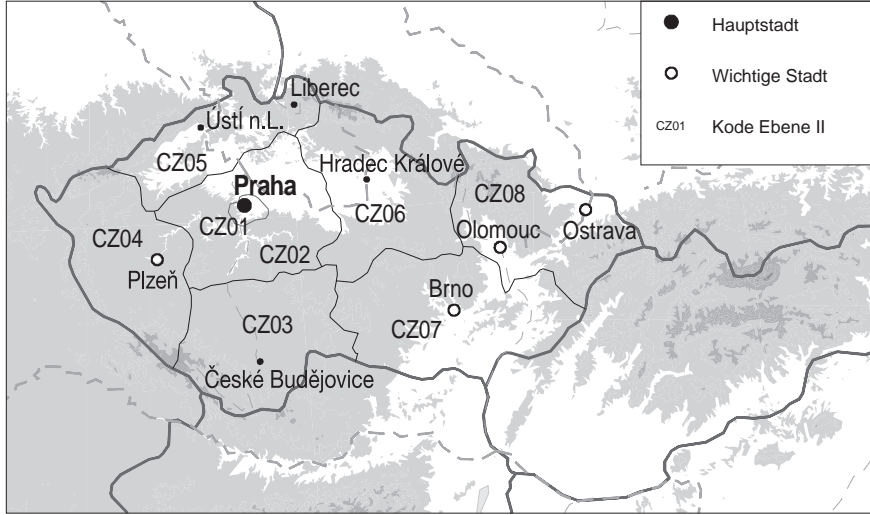
Literatur

Die angeführte Literatur wurde ausnahmslos in englisch verfaßt.

Erbenova, M., Regional Unemployment Differentials and Labour Mobility: A Case Study of the Czech Republic - *Regionale Differentiale der Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemobilität: Fallstudie zur Tschechischen Republik*. In: The Regional Dimension of Unemployment in Transition Countries, OECD, Paris, 1995.

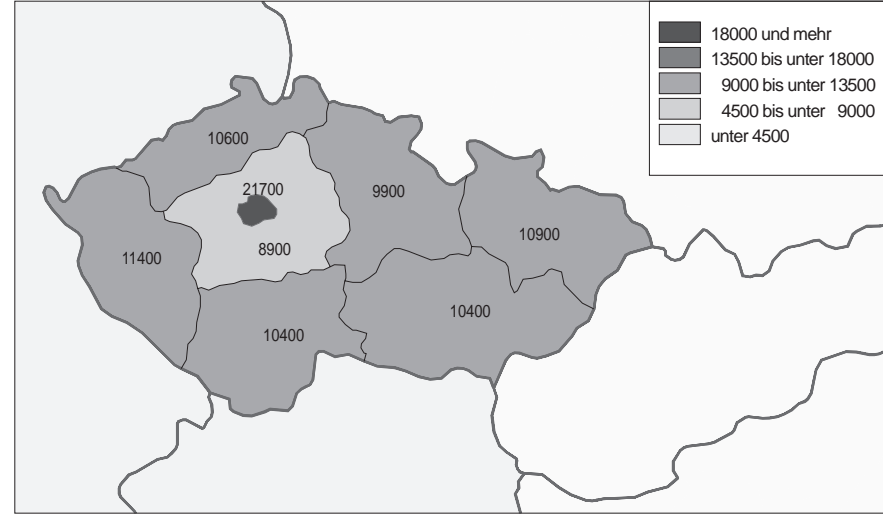
Nesporova, A., An Active Approach towards Regional Restructuring: The Case of Ostrava, Czech Republic - *Ein aktiver Ansatz zu regionaler Umstrukturierung: der Fall von Ostrava, Tschechische Republik*. In: Regional Development and Employment Policy, Lessons from Central and Eastern Europe, ILO, 1998.

Regionalstruktur 1999

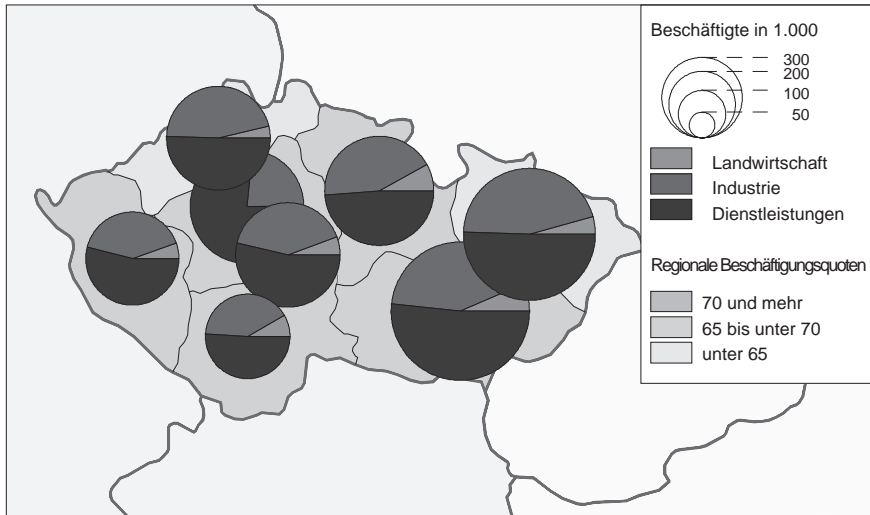


CZ01	Praha	CZ05	Severočeský
CZ02	Středočeský	CZ06	Východočeský
CZ03	Jihočeský	CZ07	Jihomoravský
CZ04	Západočeský	CZ08	Severomoravský

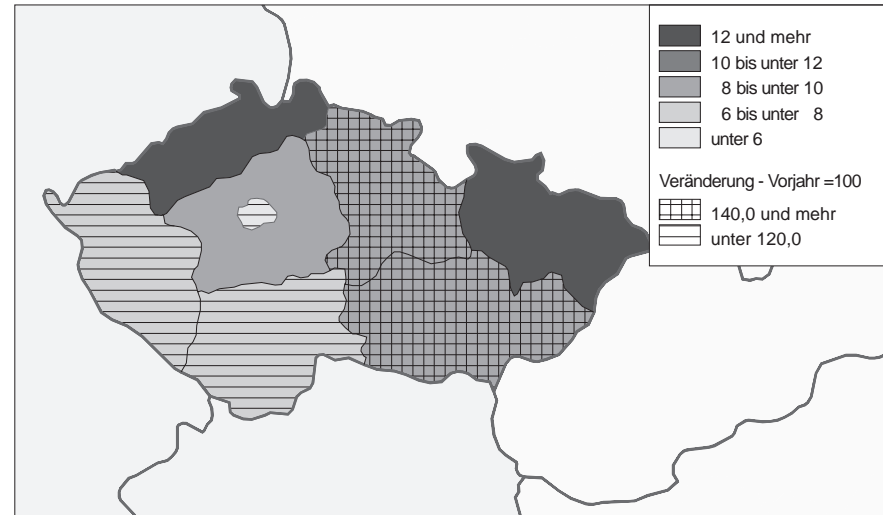
Regionales BIP pro Kopf in KKS 1996



AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 3. Quartal 1999



AKE - Regionale Arbeitslosenquoten, 3. Quartal 1999



Tschechische Republik

Basisdaten

Vorläufige Regionen Ebene II Kodes	Bevölkerung (AKE) 1999 in 1.000	%-Anteil der Bevölkerung im Alter 15-64	Fläche in km ²	Bevölkerungs- dichte 1999 (EW pro km ²)	Natürlicher Saldo der Bevölkerung '91-'97 in 1.000	Saldo der Migration '91-'97 in 1.000	BIP pro Kopf in KKS 1996	
CZ	Česká Republika	10.283,8	69,5	78.866	130,4	-67,8	62,3	11.700
CZ01	Praha	1.188,8	69,6	496	2.396,8	-30,8	16,0	21.700
CZ02	Středočeský	1.110,0	69,2	11.014	100,8	-20,1	12,0	8.900
CZ03	Jihočeský	700,6	69,2	11.346	61,7	-2,2	5,6	10.400
CZ04	Západočeský	856,9	70,0	10.875	78,8	-5,6	3,5	11.400
CZ05	Severočeský	1.181,0	70,4	7.799	151,4	0,0	5,0	10.600
CZ06	Východočeský	1.232,8	68,6	109,7	109,7	-5,5	5,9	9.900
CZ07	Jihomoravský	2.050,5	68,9	15.028	136,4	-10,0	13,2	10.400
CZ08	Severomoravský	1.963,1	69,9	11.068	177,4	6,5	1,1	10.900

AKE - Status der Bevölkerung im Alter von 15-74, 3. Quartal 1999

Regionen Ebene I	Erwerbs- bevölkerung in 1.000	Beschäftigung in 1.000	Arbeitslosigkeit in 1.000	Erwerbsquote in % (15-64)	Beschäftigungs- quote Männer in % (15-64)	Beschäftigungs- quote Frauen in % (15-64)	Arbeitslosen- quote Männer in %	Arbeitslosen- quote Frauen in %
Česká Republika	5.225,1	4.755,9	469,2	73,2	66,6	57,7	9,0	11,2
Praha	649,0	623,0	26,0	78,5	75,3	69,3	4,0	5,2
Středočeský	568,7	522,1	46,6	74,1	68,0	57,1	8,2	11,1
Jihočeský	355,7	334,1	21,5	73,3	68,9	58,6	6,0	8,0
Západočeský	443,0	410,7	32,3	73,8	68,4	60,0	7,3	8,3
Severočeský	596,4	514,1	82,3	71,7	61,8	52,6	13,8	15,8
Východočeský	623,1	572,9	50,2	73,7	67,8	57,8	8,1	10,5
Jihomoravský	1.022,4	932,0	90,4	72,3	65,9	57,5	8,8	11,2
Severomoravský	966,8	846,9	119,9	70,5	61,7	52,7	12,4	15,5

AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 3. Quartal 1999

Regionen Ebene II	% Landwirtschaft	% Industrie	% Dienstleistungen	Veränderung der Beschäftigung '98-'99 3. Quartal 1998=100
Česká Republika	5,1	40,3	54,6	98
Praha	0,3	23,1	76,6	100
Středočeský	5,6	40,8	53,7	98
Jihočeský	8,3	40,7	51,0	100
Západočeský	5,5	40,6	53,9	99
Severočeský	3,7	45,8	50,5	97
Východočeský	8,1	43,1	48,8	99
Jihomoravský	6,5	41,8	51,7	98
Severomoravský	4,3	45,2	50,5	97

Arbeitslose Personen nach Geschlecht, AKE und Registrierte, 3. Quartal 1999

Regionen Ebene II	AKE Arbeitslose gesamt in 1.000	AKE Arbeitslose - Männer in 1.000	AKE Arbeitslose - Frauen in 1.000	AKE - Veränderung der Arbeitslosen - '98-'99 3. Quartal, 1998=100	Registrierte Arbeitslose gesamt in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Männer in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Frauen in 1.000
Česká Republika	469,2	210,6	258,6	133	469,8	219,9	249,9
Praha	26,0	9,9	16,1	114	23,3	10,2	13,1
Středočeský	46,6	19,4	27,2	140	40,9	17,4	23,5
Jihočeský	21,5	9,3	12,2	113	21,9	9,4	12,5
Západočeský	32,3	16,1	16,1	111	33,6	16,6	17,1
Severočeský	82,3	41,3	40,9	138	77,7	37,1	40,6
Východočeský	50,2	21,6	28,6	142	48,7	22,0	26,7
Jihomoravský	90,4	39,1	51,3	151	93,9	43,0	50,9
Severomoravský	119,9	53,9	66,0	130	129,8	64,3	65,5

Regionsstruktur und Datenbasis

Estland - vormals selbst „Region“ als Teil der UdSSR - hat als relativ kleine geopolitische Einheit einen bemerkenswerten Wandel vollzogen: Gesamtwirtschaftlich hat das Land einen beträchtlichen Wachstums- und Modernisierungsschub erfahren, auf regionaler Ebene zeichnen sich völlig neue Entwicklungsmuster ab.

Die regionale Gliederung Estlands ist aus politisch-administrativer Sicht von 15 sogenannten „Maakonds“ (regional-statistische Einheiten der Ebene IV) sowie von rund 250 Verwaltungseinheiten auf lokaler Ebene geprägt. Die Maakonds sind in vielen Bereichen Träger der Staatsverwaltung. Für die territoriale Ebene III wurden die 15 Maakonds zu fünf Einheiten aggregiert (siehe dazu auch den regionalstatistischen Annex). Diese statistischen Regionen haben derzeit noch keine rechtliche Basis, werden aber in regionalstatistischen Publikationen und Projekten verwendet.

Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf regionaler Ebene sind für die statistischen Einheiten der Ebenen IV und III vorhanden. Als Datenquellen für die regionale Ebene dienen die Arbeitskräfteerhebung (AKE), weiters das Arbeitslosen- und das Unternehmensregister. Für einige Maakonds werden aufgrund zu kleiner Stichprobengrößen keine AKE-Daten zur Arbeitslosigkeit publiziert. Auch sind einige spezielle Indikatoren zur Arbeitslosigkeit (vor allem nach Altersgruppen) nicht in regionaler Aufgliederung verfügbar bzw. werden als nicht repräsentative Werte gekennzeichnet. Die AKE-Stichprobengröße beträgt landesweit 13.000 Personen, für die Regionen der Ebene III ergeben sich somit Stichprobengrößen im Bereich von 2.000 bis 3.000 Personen.

Die Regionen

Demographie

Die stärkste Bevölkerungskonzentration in Estland ist in der Hauptstadtregion zu verzeichnen: hier lebt ein Drittel aller Einwohner. Demgegenüber sind die meisten übrigen Regionen, mit Ausnahme des stark industrialisierten Nordostens sowie der Stadt Tartu und ihrer Umgebung, sehr dünn besiedelt. Die Bevölkerungsdichte beträgt im Landesdurchschnitt 33 Einwohner pro Quadratkilometer, die beiden flächenmäßig größten Regionen weisen Dichten um 16 Einwohner auf.

Seit Beginn der 90er Jahre erlebte Estland einen Bevölkerungsrückgang - zwischen 1990 und 1998 sank die Zahl der Einwohner um rund 120.000 oder 8 %. Primär ist dies auf einen starken Geburtenrückgang zurückzuführen. Seit 1995 ist der natürliche Saldo der Bevölkerungsentwicklung in allen Maakonds bzw. Regionen negativ, insbesondere in Kirde- und in Kesk-Eesti (Nordost- und Zentral-Estland). In geringerem Maß hat auch die kontinuierliche Auswanderung russischsprachiger Einwohner dazu beigetragen.

Die in den 60er Jahren massiv einsetzende Industrialisierung des Landes, insbesondere um Tallinn und im Nordosten, führte zu einer großen Zuwanderung russisch-sprechender Bevölkerung. Põhja-Eesti (Nord-Estland) ist mit rd. 535.000 Einwohnern als Hauptstadtregion die größte Region, die zweitgrößte Region ist Kirde-Eesti (Nordost-Estland) mit rd. 300.000 Einwohnern, welche den industriellen Ballungsraum Ida-Virumaa umfaßt. Im letzten Jahrzehnt kam es zu einer Trendumkehr, nämlich einer überdurchschnittlichen Abwanderung sowohl aus der Hauptstadt als auch aus dem industriellen Ballungsraum: Während Tallinn nunmehr 410.000 Einwohner hat, wuchs es zwischen 1960 und 1990 von 300.000 auf 480.000 Einwohner. Viele, primär russischsprachige Einwohner emigrierten. Ältere Personen, aber auch junge Familien verlassen Tallinn und ziehen in vorherige Wochenendhäuser im Umland, meist aufgrund der hohen Wohnkosten. Dieser Trend zur Suburbanisierung betrifft vor allem den Rapla Maakond (Teil von Kesk-Eesti) und in geringerem Maße Lääne Maakond (Teil von Lääne-Eesti). Beides sind Gebiete mit sehr guter Verkehrsanbindung an die Hauptstadt. Weitere deutliche Migrationsgewinne verzeichnete Pärnu und Umgebung (in Lääne-Eesti), unter anderem bedingt durch Zuwächse im Bereich des Tourismus.

Die Erwerbsbevölkerung ist im Zeitraum 1997-1998 insgesamt gewachsen, nämlich um +0,6 % auf 711.000 Personen, bedingt durch einen markanten Anstieg in Lääne-Eesti, dem Westen des Landes sowie geringere Anstiege in Kesk- und Kirde-Eesti (Zentral- und Nordost-Estland). In der Hauptstadtregion war die Erwerbsbevölkerung rückläufig. Die Erwerbsquote stieg von 1997 auf 1998 insgesamt leicht an, markant war der Anstieg in Lääne-Eesti. In Põhja-Eesti und Kesk-Eesti fiel die Erwerbsquote. Der eindeutige Trend zu einer alternden Bevölkerung ließe mittel- bis längerfristig eine Reduktion des Arbeitskräfteangebots erwarten, allerdings sind die Erwerbs- und Beschäftigungsquoten derzeit in Kesk-, Kirde- und Lõuna-Eesti sehr niedrig.

Beschäftigung und regionale Wirtschaft

Die Zahl der Beschäftigten ist im Zeitraum 1997 bis 1998 landesweit um 1 % gestiegen. Die bei weitem stärksten Zuwächse (7,7 %) wurden in Lääne-Eesti (Westen) erhoben, in geringerem Umfang auch in Kirde-Eesti (Nordosten). In der Hauptstadtregion sowie in Lõuna-Eesti (Süden) stagnierte die Beschäftigtenzahl, in Kesk-Eesti (Zentral-Estland) war die Beschäftigtenzahl rückläufig (-1,8 %). Die Beschäftigungsquote stieg landesweit an, regional zeigen sich aber deutliche Unterschiede: Von fast 63 % in der Hauptstadtregion bis 53 % in Lõuna-Eesti (Süd-Estland). Die auffälligsten Entwicklungen von 1997 bis 1998 waren der starke Anstieg der Beschäftigungsquote in Lääne-Eesti und die rückläufige Tendenz in Kesk-Eesti.

Ein wesentlicher Indikator für die Messung regionaler wirtschaftlicher Unterschiede ist das BIP. Von Eurostat wurden jüngst regionale BIP-Daten für Estland veröffentlicht. 1996 betrug das BIP pro Kopf rund 6.100 KKS (Kaufkraft-

standards), das entspricht 34 % des EU-Schnitts. Põhja-Eesti, die Hauptstadtregion, lag mit rd. 9.200 KKS weit über dem Landesschnitt. Die weiteren vier Regionen liegen in etwa gleichauf, zwischen 4.000 KKS (Kesk-Eesti) und 4.600 KKS (Kirde-Eesti) pro Kopf.

Land- und Forstwirtschaft

Die Landwirtschaft hat, wie auch in anderen Staaten im wirtschaftlichen Umbruch, eine wichtige Rolle als Puffer bzw. als Krisensicherung - dies zeigt die hohe Zahl von Kleinlandwirtschaften. 1997 waren 45.000 Betriebe mit einer Größe bis 4 ha registriert. Die Position des landwirtschaftlichen Sektors hat sich durch die Transformation stark verändert - innerhalb der Sowjetunion gehörte Estland zu den Republiken mit den günstigsten Standortbedingungen -, die Position im heutigen internationalen Markt ist hingegen, auch klimatisch bedingt, relativ schwach, insbesondere bei Getreiderzeugnissen. Die Produktion gerät zunehmend unter den Druck von Importen. Ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor ist die Forstindustrie - nahezu die Hälfte der Landesfläche ist bewaldet, Kiefern- und Birkenholz bilden wichtige Exportprodukte.

Die Daten zu Beschäftigung, aber auch zur Bruttowertschöpfung zeigen, daß der primäre Sektor insbesondere in Kesk-Eesti (Zentral-Estland) eine weit überdurchschnittliche Bedeutung hat. Im Landeschnitt waren 1998 (2. Quartal) knapp 10 % der Gesamtbeschäftigten in der Landwirtschaft tätig, in Kesk-Eesti waren es 25 %.

Industrie

Neben der Hauptstadt als industrieller Standort entstanden die größten Produktionen im Nordosten Estlands, vor allem in der nördlichen Hälfte des Ida-Viru Maakond. Die Basis der industriellen Entwicklung bildeten die Rohstoffressourcen und die aus mehrfacher Sicht günstige Lage des Gebiets an der früher wichtigen Achse Tallinn-Petersburg.

In dieser Region und vor allem um die Städte Narva, Kothla-Järve und Johvi sind die wichtigsten primären Ressourcen des Landes konzentriert. Ölschiefer als Basis für Energiegewinnung und chemische Industrie bildet die Grundlage der Großindustrien. Mit einem Anteil von 60 % des Primärenergieverbrauchs ist Ölschiefer der bei weitem wichtigste Energieträger. Aus energie-, aber auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist ein Ausstieg aus dieser relativ umweltbelastenden Technologie derzeit kaum realistisch. 1998 war im Landesschnitt ein Drittel der Beschäftigten in der Industrie tätig - in Kirde-Eesti (Nordost-Estland) waren es fast 48 %. Diese Region ist mit den Umstrukturierungserfordernissen und sozialen Problemen einer alternden Industrieregion konfrontiert.

Ein weiteres, eher flächiges und kleinteilig regionales Problem sind rd. 30 monoindustrielle Siedlungen mit 1.000 bis 3.000 Einwohnern, die vor allem um Großbetriebe der Lebensmittelverarbeitung entstanden sind: Die wirtschaftlichen Probleme dieser Betriebe zeigen unmittelbare negative Auswirkungen am lokalen Arbeitsmarkt.

Eine Besonderheit war die Rolle Estlands, aber auch der anderen baltischen Staaten für die Sowjetunion als militärisch-strategischer Standort von großer Bedeutung. Die relativ rasche Schließung von großer militärischer Industrie führte zu einem starken Anstieg industrieller Arbeitslosigkeit; die russische Minderheit war davon besonders betroffen.

Dienstleistungen

Wie in allen Transformationsländern ist der tertiäre Sektor in den größeren Städten konzentriert (Tallinn, Tartu und Pärnu). In Põhja-Eesti, der Hauptstadtregion, sind rund 68 % der Beschäftigten im tertiären Sektor tätig, ebenfalls überdurchschnittlich ist der Beschäftigtenanteil dieses Sektors mit fast 61 % in Lõuna-Eesti (Süd-Estland), die Region um Tartu (Landesschnitt 57,3 %). Generell baut die günstige Ausgangsposition für das Wachstum des tertiären Sektors in den westlichen Regionen vor allem auf den Tourismus auf sowie, bedingt durch die Küstenlage und die Häfen, auf den Handel. Das rasche Wachstum neuer KMUs erfolgte relativ zeitgleich in Tallinn und Lääne-Eesti (West-Estland). Das Gewicht der Hauptstadt in Handel und Tourismus ist sehr groß: rund 70 % aller Umsätze im Handel werden in Tallinn getätigt (Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten). Des weiteren ist die Stadt ein Hauptanziehungspunkt für Einkaufstouristen aus Finnland - über 2,6 Mio. finnische Touristen kamen 1997 per Fähre.

Regionale Arbeitslosigkeit

Die wesentlichsten regionalen Arbeitsmarktprobleme Estlands sind:

- der Mangel an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in den ländlichen Regionen
- die aufgrund industrieller Umstrukturierung entstandene Arbeitslosigkeit, wovon insbesondere die russischsprachige Bevölkerung betroffen ist

Generell zeigen die Arbeitsmarktdaten für die größeren Städte und ihr Umland (Tallinn, Tartu und Pärnu) wesentlich günstigere Entwicklungen als für den Rest des Landes. Das Fehlen größerer Städte im Sinne wirtschaftlicher Zentren betrifft weite Teile des Landes, insbesondere den Südosten und das Landesinnere (Kesk-Eesti). Generell zeigte der Westen des Landes die günstigste Entwicklung, d.h. eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und ein Wachstum der Beschäftigung.

Im 2. Quartal 1998 war nach AKE-Daten die Arbeitslosenrate in Lääne-Eesti (West-Estland) mit 5,8 % am geringsten, gefolgt von der Hauptstadtregion (9,1 %). Den höchsten Wert wies Kirde-Eesti (Nordost-Estland) mit 12,3 % auf. In dieser Region ist auch das Problem der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit am gravierendsten. Gegenüber dem 2. Quartal 1997 ist die AKE-Arbeitslosenrate in allen Regionen gefallen, am stärksten in Lääne-Eesti. Die Zahlen zu den registrierten Arbeitslosen zeigen generell weit höhere Anteile von Frauen - dies liegt u.a. daran, daß Frauen mit

Kinderbetreuungspflichten diese Leistungen länger in Anspruch nehmen können als Männer. Die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen war Ende 1997 geringer als Ende 1998, d.h. registrierte und AKE-Arbeitslosigkeit zeigen gegenläufige Tendenz, was vor allem auf eine signifikante Erhöhung der Unterstützungszahlungen zu Beginn des Jahres 1999 zurückzuführen ist.

Letztlich ist anzunehmen, daß die fehlende Arbeitsmarktdynamik in den ländlichen Regionen zu einer weiteren, verstärkten Migration in die größeren Ballungsräume führen wird. Am massivsten sind diese Probleme derzeit im Südosten des Landes (Lõuna-Eesti bzw. Põlva und Võru Maakond). Die Region liegt vergleichsweise peripher zu den größeren, städtischen Nachfragemärkten. Tartu, als wichtiges regionales Zentrum, ist mit rund 100.000 Einwohnern relativ klein. Überlagert wird diese Situation durch die niedrige Mobilität, insbesondere in den ländlichen Regionen. Hierbei spielt auch das im Durchschnitt geringere Ausbildungsniveau der Bevölkerung eine Rolle. Die derzeit wichtigste Alternative in den ländlichen Regionen bietet der Tourismus, der räumlich eine starke Konzentration auf die Hauptstadt und den Westen des Landes sowie die vorgelegerten Inseln zeigt.

Arbeitsmarktinstitutionen

Die 1991 gegründete Arbeitsmarktverwaltung ist dem Ministerium für Soziales unterstellt. Die Arbeitsmarktverwaltung ist relativ stark auf die lokale Ebene bezogen. 1998 gab es in jedem Maakond mindestens eine, meist aber mehrere lokale Stellen: Insgesamt waren es rund 50 Stellen auf regionaler bzw. lokaler Ebene. Diese Stellen wurden prioritär in den Gebieten mit den gravierendsten Problemlagen eingerichtet. Zu den wesentlichen Aktivitäten dieser lokalen Stellen zählen die Maßnahmen der passiven Arbeitsmarktpolitik (Unterstützungszahlungen), die Stellenvermittlung und teilweise auch andere Organisationsfelder. Gerade im Bereich aktiver Maßnahmen ist das Engagement der lokalen Arbeitsmarktverwaltung und der lokalen Behörden wesentlich.

Das System lokaler und regionaler Stellen ist im internationalen Vergleich relativ dicht, die personelle Ausstattung der Stellen beschränkt vielfach aber das Tätigkeitsfeld. Im internationalen Vergleich sind die Unterstützungszahlungen an Arbeitslose generell sehr gering. Aktive Maßnahmen wie subventionierte Beschäftigung oder Aus- und Weiterbildung haben ein großes Gewicht an den gesamten Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik.

Literaturtips

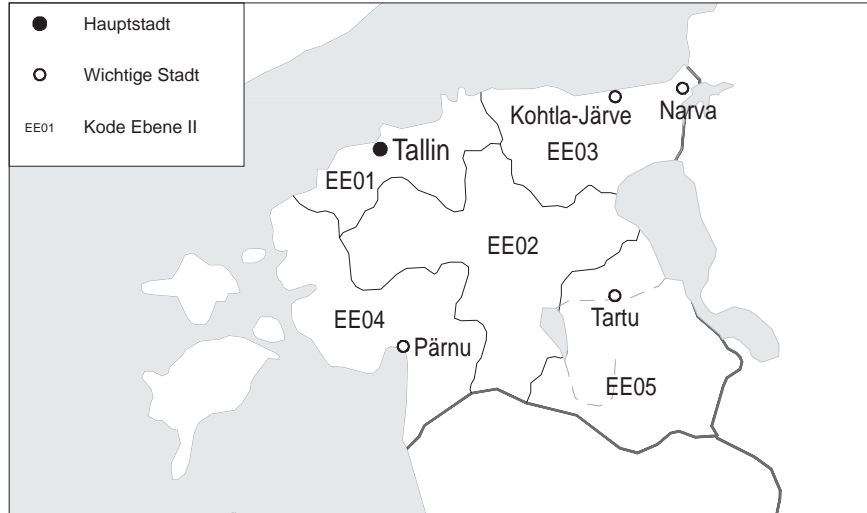
Die angeführte Literatur wurde ausnahmslos in englisch verfaßt.

Raagma, Garri (1996), Shifts in Regional Development of Estonia During the Transition - *Positionswechsel in der*

Regionalentwicklung Estlands während des Wirtschaftswandels. In: European Planning Studies, Bd. 4, Nr. 6, 1996, S. 683-703.

Paas, Tiiu (1999), Implementation of Labour Policy Measures in Estonia on the Regional Level - *Praktische Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf Estlands regionaler Ebene.* In: Eamets, Raul (Hrsg.) (1999), Estonian Labour Market and Labour Market Policy, Ministerium für Soziale Angelegenheiten Estlands, Viljandi-Tartu 1999.

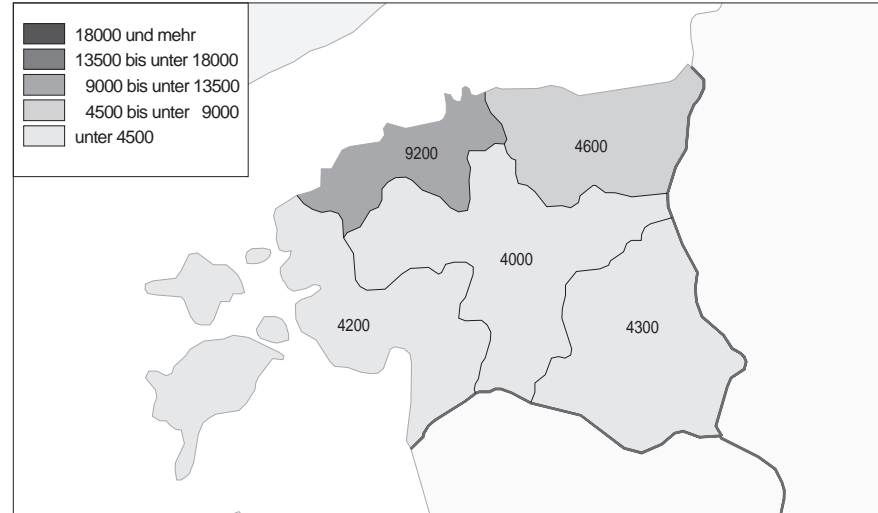
Regionalstruktur 1999



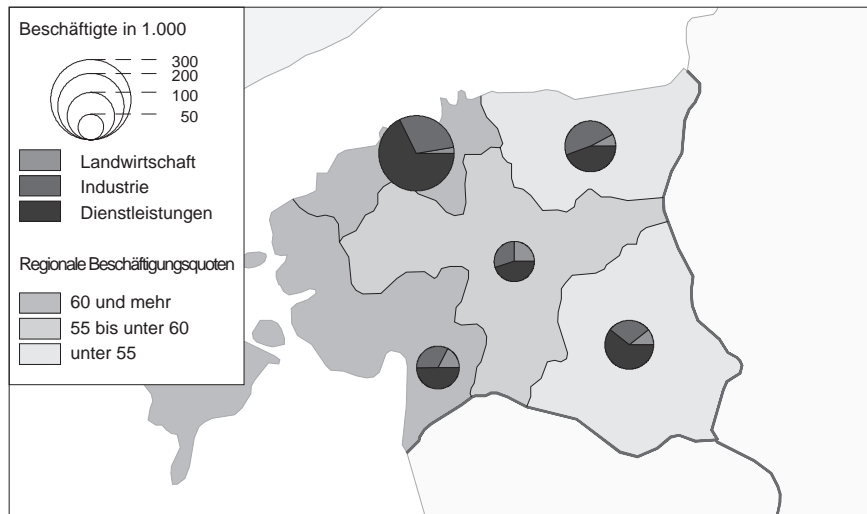
EE001 Põhja Eesti
EE002 Kesk Eesti
EE003 Kirde Eesti

EE004 Lääne Eesti
EE005 Lõuna Eesti

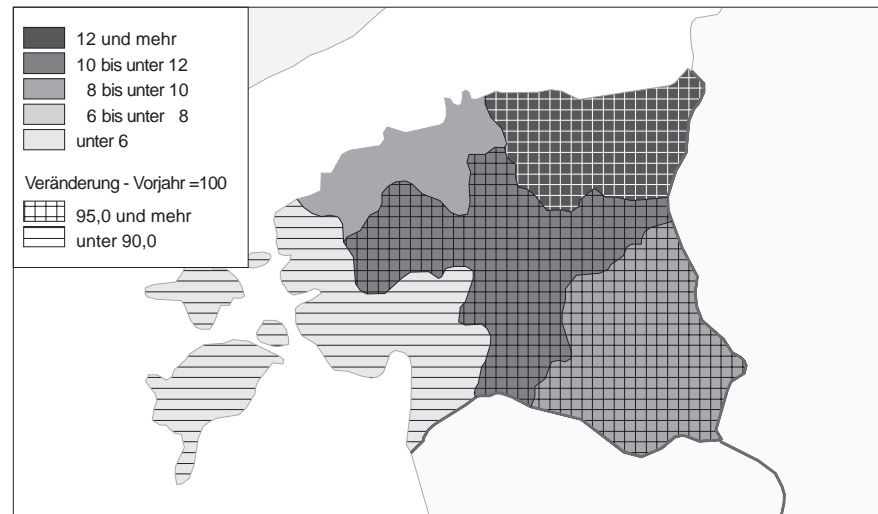
Regionales BIP pro Kopf in KKS 1996



AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 2. Quartal 1998



AKE - Regionale Arbeitslosenquoten, 2. Quartal 1998



Estland

Basisdaten

Vorläufige Regionen Ebene III Kodes	Bevölkerung 1998, Periodenende in 1.000	Fläche in km ²	Bevölkerungs- dichte 1998 (EW pro km ²)	Natürlicher Saldo 1998 der Bevölkerung pro 1.000	Saldo der internationalen Migration EW '90-'98 in 1.000	Saldo der regionalen Wanderung '95-'97 in 1.000	BIP pro Kopf in KKS 1996
E	1.445,6	43.431	33,3	-4,9	-84,8	.	6.100
EE001	535,1	4.332	123,5	-4,4	-45,4	-2,2	9.200
EE002	187,0	11.629	16,1	-4,8	-2,7	0,0	4.000
EE003	271,3	6.829	39,7	-7,0	-22,2	0,9	4.600
EE004	183,9	11.135	16,5	-3,8	-5,3	2,4	4.200
EE005	268,3	9.507	28,2	-4,5	-9,1	-1,0	4.300

AKE - Status der Bevölkerung im Alter 15-74, 2. Quartal 1998

Regionen Ebene III	Erwerbs- bevölkerung in 1.000	Beschäftigung in 1.000	Arbeitslosigkeit in 1.000	Inaktive in 1.000	Beschäftigungs- quote in % (15-74)	Beschäftigungs- quote Männer in % (15-74)	Beschäftigungs- quote Frauen in % (15-74)	Arbeitslosen- quote in %	Arbeitslosen- quote Männer in %	Arbeitslosen- quote Frauen in %
EEESTI	710,9	643,0	67,9	391,8	58,3	64,6	52,8	9,6	10,4	8,6
Põhja Eesti	288,7	262,3	26,3	130,3	62,6	67,9	58,0	9,1	10,5	7,6
Kesk Eesti	84,3	75,6	8,7	52,4	55,3	63,8	47,7	10,3	10,2	10,5
Kirde Eesti	131,9	115,7	16,2	79,2	54,8	62,4	48,5	12,3	13,0	11,5
Lääne Eesti	88,5	83,4	5,2	48,2	61,0	67,0	55,3	5,8	7,2	[4,2]
Lõuna Eesti	117,5	106,0	11,5	81,7	53,2	58,9	48,3	9,8	10,0	9,6

AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 2. Quartal 1998

Regionen Ebene III	% Landwirtschaft	% Industrie	% Dienstleistungen	Veränderung der Beschäftigung '97-'98 2. Quartal 1997=100
EEESTI	9,5	33,2	57,3	101
Põhja Eesti	2,8	29,7	67,6	100
Kesk Eesti	25,1	29,6	45,3	98
Kirde Eesti	8,0	47,6	44,4	102
Lääne Eesti	17,4	32,9	49,7	108
Lõuna Eesti	10,5	28,8	60,8	100

Arbeitslose Personen nach Geschlecht, AKE und Registrierte, 2. Quartal 1998

Regionen Ebene III	AKE Arbeitslose gesamt in 1.000	AKE Arbeitslose - Männer in 1.000	AKE Arbeitslose - Frauen in 1.000	AKE - Veränderung der Arbeitslosen - '97- 98 2. Quartal,	Registrierte Arbeitslose gesamt in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Männer in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Frauen in 1.000
EESTI	68,0	38,9	29,1	92	21,7	7,3	14,4
Põhja Eesti	26,3	15,6	10,7	91	7,1	2,3	4,8
Kesk Eesti	8,7	4,7	4,0	96	3,4	1,1	2,3
Kirde Eesti	16,3	9,0	7,3	97	5,1	1,8	3,3
Lääne Eesti	5,2	3,5	1,7	75	2,6	0,9	1,7
Lõuna Eesti	11,5	6,1	5,4	95	3,5	1,2	2,3

Spezifische Indikatoren der Arbeitslosigkeit

Regionen Ebene III	AKE - Jugend- arbeitslosenquote (15-24) in %	AKE - Langzeit- arbeitslose in % aller Arbeitslosen	Registrierte Arbeits- suchende in 1.000	Empfänger von Arbeits- losenunterstützung in 1.000
EESTI	14,5	45,0	31,9	17,7
Põhja Eesti	14,7	41,6	9,5	5,6
Kesk Eesti	13,6	40,0	4,5	2,9
Kirde Eesti	18,1	54,1	8,5	4,1
Lääne Eesti	n.a.	[45,8]	3,4	1,8
Lõuna Eesti	14,7	43,2	6,0	3,2

[...] Weniger genaue Schätzung

Regionalstruktur und Datenbasis

Ungarn nimmt eine Fläche von etwa 93.000 km² ein. Von den über dreitausend Siedlungseinheiten sind mehr als 190 Städte. Etwa 37% der 10 Millionen Einwohner leben in ländlichen Gebieten.

Ungarn ist in 20 Verwaltungseinheiten - sogenannte Komitate - gegliedert, die regionalstatistischen Einheiten der Ebene III entsprechen. In Hinblick auf den EU-Beitritt schlugen die ungarischen Behörden die Einführung eines neuen Systems von Makroregionen vor, die der territorialen Ebene II entsprechen würden. Seit der Abschaffung der kleineren Verwaltungseinheiten (járás) im Jahr 1994 besitzt Ungarn keine Verwaltungseinheiten der territorialen Ebene IV mehr. Aus praktischen Gründen wurden jedoch zwei verschiedene Untergliederungen in Teilregionen vorgenommen. 1994 führte das Ungarische Statistische Zentralamt für statistische Zwecke ein neues System von 138 Teilregionen ein. Bei diesen Teilregionen handelt es sich jeweils um Unterteilungen der einzelnen Komitate. Zusätzlich sind die Teilregionen gegenwärtig in über 180 Arbeitsamtsbezirke unterteilt.

Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind im allgemeinen für alle regionalstatistischen Ebenen verfügbar. Die wichtigsten Datenquellen sind die Arbeitskräfteerhebung (AKE), Arbeitslosenregister und Unternehmensbefragungen. Die Arbeitskräfteerhebung wird vom Ungarischen Statistischen Zentralamt seit Januar 1992 basierend auf einem international vergleichbaren Verfahren durchgeführt. Die quartalsweise Erhebung erfolgt durch Befragung einer im Rotationsprinzip wechselnden Stichprobe von etwa 30.000 Haushalten (nahezu 70.000 Personen). Die Arbeitskräfteerhebung liefert Hinweise über die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 74 Jahren für die Ebenen II und III. Daten auf Basis registrierter Beschäftigungs- und Arbeitslosenziffern sind auf der Ebene der Arbeitsamtsbezirke verfügbar.

Die Regionen

Demographie

Die ungarische Bevölkerung verzeichnete in den letzten Jahrzehnten aufgrund sinkender Geburtenraten und etwa gleichbleibender Sterblichkeitsraten einen stetigen Rückgang. Gegenwärtig liegt die Bevölkerungszahl noch über 10 Millionen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 - 74 Jahre) geht seit 1995 zurück und beträgt gegenwärtig etwa 7,7 Millionen. Die Erwerbsbevölkerung umfaßt etwas mehr als 4 Millionen Personen.

Laut AKE-Daten für das erste Quartal 1999 betrug der Anteil der noch nicht erwerbsfähigen Personen (0 - 14 Jahre) insgesamt 17,4%. Relativ jung ist die Bevölkerung in Észak-Magyarország (Nordungarn) und Észak-Alföld (dem nördlichen Teil der Großen Tiefebene), wo der Anteil der Personen im Alter von 0 - 14 Jahren bei 18,5 bzw. 19,7% liegt. Am niedrigsten ist ihr Anteil mit 15,8% in Közép-Magyarország (Mittel-

ungarn). Aufgrund dieser Zahlen ist anzunehmen, daß sich der Druck aufgrund eines wachsenden Arbeitskräfteangebots künftig primär in jenen Regionen auswirken wird, in denen der Arbeitsmarkt schon jetzt die geringste Aufnahmefähigkeit zeigt.

Die Mobilität der Arbeitskräfte ist in Ungarn traditionell gering. Die Unterschiede, die auf dem Arbeitsmarkt zwischen den einzelnen Regionen und Komitaten bestehen, sind relativ stabil. 1998 lebten etwa 40% der ungarischen Arbeitslosen in den wirtschaftlich schwachen Regionen des Ostens. Die etwa eine halbe Million Menschen zählende Minderheit der Roma lebt hauptsächlich im nördlichen Teil des Landes. Wegen ihres äußerst geringen schulischen und beruflichen Bildungsstandes ist diese Gruppe nur sehr schwach auf dem Arbeitsmarkt vertreten.

Beschäftigung und regionale Wirtschaft

Közép-Magyarország (einschließlich des Ballungsraumes von Budapest) ist die wirtschaftlich führende Region mit dem höchsten Urbanisierungsgrad (etwa 80%) und einem über dem Landesdurchschnitt liegenden BIP pro Kopf. Der nördliche Teil von Dunántúl (Transdanubien) zeigt zwar Ähnlichkeiten mit Észak-Magyarország, ist aber durch eine regere Dynamik im Unternehmensbereich gekennzeichnet und nimmt daher neben Dél-Alföld (der südlichen Großen Tiefebene) hinter Közép-Magyarország eine Spitzenposition beim BIP pro Kopf ein. Észak-Magyarország und Észak-Alföld (der nördliche Teil der Großen Tiefebene) im Osten des Landes gehören zu den am wenigsten entwickelten Regionen mit dem geringsten BIP pro Kopf. In diesen beiden Regionen liegen viele ländliche Gebiete sowie Gebiete mit im Niedergang befindlichen Industrien.

In Ungarn war die regionale Entwicklung im Laufe der Transformation durch eine Verschärfung der bereits Ende der achtziger Jahre existierenden regionalen Disparitäten gekennzeichnet. Relativ gesehen blieben die Positionen der einzelnen Komitate zueinander weitgehend unverändert. An den extremen Enden des Spektrums - bei den am höchsten entwickelten und bei den rückständigsten Komitaten - waren nur sehr geringe Veränderungen zu verzeichnen (Fazekas und Ozswald, 1998).

Von den Makroregionen haben Közép-Magyarország (Mittelungarn) und Nyugat-Dunántúl (das westliche Transdanubien) die günstigste Arbeitsmarktsituation zu verzeichnen. Im Osten des Landes - in den Regionen Észak-Magyarország (Nordungarn) und den nördlichen Teilen von Alföld (der Großen Tiefebene) - ist die Arbeitslosenrate stets am höchsten.

Die Erwerbsquote und die Arbeitslosenquote zeigen einen ähnlichen regionalen Verlauf. Laut AKE 1998 erreichte die Erwerbsquote der Bevölkerung im Alter von 15 - 74 Jahren in Nyugat-Dunántúl (dem westlichen Transdanubien) fast 58%, während sie in Észak-Magyarország bei nur etwa 47% lag. 1998 lag die Erwerbsquote in den verschiedenen Komitaten zwischen 43,6% in Szabolcs und 59,6% in Győr-Moson-Sopron.

Die wohlhabenden Komitate, die von der Wende relativ am meisten profitierten, liegen vorwiegend im Norden und Westen des Landes, insbesondere entlang der Strecke Wien-Budapest bzw. im Dreieck Wien-Budapest-Bratislava. Die Hauptstadt Budapest ist das mit Abstand höchstentwickelte Komitat mit hohen Anteilen an der Wirtschaftstätigkeit und den Auslandsinvestitionen. Ebenfalls wohlhabend sind die Komitate Győr-Moson-Sopron entlang der Grenze zu Österreich und der Slowakei und Vas (beide im westlichen Transdanubien), sowie das Komitat Pest in Közép-Magyarország.

Im allgemeinen waren von den negativen Folgen des Wirtschaftswandels die am stärksten betroffenen Komitate jene mit einem hohen Anteil an Schwerindustrie oder Landwirtschaft, mit schwacher Infrastruktur, schlecht ausgebildeten Arbeitskräften, einem niedrigen Entwicklungsstand in den Bereichen Dienstleistungen und Handel, einem relativ hohen Bevölkerungsanteil der Volksgruppe der Roma und großen Entfernungen zu den größeren städtischen Zentren. Die Komitate, die über eine längere Zeit hinweg von den negativen Auswirkungen der Umstrukturierung betroffen waren, liegen östlich der Tisza (Theiß) und weisen in der industriellen Produktion unterschiedliche Strukturen auf.

Trotz der relativ großen Zuflüsse an direkten Auslandsinvestitionen ist aufgrund deren Konzentration auf Budapest und eine Reihe anderer wirtschaftlich attraktiver Gebiete zu beobachten, daß diese Investitionen in den Krisengebieten kaum zur Entstehung neuer Arbeitsplätze führten. Nach dem Start eines groß angelegten Programms der ungarischen Regierung zur Förderung von Investitionen in abgelegenen Gebieten engagierten sich ausländische Investoren auch jenseits der Donau und realisierten einige Projekte im Osten des Landes. Laut Familien- und Sozialministerium führten diese 1998 jedoch noch nicht zu spürbaren Auswirkungen in Form neuer Arbeitsplätze.

Besonders hart wurde die ungarische Wirtschaft durch die strenge Handhabung von Konkursverfahren getroffen. Im Jahr 1992 kam dabei eine sehr starre Regelung zur Anwendung, welche während eines kurzen Zeitraums zu einer höheren Zahl von Konkursen als in anderen Reformländern führte.

Land- und Forstwirtschaft

Aufgrund des milden Klimas und insbesondere der ausgedehnten Ebenen ist Ungarn als Agrarland prädestiniert. Die Landwirtschaft, einschließlich der Viehzucht (in der berühmten ungarischen Puszta), war in Ungarn immer schon ein wichtiger Wirtschaftszweig. Der Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten sank während der Transformation jedoch beträchtlich auf gegenwärtig etwa 7,5% (AKE-Daten für das vierte Quartal 1998).

Die Landwirtschaft konzentriert sich hauptsächlich auf Alföld (die Große Tiefebene). In Dél-Alföld arbeiten 17% aller Beschäftigten in der Landwirtschaft, in Észak-Alföld (dem nördlichen Teil der großen Tiefebene) sowie in Del-Dunántúl etwas über 10%. Das Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg in

Észak-Alföld ist ein typisches Beispiel für ein Krisengebiet mit strukturschwacher Landwirtschaft.

Industrie

Insgesamt lag die Industriebeschäftigung in Ungarn 1998 bei über 34% (AKE-Daten für das 1. Quartal 1999). Von den Makroregionen weisen Közép- und Nyugat-Dunántúl (Mittel- und Westtransdanubien) sowie Észak-Magyarország den höchsten Anteil an Industriebeschäftigung (über 40%) auf. Közép-Magyarország mit der Hauptstadt Budapest ist mit einer Industriebeschäftigung von nur etwa 29% die am geringsten industrialisierte Region. Die regionale Gliederung ist für eine Darstellung der Industriestruktur des Landes und der damit verbundenen Probleme jedoch vermutlich zu großflächig strukturiert. Für diesen Zweck sind Daten auf Komitateebene aussagekräftiger.

Bei jenen Komitaten, die von der ersten Schockwelle der Transformation am stärksten betroffen waren, kann man zwischen den kurzfristigen Verlierern und den „Nachzüglern“ unterscheiden. Erstere wurden anfänglich von starken Schocks erschüttert, erholten sich aber rasch wieder (z.B. die industrialisierten Komitate Komárom und Fejér in Közép-Dunántúl). Für die Nachzügler unter den industrialisierten Komitaten ist häufig ein hoher Schwerindustrieanteil typisch. Weiters ist ein enger Zusammenhang zwischen dem Vorherrschen staatseigener kapitalintensiver Industrien und örtlichen Arbeitsmarktproblemen zu beobachten (Fazekas, 1995).

Die größten Probleme bestehen in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén und Nógrád (beide in Észak-Magyarország), die hauptsächlich von den Massenkündigungen infolge der Umstellungen in der Stahlindustrie und der Krise im Bergbau betroffen waren.

Dienstleistungen

In Ungarn wird der geringere Anteil der Industriebeschäftigung durch einen relativ hohen Anteil des Dienstleistungssektors kompensiert. 1999 entfiel auf den tertiären Sektor ein Anteil von etwa 58% der Gesamtbeschäftigung und damit neben Estland der höchste Prozentsatz der hier vorgestellten fünf Länder. Die dominierende Stellung Budapests wird aus dem Anteil, den der Dienstleistungssektor in Közép-Magyarország einnimmt, deutlich, der mit fast 70% der landesweit höchste ist. Észak-Alföld folgt mit 59%, alle anderen Komitate liegen unter dem Landesdurchschnitt. Gering ist der Anteil der Beschäftigung im Dienstleistungssektor insbesondere in Nyugat-Dunántúl (im westlichen Transdanubien) (unter 50%).

Regionale Arbeitslosigkeit

Eine Umfrage unter Unternehmen (Fazekas und Kollo, 1996) zeigte, daß Arbeitsplatzneubildung und -verluste für die Entstehung regionaler Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt von annähernd gleicher Bedeutung sind. Die rückständigeren Regionen wiesen mehr schrumpfende Unternehmen mit hö-

heren Arbeitsplatzverlusten auf und gleichzeitig eine geringere Anzahl expandierender Unternehmen, die weniger neue Arbeitsplätze schufen. 1998 betrug der Unterschied zwischen den Arbeitslosenquoten der verschiedenen Komitate bei der registrierten Arbeitslosigkeit etwa 14 Prozentpunkte und bei der Arbeitslosigkeit nach AKE 7 Prozentpunkte. Deutliche Unterschiede mit ähnlich strukturiertem Muster wie bei den Arbeitslosenquoten sind auch bei den Erwerbsquoten zu beobachten. Typisch für die regionalen Unterschiede auf dem ungarischen Arbeitsmarkt ist, daß stets dieselben Bezirke unter den bestgereichten bzw. den rückständigsten zu finden sind.

Die AKE-Arbeitslosigkeit ist in Ungarn besonders in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit im allgemeinen niedriger als die registrierte. 1998 lag die AKE-Arbeitslosigkeit in Nordungarn bei 12,2%, im nördlichen Teil der Großen Tiefebene bei 11%, in Mittelungarn bei nur 5,6% und im westlichen Transdanubien bei 6%. Auf der Ebene der Komitate waren die Arbeitslosenquoten in Borsod, Szabolcs und Nógrád mit 13,8%, 11,8% und 10,8% am höchsten. Die geringste Arbeitslosenquote wurde mit 5,1% im Komitat Győr-Moson-Sopron (westliches Transdanubien) verzeichnet, während Budapest (Mittelungarn) und Vas (Westtransdanubien) 5,5% aufwiesen.

Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit zeigt sowohl bei den Höchst- als auch bei den Tiefstständen das gleiche Bild. Niedrig ist die Arbeitslosigkeit in den Komitaten Budapest, Győr-Moson-Sopron und Vas (mit einer registrierten Arbeitslosigkeit zu Ende 1998 von 3,6%, 4,4% und 5,2%). Die drei Bezirke mit den durchgehend höchsten Arbeitslosenquoten sind Borsod, Szabolcs und Nógrád (17,7%, 16,9% und 14,7% zu Ende 1998).

Arbeitsmarktinstitutionen

Die ungarische Beschäftigungspolitik ist eine Kombination von zentralistischem und dezentralistischem Ansatz. Erstes zeigt sich im Rahmen des für Arbeitsmarktpolitik zuständigen Ministeriums (gegenwärtig des Sozial- und Familienministeriums) und seines autonomen Organs, Nationalen Zentrum für Arbeit, das bis 1996 das Netz der Komitatsarbeitsämter und der örtlichen Arbeitsämter beaufsichtigte, zur Anwendung. Gegenwärtig stehen die Ämter unter der Aufsicht des Ministeriums, während das Zentrum für Arbeit für Statistiken und Analysen zuständig ist. Diese Strukturen entsprechen jenen der Arbeitsverwaltungen in den EU-Ländern. Die örtlichen Arbeitsämter sind für die Verwaltung der Arbeitslosengelder und für die Stellenvermittlung zuständig. Zusätzlich beschäftigen sich diese Ämter auch mit der Organisation und Umsetzung von Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Daneben bestehen nach einem dreigliedrigen Modell organisierte sozialpartnerschaftliche Institutionen: das Entscheidungsgremium des Arbeitsmarktfonds „MAT“ (bis 1996 der Nationale Rat für den Arbeitsmarkt) und das Netz der Arbeitsbeiräte der einzelnen Komitate. Diese Institutionen überwachen den dezentralen Teil der im Beschäfti-

gungsfonds konzentrierten Mittel. Seit 1996 haben von den Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen delegierte Vertreter einen permanenten Sitz im MAT und beziehen ein Gehalt vom Staat. Im Gegensatz zur Zeit vor 1996 werden Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Medien abgehalten. Das MAT bestimmt jenen Teil des Beschäftigungsfonds, der dezentral zu verwalten ist. Der verbleibende Teil der Mittel des Beschäftigungsfonds gehen über zentral verwaltete Teilbudgets zweckgebunden (Betrieb regionaler Umschulungszentren, Interventionsfonds zur Bekämpfung regionaler Arbeitsmarktkrisen, Führung von Institutionen im Bereich von Beschäftigung sowie Aus- und -weiterbildung sowie Unterstützung der Beschäftigungspolitik auf lokaler Ebene) ebenfalls an die Regionen. Der Trend zu einem umfassenderen Ansatz in der Regionalpolitik schlug sich auch in der Beschäftigungspolitik nieder. Aufgrund der von der ungarischen Regierung 1996 beschlossenen Richtlinien für die Beschäftigungspolitik sollte Förderungsmaßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Krisenregionen durch Einleitung komplexer regionaler Entwicklungsprogramme Priorität zukommen. Als frühes Beispiel für ein solches Programm ist das im Jahr 1994 eingeleitete Umstrukturierungsprogramm für die Stahlindustrie zu nennen, dessen Schwerpunkt auf zwei von den Veränderungen und der Krise im Bergbau besonders betroffenen Komitaten (Borsod und Nógrád) lag.

Literatur

Die angeführte Literatur wurde ausnahmslos in Englisch verfaßt.

Fazekas, K. and E. Ozswald, Transition and Regional Policies: the Case of Hungary - *Wirtschaftswandel und Regionalpolitik: der Fall Ungarns*, In: Regional Development and Employment Policy, Lessons from Central and Eastern Europe, ILO, 1998.

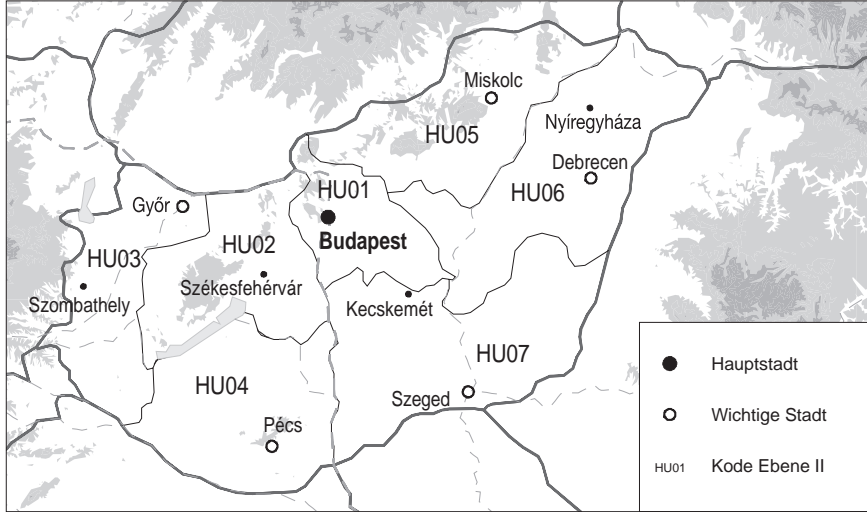
Fazekas, K., Types of Micro Regions: Dispersion of Unemployment and Local Development in Hungary - *Typen von Mikroregionen: Verteilung von Arbeitslosigkeit und lokaler Entwicklung in Ungarn*, Leuven Institut für Zentral und Osteuropäische Studien, Arbeitspapier 41/95, 1995.

Fazekas, K., and J. Kollo, Regional Unemployment: Hungary - *Regionale Arbeitslosigkeit in Ungarn*, mimeo, Wirtschaftsforschungsinstitut, Budapest, 1996.

Ungarische Akademie der Wissenschaften, Guidelines for the National Concept of Regional Development of Hungary - *Leitlinien für ein Nationales Konzept der Regionalentwicklung Ungarns*, Pecs, Zentrum für Regionalstudien, 1995.

Laky, T., Main Trends in Labour Demand and Supply, Yearly Report on the Labour Market - *Haupttrends in Arbeitskräftenachfrage und -angebot - jährlicher Arbeitsmarktbericht*, Arbeitsmarktforschungsinstitut des Ministeriums für Soziales und Familie, Budapest, 1999.

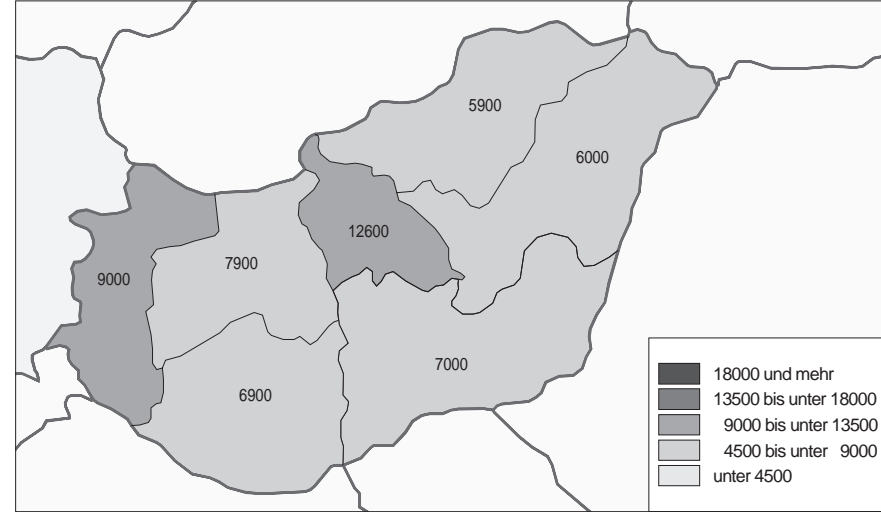
Regionalstruktur 1999



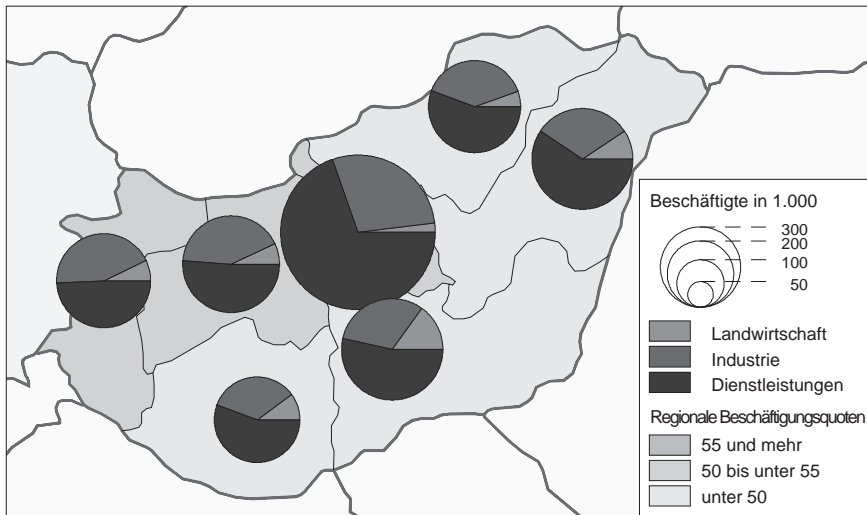
HU01 Közép-Magyarország
 HU02 Közép-Dunántúl
 HU03 Nyugat-Dunántúl
 HU04 Dél-Dunántúl

HU05 Észak-Magyarország
 HU06 Észak-Alföld
 HU07 Dél-Alföld

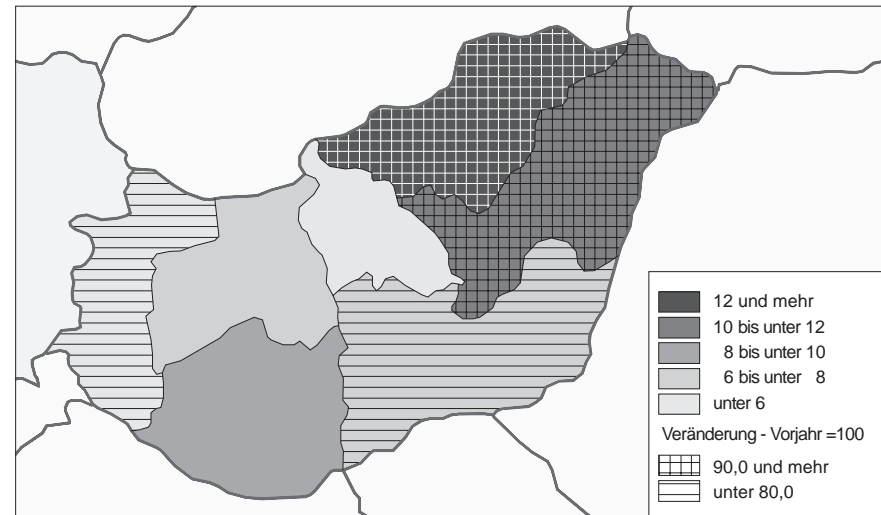
Regionales BIP pro Kopf in KKS 1996



AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 1. Quartal 1999



AKE - Regionale Arbeitslosenquoten, 1. Quartal 1999



Ungarn

Basisdaten

Vorläufige Regionen Ebene II Kodes	Bevölkerung 1998, Periodenende in 1.000	%-Anteil der Bevölkerung im Alter 15-74	Fläche in km ²	Bevölkerungs- dichte 1998 (EW pro km ²)	Natürlicher Saldo der Bevölkerung 1998 in 1.000	Saldo der Migration per 1.000 EW 1998	BIP pro Kopf in KKS 1996
HU	Magyarország	10.091,8	76,6	93.030	108,5	1,1	8.600
HU01	Közép-Magyarország	2.857,0	77,4	6.919	412,9	1,4	12.600
HU02	Közép-Dunántúl	1.111,2	77,4	11.263	98,7	1,2	7.900
HU03	Nyugat-Dunántúl	987,6	77,3	11.182	88,3	-0,7	9.000
HU04	Dél-Dunántúl	980,2	76,9	14.169	69,2	-2,2	6.900
HU05	Észak-Magyarország	1.276,3	75,8	13.429	95,0	-1,3	5.900
HU06	Észak-Alföld	1.529,9	75,1	17.754	86,2	-0,3	6.000
HU07	Dél-Alföld	1.349,7	76,2	18.314	73,7	0,0	7.000

AKE - Status der Bevölkerung im Alter 15-74, 1. Quartal 1999

Regionen Ebene II	Erwerbs- bevölkerung in 1.000	Beschäftigung in 1.000	Arbeitslosigkeit in 1.000	Erwerbsquote in %	Beschäftigungs- quote in % (15-74)	Beschäftigungs- quote Frauen in %	Arbeitslosen- quote Männer in %	Arbeitslosen- quote Frauen in %
Magyarország	4.046,3	3.744,6	301,7	52,5	48,5	42,2	7,5	6,4
Közép-Magyarország	1.231,8	1.165,7	66,1	55,8	52,8	47,0	5,4	4,6
Közép-Dunántúl	474,6	443,8	30,8	55,3	51,7	44,8	6,5	5,6
Nyugat-Dunántúl	439,7	418,3	21,4	57,8	55,0	47,3	4,9	4,6
Dél-Dunántúl	376,0	342,3	33,7	50,0	45,5	40,1	9,0	7,4
Észak-Magyarország	455,8	400,5	55,3	47,2	41,5	35,0	12,1	11,3
Észak-Alföld	547,1	484,6	62,5	47,7	42,3	36,6	11,4	8,8
Dél-Alföld	521,3	489,4	31,9	50,8	47,7	40,0	6,1	5,3

AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 1. Quartal 1999

Regionen Ebene II	% Landwirtschaft	% Industrie	% Dienstleistungen	Veränderung Beschäftigung 1. Quartal 1998=100
Magyarország	6,9	34,2	58,9	103
Közép-Magyarország	2,0	28,4	69,6	103
Közép-Dunántúl	7,0	41,9	51,1	106
Nyugat-Dunántúl	7,1	43,7	49,2	102
Dél-Dunántúl	10,0	34,3	55,7	102
Észak-Magyarország	5,4	39,0	55,6	104
Észak-Alföld	9,2	31,6	59,2	105
Dél-Alföld	15,1	31,5	53,4	102

Arbeitslose Personen nach Geschlecht, AKE und Registrierte, 1. Quartal 1999

Regionen Ebene II	AKE Arbeitslose gesamt in 1.000	AKE Arbeitslose - Männer in 1.000	AKE Arbeitslose - Frauen in 1.000	AKE - Veränderung der Arbeitslosen - '98-'99 1. Quartal, 1998=100	Registrierte Arbeitslose gesamt in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Männer in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Frauen in 1.000	Registrierte offene Stellen in 1.000, Monatsende
Magyarország	301,7	186,7	115,0	87	438,2	247,5	190,7	48,3
Közép-Magyarország	66,1	39,3	26,8	89	58,1	27,3	30,8	15,5
Közép-Dunántúl	30,8	19,2	11,6	88	44,8	23,7	21,1	6,7
Nyugat-Dunántúl	21,4	12,5	8,9	75	29,7	17,1	12,6	3,4
Dél-Dunántúl	33,7	21,1	12,6	86	51,4	28,8	22,5	2,5
Észak-Magyarország	55,3	33,0	22,3	91	89,3	53,9	35,4	6,4
Észak-Alföld	62,5	41,7	20,8	94	100,7	60,5	40,3	6,7
Dél-Alföld	31,9	19,9	12,0	74	64,2	36,2	28,0	7,0

Polen, das bei weitem größte Land Mitteleuropas (MEL), ist nach der politischen Wende durch viele spezifische Entwicklungen gekennzeichnet. Bei mehreren sachpolitischen Themen der EU-Erweiterung gilt Polen aufgrund seiner Größe und struktureller Besonderheiten das Hauptaugenmerk: Dies betrifft in besonderem Maß den landwirtschaftlichen Sektor.

Regionsstruktur und Datenbasis

Mit Beginn des Jahres 1999 wurden in Polen neue Verwaltungsstrukturen eingeführt. Die Gemeinden (Gminas), neugebildete Kreise (Powiats) und Wojewodschaften bilden nunmehr eine dreistufige territoriale Gliederung des politisch-administrativen Systems. Die 16 neuen Wojewodschaften (nunmehr die regionalstatistischen Einheiten der Ebene II) haben gegenüber den vormals 49 erheblich erweiterte Kompetenzen in der Selbstverwaltung. Auf Ebene der Wojewodschaften gibt es ein direkt gewähltes Gremium, die Regionen haben ein eigenes Budget und einen relativ großen Kompetenzbereich, der auch Agenden der Arbeitsmarktpolitik umfaßt. Zwischen der lokalen Ebene und den Wojewodschaften wurden die sogenannten „Powiats“ (Kreise) eingeführt. Auch diese Verwaltungsebene verfügt über ein demokratisch gewähltes Gremium und übernimmt Agenden der Arbeitsmarktpolitik. Die Reform des Ausbildungswesens stärkt die lokale Ebene (Gminas) sowie die „Powiats“.

Aus der Arbeitskräfteerhebung (AKE) sind die wesentlichsten Arbeitsmarktindikatoren für die neuen Wojewodschaften bereits verfügbar. Weiters sind auch Daten zur registrierten Arbeitslosigkeit sowie zur registrierten Beschäftigung auf regionaler Ebene vorhanden. Die Gesamtstichprobengröße der AKE für Polen umfaßt rd. 55.000 Personen, die Stichprobengrößen nach Wojewodschaften liegen im Bereich von 1.500 bis 7.000 Personen.

Die Regionen

Demographie

Gemessen an der Einwohnerzahl sind Mazowieckie (Hauptstadtregion) und Śląskie (Schlesien) mit jeweils rd. 5 Millionen die größten Regionen. Am höchsten ist die Bevölkerungs- und Siedlungsdichte in Śląskie als städtisch-industrieller Ballungsraum. Auch Malopolskie (Krakau) ist sehr dicht besiedelt, da es Teile des schlesischen Ballungsraumes umfaßt. Generell sind die zentralen Landesteile dichter besiedelt als die Grenzregionen. Warmińsko-Mazurskie und Podlaskie als Grenzregionen im Nord- bzw. Südosten weisen besonders geringe Bevölkerungsdichten auf.

Im Vergleich zur Größe des Landes ist die Hauptstadt Warschau mit 1,6 Mio. Einwohnern relativ gering dimensioniert. Die Zentren der umgebenden Wojewodschaften sind noch deutlich kleiner: Mittelstädte wie Olsztyn, Białystok, Kielce

haben 170.000, 282.000 und 213.000 Einwohner. Eine Reihe wichtiger Groß- und Mittelstädte erfüllt für die meisten Wojewodschaften die Rolle eines Wirtschaftszentrums. Die wichtigsten sind Łódź (rund 810.000 Einwohner; Łódzkie) und Kraków (740.000; Malopolskie), etwa die gleiche Größe hat die Agglomeration Gdansk-Sopot-Gdynia (Pomorskie), um die 600.000 Einwohner haben Wrocław (Dolnoslaskie) und Poznań (Wielkopolskie), um die 350.000 Einwohner Lublin (Lubelskie) und Katowice (Śląskie).

Das natürliche Bevölkerungswachstum Polens übersteigt den negativen Migrationssaldo. Die höchsten Geburtenraten verzeichnen die nördlichen und nordöstlichen Landesteile, die niedrigsten Warschau, Łódź und Śląskie. Der Migrationssaldo für 1997 ist primär für die wirtschaftlich dynamischen Regionen (Masowieckie, Malopolskie und Wielkopolskie) positiv. Relativ starke Abwanderung kennzeichnet Opolskie als strukturell gefährdete Industrieregion und Świętokrzyskie und Warmińsko-Mazurskie als ländliche Regionen.

Die Erwerbsbevölkerung insgesamt ist im Zeitraum 1998-1999 leicht gesunken, die regionale Verteilung von Zuwächsen und Verlusten sehr ausgeprägt. Da gleichzeitig die Beschäftigung wuchs, ist zu vermuten, daß viele Personen Aktivitäten am Arbeitsmarkt temporär (zu Ausbildungszwecken) oder permanent aufgegeben haben. Starke Zuwächse der Erwerbsbevölkerung sind in Podlaskie (Ostgrenzregion) und Zachodniopomorskie (Westgrenzregion) zu verzeichnen, relativ starke Verluste wurden für Lubelskie (Ostgrenzregion), Pomorskie und Śląskie (industrieller Ballungsraum) ausgewiesen. Die wachsende Bevölkerung Polens im Erwerbsalter sowie die ausgeprägten regionalen Ungleichgewichte bezüglich der Entwicklung von Erwerbsbevölkerung und Beschäftigung (siehe unten) lassen künftig einen verstärkten Migrationsdruck auf die wirtschaftlich dynamischen Stadtregionen erwarten - dem stehen allerdings hohe Pendelkosten und Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen entgegen. Mittelfristig wird aufgrund abnehmender Geburtenzahlen mit einer allmählichen Stabilisierung und „Alterung“ der Erwerbsbevölkerung gerechnet.

Beschäftigung und regionale Wirtschaft

Die Beschäftigung ist von 1997 bis 1999 um 1,1 % gestiegen. Markante Zuwächse gab es vor allem in den Grenzgebieten zu Deutschland, weiters in Pomorskie und Wielkopolskie und in der Hauptstadtregion. Stark sinkende Beschäftigtenzahlen für Opolskie deuten auf die Schwierigkeiten der industriellen Umstrukturierung hin, für Świętokrzyskie und Podkarpackie auf die Probleme ländlicher Regionen, deren Klein- und Mittelstädte teils problematische industrielle Strukturen und wenig dynamische Arbeitsmärkte aufweisen.

Landwirtschaft

Insgesamt ist die Umstrukturierung der Landwirtschaft eine der größten Herausforderungen für einen EU-Beitritt Polens. Im Süden und Osten Polens herrschen „traditionell“

kleinteilige Strukturen mit zahlreichen Betrieben im Nebenerwerb vor, während die Situation im Norden des Landes von großen Produktionsgenossenschaften geprägt war. Die Marktöffnung war verbunden mit dem Wegfall des staatlichen Subventionssystems, die Preise für Produktionsmittel stiegen sprunghaft. Mit der Auflösung der großen Staatsbetriebe wurde ein Umstrukturierungsprozeß eingeleitet, der sich in rasch gestiegener und anhaltender hoher Arbeitslosigkeit zeigt, vor allem in Warmińsko-Mazurskie.

Im Osten Polens kam es in den ersten Jahren nach der Wende zu einem Anstieg der Beschäftigten in der Landwirtschaft, viele vorherige Nebenerwerbslandwirte gaben das Pendeln zu außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen aufgrund der hohen Kosten auf. Podkarpackie ist beispielhaft für die Problemgebiete im Südosten Polens - es herrschen relativ kleine landwirtschaftliche Betriebe im Nebenerwerb (fragmented peasant agriculture) vor, die kleineren und mittleren Städte sind Sitz von Betrieben der Rüstungsindustrie, die der plötzlichen Umstellung der Märkte und intraindustriellen Beziehungen kaum gewachsen waren (z.B. Luftfahrtindustrie in Mielec). Die höchsten Produktionsniveaus bzw. die günstigsten landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen sind in den westlich-zentralen Regionen zu finden.

Weit überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile in der Landwirtschaft (d.h. von 27 bis 36 % bei einem Landesschnitt von 18 %) prägen die östlichen Grenzregionen Lubelskie, Podlaskie, Podkarpackie und etwas zentraler gelegen, Świętokrzyskie.

Industrie

Śląskie, das oberschlesische Industriegebiet ist eine industriell-städtische Agglomeration europäischer Dimension. Steinkohle bildete das Rückgrat der industriellen Entwicklung, nunmehr, nach der politischen Wende, sind die Kernindustrien, d.h. Kohle und Stahl, mit massiven Restrukturierungsproblemen konfrontiert. Erste regionalpolitische Maßnahmen umfassen den Ausbau von Verkehrswegen oder auch Sonderwirtschaftszonen, um die Region für Investoren attraktiver zu machen. Ein erster Erfolg sind die Ansiedlungen ausländischer Automobilindustrie. Generell konzentrieren sich die industriellen Investitionen abseits der „alternden“ Industriezentren, im Umland der dynamischen Großstädte wie Warschau, Poznań, Wrocław und Kraków.

Die zweite „alternde“ Industrieregion sind die „Sudety“, das Berggebiet an der Grenze zur Tschechischen Republik. Eine der dortigen Industriestädte ist Walbrzych - die Schließung eines ökonomisch sehr unrentablen Steinkohleabbau führte zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenraten. Neben einigen schwerindustriellen Standorten ist vor allem die Textilindustrie ein wichtiger Produktionszweig.

Die Agglomeration Łódź ist beispielhaft für die Krise der Textilindustrie, welche mit dem Zusammenbruch der Märkte des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und

steigendem Importdruck durch asiatische Produzenten zusammenhängt. Dennoch zeigen sich erste regionale Restrukturierungserfolge. So konzentrieren sich in Łódź neue Klein- und Mittelunternehmen im Textilbereich: Eine Entwicklung, die von grenzüberschreitendem Einkaufstourismus unterstützt wird.

Die höchsten Beschäftigtenanteile in der Industrie (um bzw. über 40 % bei einem Landesschnitt von rund 30 %) weisen die Regionen Śląskie, Lubuskie und Opolskie auf. Weitere wichtige industrielle Schwerpunkte finden sich in Wielkopolskie und Malopolskie (Teile des Oberschlesischen Industriegebiets) und Dolnośląskie (Wrocław und alt-industrialisierte Gebiete in den Sudety).

Dienstleistungen

Das Wachstum des Dienstleistungssektors konzentriert sich in den derzeit führenden Wirtschaftsregionen. Dies sind insbesondere die Agglomerationen Warschau, Poznań, Wrocław, Kraków und Gdańsk-Sopot-Gdynia. Die Rolle von Warschau als Wirtschaftszentrum für die Regionen Podlaskie und Lubelskie, die Grenzregionen zu Weißrussland und der Ukraine, ist besonders hervorzuheben. Bezüglich der Investitionen im Dienstleistungssektor ist Warschau führend. Diese dominierende Position gilt besonders für die ausländischen Direktinvestitionen: Rund 40 % des Gesamtvolumens flossen 1998 nach Warschau, gefolgt von Poznań. Die wichtigsten Branchen sind Bankwesen und Einzelhandel.

Das Gewicht der Großstädte im Dienstleistungssektor zeigt sich für die Regionen Mazowieckie (Warschau), Pomorskie (Gdansk) und Dolnośląskie (Wrocław) an den sektoralen Beschäftigtenanteilen von über 55 %, bei einem Landesschnitt von 50 %. Die an Deutschland angrenzenden Regionen weisen nicht zuletzt dank des Einkaufstourismus ebenfalls sehr hohe Anteile auf.

Regionale Arbeitslosigkeit

Grundsätzlich sind im Zusammenhang mit regionalen Arbeitsmarktentwicklungen zwei regional konzentrierte Sektoren mit rückläufiger Beschäftigtenentwicklung hervorzuheben: die Kohle- und Stahlindustrie sowie die Landwirtschaft.

Die bei weitem höchsten Arbeitslosenraten im 1. Quartal 1999 wiesen mit rund 20 % (bei einem Landesschnitt von 12,5 %), Warmińsko-Mazurskie und Zachodnio-Pomorskie im Norden auf, zusätzlich sind die regionalen Beschäftigungsquoten unterdurchschnittlich. In diesen Regionen war einerseits der Umstrukturierungsprozeß in der Landwirtschaft am gravierendsten, hinzu kommt die Umstrukturierung in der Schwerindustrie insbesondere im Schiffbau. Überdurchschnittliche Arbeitslosenraten weisen auch für Dolnośląskie und Opolskie auf Probleme der industriellen Umstrukturierung hin. Die niedrigsten Arbeitslosenraten zeigen einerseits Regionen mit dynamischen Großstädten wie Wielko- (Poznań) und Malopolskie (Krakau) sowie

Mazowieckie (Warschau), andererseits aber auch Śląskie, der schwerindustrielle Ballungsraum oder Lubelskie als typische ländliche Region an der Grenze zur Ukraine.

Die Frauenarbeitslosigkeit ist generell höher, weit überdurchschnittliche Werte weisen Opolskie und Zachodnio-Pomorskie auf. Wojewodschaften mit höherer Arbeitslosigkeit der Männer sind die Hauptstadtregion, Podkarpackie und Warmińsko-Mazurskie. Gründe dafür dürften die Restrukturierungsprozesse in der Industrie sein - schwerindustrielle Restrukturierung betrifft eher Männer, die Leichtindustrie weist relativ hohe Anteile von Frauenbeschäftigung auf.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist, gemessen am Anteil der 15- bis 24jährigen an den Arbeitslosen, überdurchschnittlich hoch, und zwar sowohl in Malopolskie und Wielkopolskie, zwei wirtschaftlich starken als auch Zachodnio-Pomorskie und Podkarpackie, zwei wirtschaftlich schwachen Regionen. Die Altersarbeitslosigkeit (55- bis 64jährige) ist in Mazowieckie, Opolskie und Swietokrzyskie überdurchschnittlich. Dies dürfte auf Folgen der industriellen Umstrukturierung zurückzuführen sein.

Die Restrukturierung der Oberschlesischen Industrieregion ist bezüglich der Größenordnung des Vorhabens und der damit verbundenen Soziallasten die Hauptfrage künftiger Arbeitsmarktpolitik in Polen. Von ähnlicher Größenordnung, aber ein gleichsam flächiges Problem ist die Entwicklung der ländlichen Räume - insbesondere die Klein- und Mittelstädte mit teils problematischen industriellen Strukturen sind derzeit von wirtschaftlicher Stagnation und kaum aufnahmefähigen Arbeitsmärkten geprägt. Diese „internen Peripherien“ mit hohen Anteilen von versteckter Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung betreffen viele Teile des Landes, besonders akzentuiert sind die Probleme in den östlichen Grenzregionen Lubelskie, Podlaskie, Podkarpackie sowie in den zentralen Landesteilen südlich von Świętokrzyskie. Die Probleme werden durch ein geringes Ausbildungsniveau und eine geringe Mobilität der Arbeitskräfte verstärkt. In vielen ländlichen Haushalten bildet die Alterspension das Basiseinkommen.

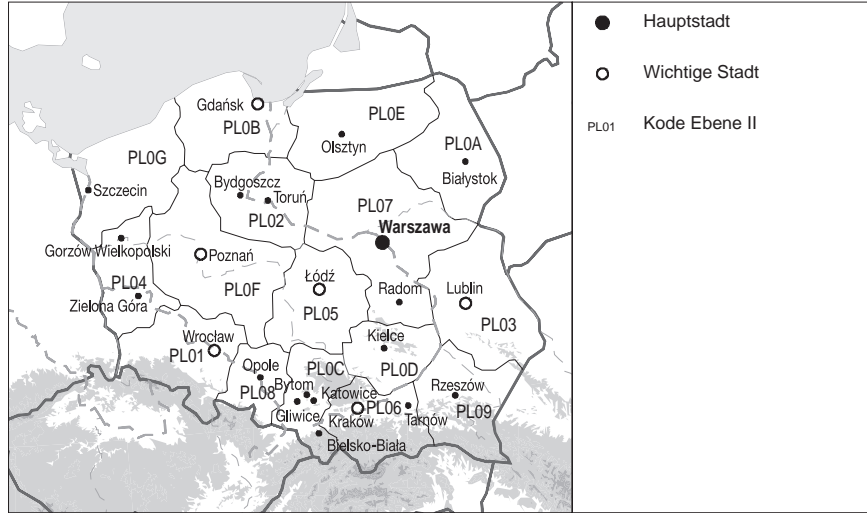
Arbeitsmarktinstitutionen

Sowohl auf lokaler als auch auf Wojewodschaftsebene entstand mit der Wende die Notwendigkeit, die Stellen der Arbeitsmarktverwaltung zu reformieren. Die aktuelle Verwaltungsreform bewirkt eine neuerliche Veränderung der institutionellen Voraussetzungen. Hauptaufgabenfeld der rd. 360 lokalen Stellen sind die Maßnahmen der passiven Arbeitsmarktpolitik (Unterstützungszahlungen) und Stellenvermittlung. Anfangs wurde massive Kritik an den lokalen Stellen geübt - dies betraf die passive Rolle der lokalen Arbeitsmarktverwaltungen in der Stellenvermittlung. Für die attraktiven städtischen Arbeitsmärkte wird die Bedeutung privater Stellenvermittlung relativ hoch eingeschätzt. Die budgetäre Bedeutung von Maßnahmen der aktiven

Arbeitsmarktpolitik (AAMP) ist seit einem Tiefpunkt 1996 wieder gestiegen. Innerhalb der AAMP haben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der lokalen Ebene ein großes Gewicht.

Neben einem starken sektoralen Bezug (z.B. Pensionsregelungen für landwirtschaftlich Beschäftigte) wurden auch teilweise regionale Problemlagen in den Regelungen zur Zahlung von Unterstützungen berücksichtigt: in Regionen mit stark erhöhter Arbeitslosenrate werden längere Bezugszeiträume gewährt. Generell eröffnet die verstärkte Dezentralisierung innerhalb der Arbeitsmarktpolitik sowie im Ausbildungssystem, verbunden mit Ansätzen zu einer Regionalpolitik der Wojewodschaften, die Chance zu regionsangepassten, neuen Wegen.

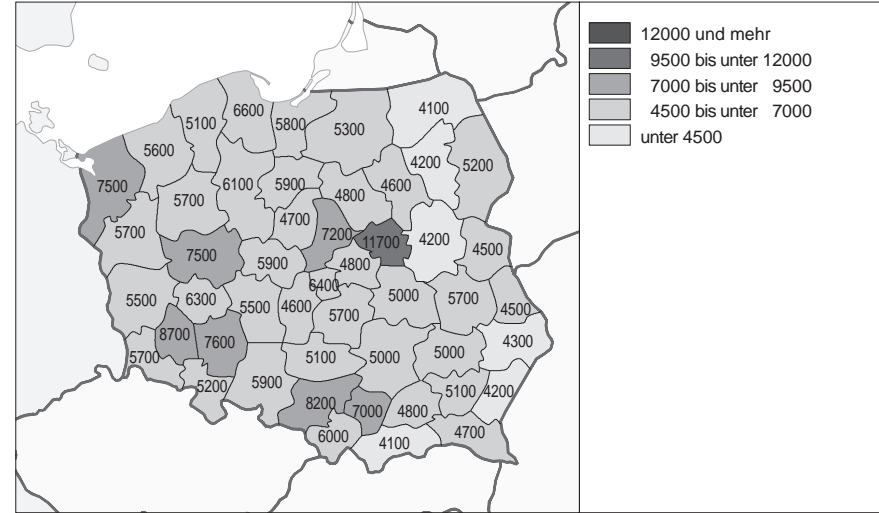
Regionalstruktur 1999



PL01 Dolnośląskie
 PL02 Kujawsko-Pomorskie
 PL03 Lubelskie
 PL04 Lubuskie

PL05 Łódzkie
 PL06 Małopolskie
 PL07 Mazowieckie
 PL08 Opolskie

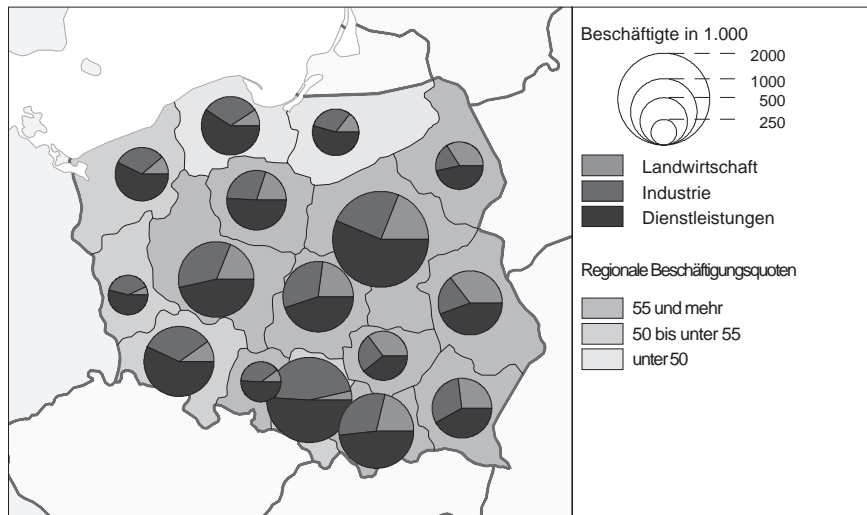
Regionales BIP pro Kopf in KKS 1996



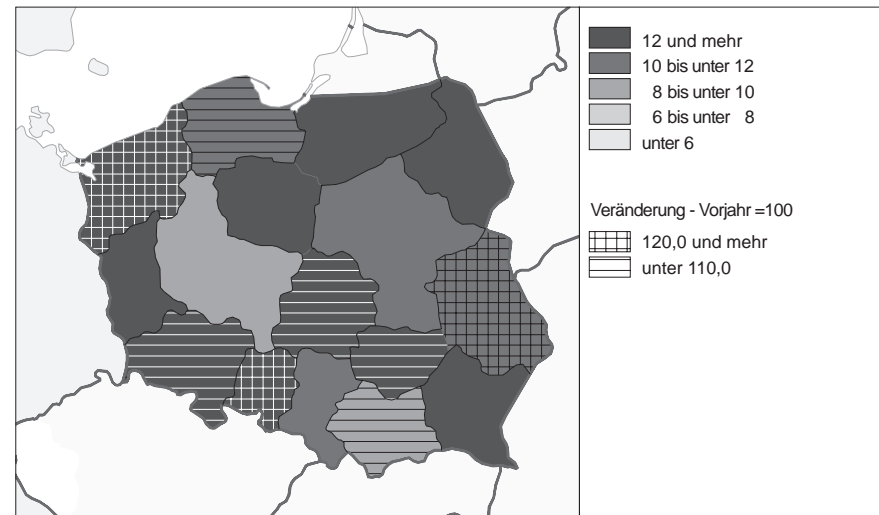
PL09 Podkarpackie
 PL0A Podlaskie
 PL0B Pomorskie
 PL0C Śląskie

PL0D Świętokrzyskie
 PL0E Warmińsko-Mazurskie
 PL0F Wielkopolskie
 PL0G Zachodniopomorskie

AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 1. Quartal 1999



AKE - Regionale Arbeitslosenquoten, 1. Quartal 1999



Polen

Basisdaten

Vorläufige Wojewodschaften - Regionen Ebene II Kodes	Bevölkerung 1998, Periodenende in 1.000	%-Anteil der Bevölkerung im Alter 15-64	Fläche in km ²	Bevölkerungs- dichte 1998 (EW pro km ²)	Natürlicher Saldo der Bevölkerung per 1.000 EW 1997	Saldo der Migration EW 1997 per 1.000
PL	38.667,0	67,8	312.685	123,7	0,9	-0,3
PL01	2.982,1	69,3	19.948	149,5	0,2	-0,6
PL02	2.100,1	68,0	17.970	116,9	1,6	-0,6
PL03	2.239,5	65,4	25.115	89,2	0,4	-1,0
PL04	1.022,5	68,5	13.984	73,1	2,3	-0,1
PL05	2.663,6	67,7	18.219	146,2	-2,6	-0,2
PL06	3.215,9	66,7	15.144	212,4	2,2	0,3
PL07	5.066,6	67,3	35.597	142,3	-0,6	0,9
PL08	1.089,6	69,2	9.412	115,8	0,7	-2,0
PL09	2.122,2	65,6	17.926	118,4	3,2	-0,5
PL0A	1.223,8	65,1	20.180	60,6	1,2	-0,6
PL0B	2.185,7	68,3	18.293	119,5	3,1	0,2
PL0C	4.882,4	70,2	12.294	397,1	-0,4	-1,0
PL0D	1.326,2	66,2	11.672	113,6	0,1	-1,7
PL0E	1.463,5	67,7	24.203	60,5	3,9	-1,2
PL0F	3.351,4	67,6	29.826	112,4	1,5	0,2
PL0G	1.731,8	69,3	22.902	75,6	1,9	0,0

AKE - Status der Bevölkerung im Alter 15 und mehr, 1. Quartal 1999

Wojewodschaften - Regionen Ebene II	Erwerbs- bevölkerung in 1.000	Beschäftigung in 1.000	Arbeitslosigkeit in 1.000	Beschäftigungs- quote in % (15+)	Beschäftigungs- quote Männer in % (15+)	Beschäftigungs- quote Frauen in % (15+)	Arbeitslosen- quote Männer in %	Arbeitslosen- quote Frauen in %
Polen	17.082	14.941	2.141	49,6	56,9	42,9	11,7	13,5
Dolnośląskie	1.323	1.120	202	47,4	54,4	41,3	14,2	16,6
Kujawsko-Pomorskie	920	794	126	47,9	56,2	40,7	13,8	13,6
Lubelskie	1.047	931	116	51,3	57,6	45,4	10,0	12,3
Lubuskie	438	366	72	45,2	53,8	37,5	15,2	18,0
Łódzkie	1.298	1.137	161	49,9	57,1	43,6	10,9	14,0
Małopolskie	1.427	1.293	134	51,7	57,6	46,1	8,7	10,0
Mazowieckie	2.440	2.188	252	52,6	59,9	46,0	10,5	10,2
Opolskie	439	375	64	47,2	57,8	37,6	11,6	18,3
Podkarpackie	917	798	119	49,9	56,0	44,1	13,5	12,3
Podlaskie	575	503	71	51,1	58,9	44,0	12,1	12,7
Pomorskie	856	760	95	49,4	58,1	41,6	10,7	11,6
Śląskie	1.921	1.703	218	47,5	55,8	40,0	9,8	13,1
Świętokrzyskie	621	536	84	49,5	54,1	45,2	13,3	13,8
Warmińsko-Mazurskie	604	484	120	45,7	52,3	39,7	20,2	19,4
Wielkopolskie	1.464	1.319	146	51,3	59,5	43,9	8,3	11,9
Zachodniopomorskie	793	633	161	47,3	54,3	40,7	18,0	22,9

AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 1. Quartal 1999

Wojewodschaften Regionen Ebene II	% Landwirtschaft	% Industrie	% Dienstleistungen	Veränderung der Beschäftigung - '98-'99 1. Quartal 1998=100
Polska	18,1	31,4	50,5	99
Dolnośląskie	9,6	33,6	56,9	99
Kujawsko-Pomorskie	20,0	29,0	51,1	100
Lubelskie	35,6	20,2	44,3	103
Lubuskie	7,1	39,1	54,1	98
Łódzkie	23,0	32,0	45,0	98
Małopolskie	21,2	30,8	48,0	101
Mazowieckie	18,8	24,9	56,3	100
Opolskie	10,1	38,9	50,7	86
Podkarpackie	27,1	31,2	41,9	95
Podlaskie	34,0	19,7	46,5	103
Pomorskie	9,2	31,6	59,3	102
Śląskie	3,6	45,4	51,0	94
Świętokrzyskie	35,3	25,7	39,2	93
Warmińsko-Mazurskie	14,7	30,8	54,5	103
Wielkopolskie	18,9	34,5	46,6	101
Zachodniopomorskie	11,4	31,4	57,2	103

Arbeitslose Personen nach Geschlecht, AKE und Registrierte, 1. Quartal 1999

Wojewodschaften - Regionen Ebene II	AKE Arbeitslose gesamt in 1.000	AKE Arbeitslose - Männer in 1.000	AKE Arbeitslose - Frauen in 1.000	Veränderung '98-'99 1. Quartal, 1998=100	Registrierte Arbeitslose gesamt in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Männer in 1.000	Registrierte Arbeitslose - Frauen in 1.000	Registrierte offene Stellen in 1.000, Februar 1999
Polska	2.141	1.055	1.086	113	2.146	1.183	963	42,5
Dolnośląskie	202	102	100	103	191	106	85	4,8
Kujawsko-Pomorskie	126	56	70	115	143	80	63	2,4
Lubelskie	116	60	56	138	139	72	67	1,8
Lubuskie	72	35	37	120	66	36	30	1,9
Łódzkie	161	87	74	107	171	88	83	2,5
Małopolskie	134	66	67	103	135	76	59	2,6
Mazowieckie	252	115	138	110	230	123	107	4,6
Opolskie	64	36	28	128	55	33	22	1,1
Podkarpackie	119	51	68	118	154	83	71	1,8
Podlaskie	71	33	38	113	74	39	35	1,2
Pomorskie	95	44	51	106	112	64	48	3,8
Śląskie	218	113	104	116	177	106	71	3,5
Świętokrzyskie	84	40	44	102	98	52	46	1,0
Warmińsko-Mazurskie	120	53	67	114	137	74	63	3,2
Wielkopolskie	146	80	66	117	143	83	60	3,4
Zachodniopomorskie	161	85	76	123	119	67	52	2,8

Das seit 1991 unabhängige Slowenien war die wirtschaftlich am höchsten entwickelte Republik der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. In den ersten Jahren nach der Erlangung der Eigenstaatlichkeit erlebte das Land infolge des Wegbrechens der jugoslawischen Märkte und der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft einen wirtschaftlichen Einbruch. Die Krise wurde jedoch rasch überwunden, neue Märkte wurden erschlossen und die Wirtschaft wächst seit 1993 wieder.

Regionsstruktur und Datenbasis

Die slowenische Verwaltung operiert auf zwei Ebenen. Neben dem Nationalstaat gibt es 193 lokale Selbstverwaltungseinheiten bzw. Gemeinden (bis 1998 waren es 147). Diesen stehen gewählte Bürgermeister und Gemeinderäte vor, ihre Aufgaben umfassen ein breites Spektrum im Bereich der lokalen Infrastruktur. Zwischen den administrativen Einheiten der Gemeinden und dem Nationalstaat existiert in Slowenien derzeit noch keine regionale Ebene. Die einzelnen Ministerien und andere öffentliche Einrichtungen arbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher regionaler Abgrenzungen. Entsprechend der Regionalisierung der Arbeitsmarktverwaltung (siehe unten) existieren 10 Arbeitsmarktregionen.

Nicht zuletzt im Hinblick auf den angestrebten Beitritt zur EU wird intensiv an der Einführung von administrativen Regionen gearbeitet. Ein entsprechendes Gesetz ist in Vorbereitung. Im Zuge der Vorarbeiten für die Regionalisierung der Verwaltung wurden 12 statistische Regionen abgegrenzt. Die mit EUROSTAT abgestimmte Abgrenzung entspricht der territorialen Ebene III. Wegen der vergleichsweise geringen Größe Sloweniens gibt es auf NUTS-II-Ebene lediglich zwei Regionen - den Zentralraum und das übrige Slowenien.

Aufgrund der höheren Aussagekraft und der Datenverfügbarkeit konzentriert sich die Darstellung im folgenden auf die 12 Regionen der Ebene III. Auf dieser Ebene liegen sowohl Daten zur registrierten Beschäftigung und Arbeitslosigkeit als auch Daten aus der Arbeitskräfteerhebung (AKE) vor. Die Daten zur registrierten Arbeitslosigkeit stehen darüber hinaus auf der Ebene der (von den statistischen Regionen nicht unerheblich abweichenden) 10 Regionen der Arbeitsmarktverwaltung zur Verfügung. Die AKE-Stichprobengröße umfaßt 6.700 Haushalte, die Stichprobengrößen für die statistischen Regionen liegen zwischen 1.960 (Osrednjeslovenska) und rund 150 Haushalten für die kleinsten Regionen.

Demographie

Sloweniens durchschnittliche Bevölkerungsdichte liegt bei 98 Einwohnern/km². Obwohl das Land eine vergleichsweise disperse Siedlungsstruktur aufweist (ca. 6.000 z.T. sehr kleine Siedlungen bei nur zwei Städten - Ljubljana und Maribor - mit mehr als 100.000 Einwohnern), zeigen sich hinsichtlich der Bevölkerungsdichte erhebliche regionale Unter-

schiede. Ca. 75 % der Bevölkerung konzentrieren sich auf einem Drittel der Landesfläche, vor allem in den Städten und in den wachsenden suburbanisierten Gebieten entlang der großen Verkehrsachsen. Die Bevölkerungsdichte beträgt dort 216 EW/km². Ländlich geprägte Regionen machen ca. ein Viertel der Landesfläche aus. Dort leben 12 % der Bevölkerung bei einer Dichte von 45 EW/km². Ländlich periphere, zum Teil gebirgige Gebiete finden sich an den Grenzen zu Italien, Ungarn und Kroatien in den Ebene-III-Regionen Pomurska, Spodnje-posavska, Goriška und Notranjsko-kraška und machen mehr als 40 % der Landesfläche aus. Dort leben 13 % der Einwohner Sloweniens bei einer Dichte von 31 EW/km².

In den Regionen der Ebene III zeigen sich weit überdurchschnittliche Dichtewerte (zwischen 145 und 177 EW/km²) in Zentralslowenien (mit der Hauptstadt Ljubljana), in Podravska (mit der zweitgrößten Stadt Maribor) und Zasavska, einer traditionellen Industrieregion im Zentrum des Landes. Zu den Ebene-III-Regionen mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte (zwischen 35 und 64 EW/km²) zählen Notranjsko-kraška und Dolenjska im Süden und Goriška im Westen Sloweniens.

Die Einwohnerzahl Sloweniens hat in den 90er Jahren leicht abgenommen. Zudem bewirken eine fallende Geburtenrate und eine steigende Lebenserwartung eine zunehmend ungünstiger werdende Altersstruktur der slowenischen Gesellschaft. Besonders deutlich sind diese Tendenzen in den ländlichen Regionen ausgeprägt, nur in geringem Ausmaß treten sie in den suburbanisierten Wachstumsregionen auf. Die Bevölkerung ging zwischen 1990 und 1997 in 8 der 12 Ebene-III-Regionen Sloweniens zurück, wobei die stärksten Rückgänge in Pomurska und Prodravska im Nordosten und in Spodnje-posavska im Osten zu beobachten waren. Zu den Regionen mit dem stärksten Bevölkerungswachstum zählen die Küstenregion Obalno-kraška, Zentralslowenien und Dolenjska.

Nur 4 der 12 statistischen Regionen wiesen 1998 eine positive natürliche Bevölkerungsbilanz auf (Zentralslowenien, Koroška, Dolenjska und Gorenjska), alle anderen Regionen bilanzieren negativ. Unter diesen finden sich auch die Regionen mit überdurchschnittlich hohem Anteil über 65jähriger an der Gesamtbevölkerung (über 14 %): Pomurska, Zasavska, Spodnje-posavska, Notranjsko-kraška und Goriška. Die stagnierende bzw. rückläufige Bevölkerungsentwicklung und die Alterungstendenzen lassen mittelfristig eine Reduktion des Arbeitskräfteangebotes erwarten.

Beschäftigung und regionale Wirtschaft

1996 betrug das BIP pro Kopf rund 12.200 KKS (Kaufkraftstandards). Die regionalen Unterschiede sind erheblich. Der weitaus höchste Wert wird in der Zentralregion mit der Landeshauptstadt erzielt. Ebenfalls über dem Durchschnitt liegt die Küstenregion Obalno-kraška mit der Hafenstadt Koper. Alle anderen Regionen liegen unter dem nationalen Durchschnitt, wobei die struktur- bzw. entwicklungsschwachen

Gebiete Pomurska, Podravska, Zasavska und Notranjsko-kraška die Schlußlichter bilden.

Land- und Forstwirtschaft

Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft ist in Slowenien seit langem rückläufig, ihr Beitrag zum BIP liegt bei weniger als 5 %. Der Anteil an der Gesamtbeschäftigung liegt gemäß den AKE-Daten bei 11,5 %. Der Boden ist zum Großteil in privaten Händen verblieben, Umstrukturierungsprobleme spielen daher in Slowenien kaum eine Rolle. Der Anteil privaten Eigentums an landwirtschaftlichem Grund und Boden liegt bei 93 % bei einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 4,1 ha. Der Anteil von Kooperativen und staatlichen Betrieben liegt bei 7 %. Die durchschnittliche Betriebsgröße in diesem Bereich beträgt 300 ha.

Die klimatischen und topographischen Bedingungen sind in den meisten Teilen des Landes ungünstig für die landwirtschaftliche Produktion. Mehr als 70 % der landwirtschaftlichen Fläche liegen in Gebieten mit erschwerten Produktionsbedingungen. Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Fläche sind Grünland. Diese Flächen werden vor allem von kleinen Familienbetrieben bewirtschaftet. Ein Großteil davon wird im Nebenerwerb betrieben, der Anteil der Haupterwerbslandwirte liegt bei 12 %. Ackerland findet sich vor allem in den Ebenen und Flußtälern der Regionen Pomurska, Podravska und Spodnje Posavska. Der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche liegt bei 15 %. Dieser Bereich wird von Großbetrieben dominiert, die auf Getreidebau sowie Schweine- und Geflügelzucht spezialisiert sind.

Vergleichsweise groß ist der Beschäftigungsanteil der Land- und Forstwirtschaft in den Regionen Pomurska (27,6 %), Spodnje Posavska (19 %) und Dolenjska (16,7 %), welche vergleichsweise günstige Produktionsbedingungen aufweisen. Weit unter dem Durchschnitt liegt er in Zentralslowenien (6,3 %), in der Küstenregion Obalno-kraška (6,4 %) sowie in den industriell geprägten Regionen Zasavska (3,5 %) und Gorenjska (8,1 %).

Industrie

Slowenien hatte in der Republik Jugoslawien die Position des höchstentwickelten Industriegebietes inne und war vor allem auf die Verarbeitung von Rohmaterialien aus den südlichen Republiken spezialisiert. Die Industrie hat sich vom Verlust der jugoslawischen Märkte gut erholt und ist in hohem Maße exportorientiert. Vor allem die Bereiche Elektrotechnik, Metallverarbeitung, Chemie und Holzverarbeitung entwickeln sich gut, weniger günstig verläuft die Entwicklung bei Textilien und Bekleidung, Leder, Papier, Nahrungsmittelerzeugung und Stahlproduktion.

Die räumliche Konzentration der Industrie ist relativ gering, was zum Teil auf die Strategie der polyzentrischen Entwicklung und zum Teil auf die administrative Zersplitterung des Landes zurückzuführen ist. Der traditionelle „industrielle Halbmond“ erstreckt sich von Gorenjska im Nordwesten

über Zentralslowenien (mit dem Zentrum Ljubljana), Zasavska, Savinjska (mit Celje), Podravska (mit Maribor) nach Koroška an der nördlichen Grenze. In den 60er und 70er Jahren wurden auch bis dahin wenig industrialisierte Regionen wie Dolenjska und Notranjsko-kraška im Süden sowie Goriška im Westen industriell erschlossen, die in der Folge eine dynamische Entwicklung verzeichnen konnten. Bei einem durchschnittlichen Anteil von 39,2 % industriell Beschäftigter zeigen sich nach wie vor besonders hohe Anteile in den traditionellen Industrieregionen Zasavska (57,2 %), Koroška (48,2 %), Gorenjska (44,7 %) und Savinjska (43 %). Aber auch einzelne der neu industrialisierten Regionen - vor allem Dolenjska (47 %) und Notranjsko-kraška (43 %) - weisen mittlerweile hohe Anteile Industriebeschäftigter auf.

Die Investitionen in den jungen Industriegebieten konzentrierten sich vorwiegend auf die Nutzung der billigen Arbeitskraft der ländlichen Bevölkerung. In den 90er Jahren traten die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und die strukturellen Defizite dieser Regionen zutage. Auch in einzelnen schwerindustriell geprägten Regionen gab es strukturell bedingte Einbrüche. Am schwersten davon betroffen ist die Region Zasavska.

Dienstleistungen

Bis in die 90er Jahre war Slowenien vorwiegend industriell orientiert, der Dienstleistungsbereich spielte eine vergleichsweise geringe Rolle. Umstrukturierung, aber auch Beschäftigungsrückgänge in Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft brachten in den vergangenen Jahren wachsende Beschäftigungsanteile des Dienstleistungssektors mit sich. Vor allem moderne unternehmensbezogene Dienstleistungen sind noch unzureichend entwickelt.

Bei einem durchschnittlichen Beschäftigungsanteil des tertiären Sektors von 48,9 % findet sich der weitaus höchste Anteil in der Küstenregion Obalno-kraška (70 %), wobei hier vor allem der Hafen Koper, aber auch der Tourismus eine Rolle spielen dürften. Niedrigere, aber dennoch überdurchschnittliche Anteile finden sich in der Zentralregion mit der Landeshauptstadt (58,8 %) und in Goriška (50,5 %). Sehr niedrige Dienstleistungsanteile (unter 40 %) weisen dagegen die industriell geprägten Regionen Koroška, Zasavska und Dolenjska sowie die entwicklungsschwache Region Pomurska auf.

Regionale Arbeitslosigkeit

Die 90er Jahre waren von einem drastischen Rückgang der Beschäftigung und einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit geprägt. In regionaler Hinsicht sind vor allem die Beschäftigungsrückgänge in der Industrie und im Bergbau, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft von Bedeutung. Alle 12 statistischen Regionen hatten von 1990 bis 1997 deutliche Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Die stärksten Verluste mußten die Regionen der Eben III Podravska, Zasavska, Notranjsko-kraška und Gorenjska hinnehmen.

Die bei weitem höchsten Arbeitslosenquoten finden sich im Jahresdurchschnitt 1998 in den Regionen Zasavska (10 %), Pomurska (10,1 %) und Podravska (12,8 %). Zasavska und Pomurska weisen darüber hinaus deutlich unter dem Durchschnitt liegende Beschäftigungsquoten auf. Während Pomurska eine landwirtschaftlich geprägte entwicklungschwache Region mit geringen Anteilen von Industrie und Dienstleistungen ist, stellt Zasavska eine strukturschwache Industrieregion mit hohen Anteilen von Bergbau und Grundstoffindustrie dar. In Podravska kommt einerseits die strukturelle Schwäche der Industrie um Maribor und andererseits die ungünstige Situation der Landwirtschaft in den übrigen Teilen der Region zum Tragen. Vergleichsweise gering ist die Arbeitslosenquote dagegen in Goriška (5 %), Obalno-kraška (5,9 %), Gorenjska (5,9 %) und Zentralslowenien (6,1 %).

Auch die Jugendarbeitslosigkeit - gemessen am Anteil der 15- bis 24jährigen an den Arbeitslosen - ist in den Problemregionen Podravska (29,9 %), Zasavska (21,9 %) und Pomurska (20,5 %) am stärksten ausgeprägt. Ebenso liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den gesamten Arbeitslosen in Pomurska (60,7 %), Podravska (56,6 %), und Zasavska (53,2 %), aber auch in Dolenjska (54,6 %) und in Savinjska (53,2 %) deutlich über dem Landesdurchschnitt von 50,9 %.

Die ungünstige Arbeitsmarktsituation in einzelnen Regionen Sloweniens würde sich noch schlechter darstellen, wenn sie nicht durch Abwanderung und Pendelwanderung abgeschwächt würde. Zu den Regionen, die Arbeitskräfte exportieren zählen Pomurska, Podravska und Posavska. Zu den wichtigsten Importeuren von Arbeitskräften zählen Zentralslowenien und Obalno-kraška.

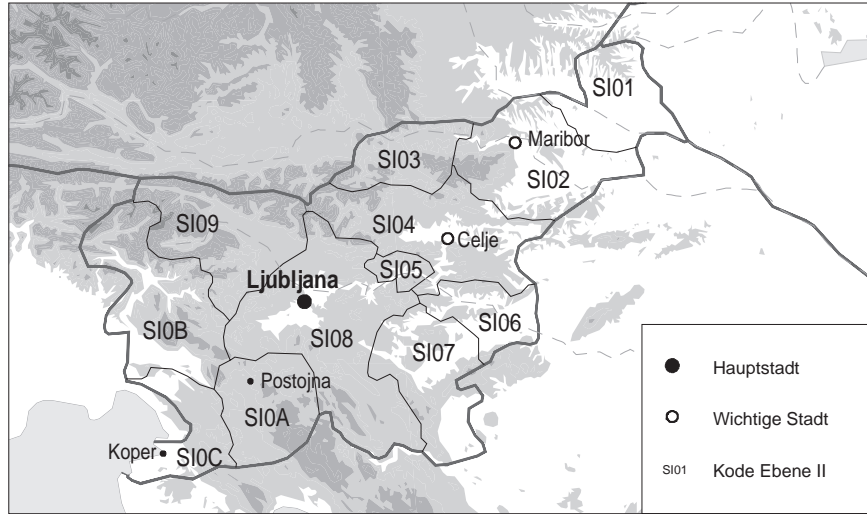
Institutionen

Grundlage der Aktivitäten der slowenischen Arbeitsmarktverwaltung bildet das Gesetz zu Beschäftigung und Arbeitslosenversicherung von 1991. Die Arbeitsmarktverwaltung ist dem Ministerium für Arbeit, Familie und soziale Angelegenheiten unterstellt. Das Management obliegt einem Verwaltungsrat, der sich aus Vertretern der Sozialpartner, mehrerer Ministerien und einem leitenden Angestellten der Arbeitsmarktverwaltung zusammensetzt. Als Hauptaufgabebereiche wurden Jobvermittlung, Berufsberatung, Arbeitslosenunterstützung und aktive Arbeitsmarktprogramme definiert. Seit 1991 wurden die Aufgaben im Zuge jährlicher Verträge mit dem Ministerium laufend den Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Situation angepaßt.

Die Arbeitsmarktverwaltung operiert auf drei Ebenen. Die Aufgaben des in der Hauptstadt ansässigen Hauptbüros umfassen Organisation und Management sowie Expertise bei der Implementierung der relevanten Gesetze. Das Hauptbüro sorgt für eine einheitliche Vorgangsweise aller organisatorischen Einheiten bei der Erfüllung der Aufgaben. Die 10 Regionalstellen beobachten die Arbeitsmarkt-

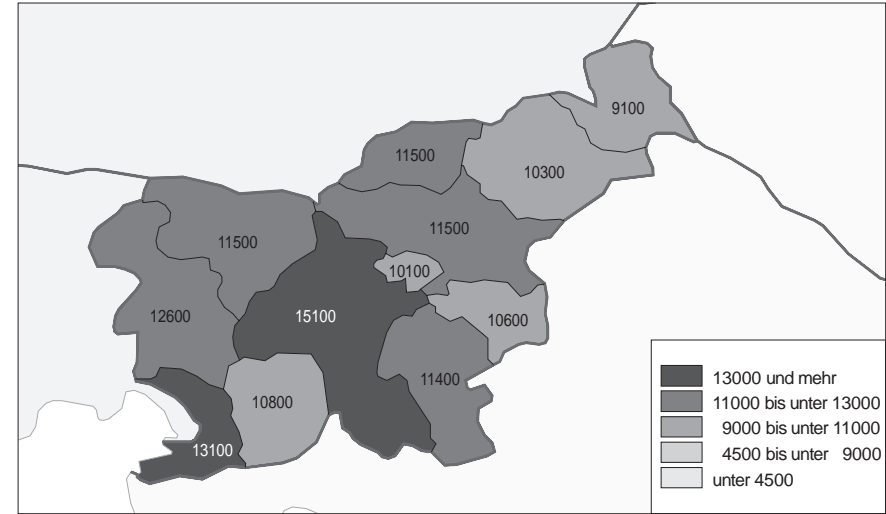
entwicklung in den regionalen Einheiten ihres Zuständigkeitsbereiches und unterstützen die lokalen Stellen, Unternehmen und Gemeinden in arbeitsmarktbezogenen Aktivitäten. Die 59 lokalen Stellen sind in direktem Kontakt mit den Klienten mit Jobvermittlung, Berufsberatung und Durchführung von Beschäftigungsprogrammen befaßt.

Regionalstruktur 1999



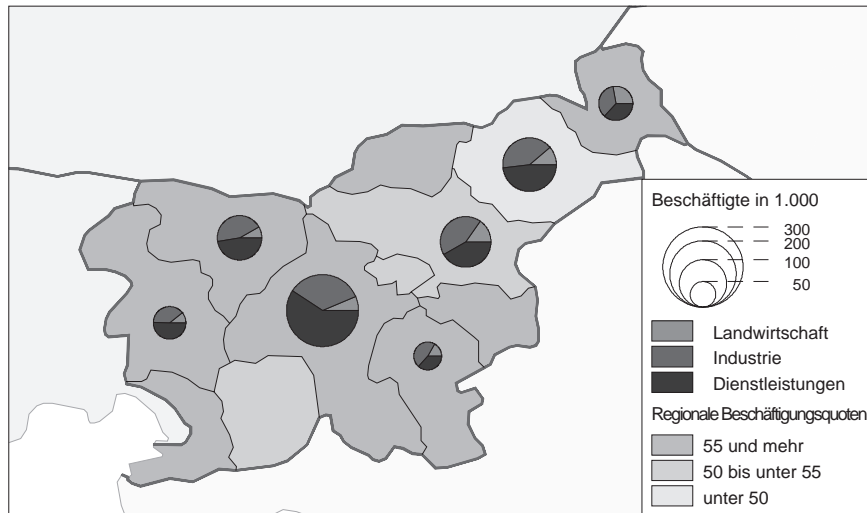
- | | |
|-----------------|-------------------------|
| SI001 Pomurska | SI005 Zasavska |
| SI002 Podravska | SI006 Spodnjeoposavska |
| SI003 Koroška | SI007 Dolenjska |
| SI004 Savinjska | SI008 Osrednjeslovenska |

Regionales BIP pro Kopf in KKS 1996

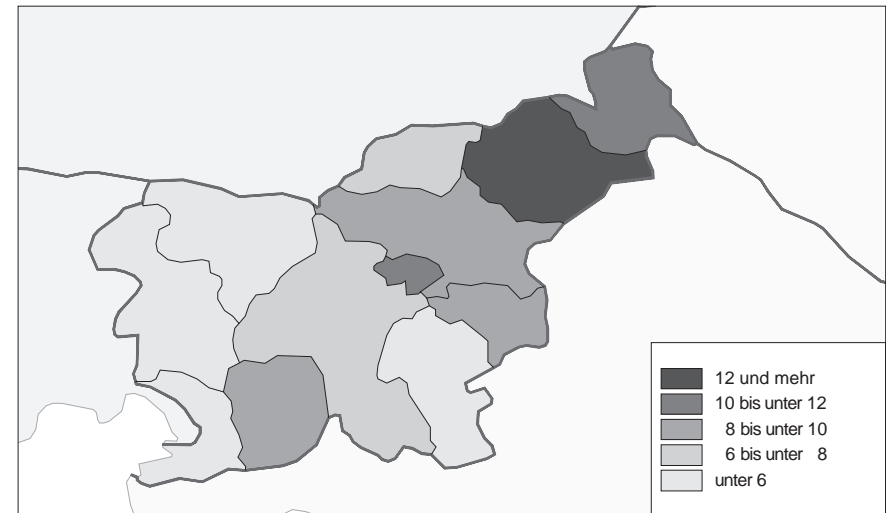


- | |
|-------------------------|
| SI009 Gorenjska |
| SI00A Notranjsko-kraška |
| SI00B Goriška |
| SI00C Obalno-kraška |

AKE - Beschäftigung nach Sektoren, Durchschnitt 1998



AKE - Regionale Arbeitslosenquoten, Durchschnitt 1998



Slowenien
Basisdaten

Vorläufige Regionen Ebene III Kodes	Bevölkerung 1998, Periodenende in 1.000	Fläche in km ²	Bevölkerungs- dichte 1998 (EW pro km ²)	Natürlicher Saldo der Bevölkerung per 1.000 EW 1998	Internationale Migration 1998	BIP pro Kopf in KKS 1996
SI	1.978,3	20.263	97,6	-0,6	-2.105	12.200
SI001	125,3	1.337	93,7	-3,4	-40	9.500
SI002	319,3	2.170	147,1	-1,8	-19	10.000
SI003	73,9	1.041	71,0	1,6	-100	10.500
SI004	255,0	2.384	107,0	-0,3	-473	11.500
SI005	46,4	263	176,5	-2,6	7	10.300
SI006	69,8	905	77,2	-3,2	70	11.000
SI007	105,9	1.663	63,7	0,7	-44	11.900
SI008	515,3	3.546	145,3	0,8	-922	15.700
SI009	195,2	2.135	91,4	1,3	-413	11.300
SI00A	50,1	1.454	34,5	-2,2	82	10.300
SI00B	119,7	2.322	51,5	-2,0	-312	12.000
SI00C	102,4	1.043	98,2	-2,4	59	12.500

AKE - Status der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren, 1998, jährlicher Durchschnitt

Regionen Ebene III	Erwerbs- bevölkerung in 1.000	Beschäftigung in 1.000	Arbeitslosigkeit in 1.000	Inaktive in 1.000	Erwerbsquote in %	Beschäftigungs- quote in %	Arbeitslosen- quote in %	Registrierte Arbeitslose gesamt in 1.000, 1998 Periodenende
Slovenija	977,6	900,8	76,8	668,6	59,4	54,7	7,9	126,6
Pomurska	67,5	60,7	6,8	38,3	63,8	57,4	10,1	10,9
Podravska	147,9	128,9	19,0	120,4	55,1	48,0	12,8	30,6
Koroška	38,1	35,7	[2,4]	23,2	62,1	58,2	[6,3]	3,9
Savinjska	126,1	114,5	11,6	85,3	59,7	54,2	9,2	19,2
Zasavska	21,7	19,5	[2,2]	17,2	55,8	50,2	[10,0]	3,9
Spodnjeoposavska	37,2	34,1	[3,1]	23,1	61,7	56,5	[8,4]	4,8
Dolenjska	53,6	51,1	[2,5]	29,3	64,7	61,6	[4,7]	4,8
Osrednjeslovenska	254,4	238,9	15,6	173,7	59,4	55,8	6,1	25,7
Gorenjska	95,1	89,5	5,6	64,6	59,6	56,1	5,9	10,8
Notranjsko-kraška	23,6	21,6	[2,0]	18,0	56,7	51,9	[8,6]	2,8
Goriška	60,8	57,8	[3,0]	39,8	60,4	57,4	[5,0]	4,4
Obalno-kraška	51,5	48,5	[3,0]	35,7	59,1	55,6	[5,9]	4,8

AKE - Beschäftigung nach Sektoren, 1998, jährlicher Durchschnitt

Regionen Ebene III	% Landwirtschaft	% Industrie	% Dienstleistungen
Slovenija	11,5	39,2	48,9
Pomurska	27,6	35,7	36,6
Podravska	11,2	40,6	47,9
Koroška	15,8	48,2	35,2
Savinjska	15,1	43,0	41,4
Zasavska	[[3,5]]	57,2	38,9
Spodnjeposavska	19,0	38,6	42,3
Dolenjska	16,7	47,0	36,2
Osrednjeslovenska	6,3	34,3	58,8
Gorenjska	8,1	44,7	47,1
Notranjsko-kraška	[9,5]	43,0	47,2
Goriška	10,8	38,7	50,5
Obalno-kraška	[6,4]	23,0	70,0

AKE - Jugendarbeitslosigkeit, Dauer der Arbeitslosigkeit, registrierte Arbeitssuchende, Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, 1998, jährlicher Durchschnitt

Regionen Ebene III	AKE - Jugendarbeitslosenquote (15-24) in %	Bis zu 1 Jahr Arbeitslose in % aller Arbeitslosen	Bis zu 1 Jahr Arbeitslose in % aller Arbeitslosen	Registrierte Arbeitssuchende in 1.000
Slovenija	18,6	50,9	49,1	126,1
Pomurska	[20,5]	39,3	60,7	10,5
Podravska	29,9	43,4	56,6	30,7
Koroška	[18,8]	[[62,2]]	[[37,8]]	4,1
Savinjska	[17,7]	46,8	53,2	19,2
Zasavska	[[21,9]]	[46,8]	[53,2]	3,8
Spodnjeposavska	[17,9]	[50,4]	[49,6]	4,9
Dolenjska	[[11,1]]	[45,4]	[54,6]	4,9
Osrednjeslovenska	17,3	61,9	38,1	25,4
Gorenjska	[14,5]	[53,8]	[46,2]	10,5
Notranjsko-kraška	.	[[68,6]]	[[31,4]]	2,7
Goriška	[12,0]	[53,3]	[46,7]	4,6
Obalno-kraška	[20,2]	[62,1]	[37,9]	4,7

[...] Weniger genaue Schätzung
 [...] Ungenaue Schätzung
 . Nicht Null aber extrem ungenaue Schätzung

Statistischer Anhang: Tabellen

Nationale Daten zu Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit für 12 MEL

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
	Bevölkerung											
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	8.341	4.078	4.263	8.283	4.045	4.238	8.230	4.014	4.216			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	5.631	2.781	2.850	5.594	2.768	2.826	5.599	2.767	2.833			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	67,5	68,2	66,9	67,5	68,3	66,7	68,0	68,9	67,2			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	17,2	18,1	16,4	16,7	17,6	15,9	16,3	17,1	15,5			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	15,3	13,8	16,7	15,8	14,1	17,4	15,7	14,0	17,3			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	3.601	1.907	1.695	3.573	1.901	1.672	3.532	1.881	1.651			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	63,9	68,6	59,5	63,9	68,7	59,2	63,1	68,0	58,3			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	3.111	1.648	1.464	3.060	1.629	1.431	3.035	1.612	1.423			
1. Quartal										2.844	1.509	1.335
2. Quartal										2.971	1.582	1.389
3. Quartal												
4. Quartal												
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	3.085	1.637	1.448	3.030	1.616	1.414	2.921	1.554	1.367			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	55,3	59,2	51,4	54,7	58,9	50,6	54,2	58,3	50,2			
Industrie (in %)	24,4			25,3			26,2					
Dienstleistungen (in %)	32,6			32,0			30,6					
	43,0			42,6			43,2					
Arbeitslosigkeit												
AKE - Arbeitslosigkeit (in 1.000)	490	259	231	513	272	241	497	269	228			
1. Quartal										538	293	246
2. Quartal										487	259	228
3. Quartal												
4. Quartal												
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	13,6	13,6	13,6	14,4	14,3	14,4	14,1	14,3	13,8			
1. Quartal										15,9	16,2	15,5
2. Quartal										14,1	14,0	14,1
3. Quartal												
4. Quartal												
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	33,3	33,6	32,9	34,8	30,3	34,1	32,2	33,4	30,7			
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	8,1	8,0	8,6	8,2	8,2	8,3	9,7	9,3	11,1			
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	58,6	58,9	58,3	56,5	56,8	56,2	53,3	54,2	52,4			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	479	215	263	524	237	287	465	211	254			
März	434	198	236	556	257	299	524	243	281			
Juni	380	173	208	542	254	288	435	199	235			
September	402	177	225	521	237	285	411	183	228			
Dezember	479	215	263	524	237	287	465	211	254			

Erwerbsbevölkerung: Personen die ihren verpflichtenden Wehrdienst ableisten sowie Personen die eine Militärschule besuchen sind nicht inkludiert
 Die Beschäftigung nach Sektoren beruht auf Verwaltungsangaben
 Arbeitslosenquote Jugendlicher und Älterer 1999: 1. Quartal 1999

Tschechische Republik

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
Bevölkerung												
Bevölkerung (in 1.000)	10.315	5.014	5.301	10.303	5.010	5.293	10.294	5.007	5.287	10.285	5.004	5.281
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	7.067	3.533	3.535	7.091	3.547	3.544	7.127	3.567	3.560	7.139	3.573	3.566
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	68,5	70,4	66,7	68,8	70,8	67,0	69,1	71,1	67,2	69,4	71,4	67,5
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	18,1	19,1	17,2	17,6	18,6	16,7	17,2	18,1	16,3	16,8	17,7	16,0
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	13,4	10,5	16,1	13,6	10,6	16,3	13,7	10,8	16,5	13,8	10,9	16,5
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	5.173	2.898	2.275	5.185	2.901	2.284	5.201	2.903	2.298	5.163	2.852	2.311
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	73,2	82,0	64,4	73,1	81,8	64,4	73,0	81,4	64,6	72,3	79,8	64,8
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	4.915	2.747	2.168	4.884	2.737	2.148	4.818	2.709	2.108	4.709	2.640	2.069
1. Quartal	4.914	2.744	2.170	4.899	2.737	2.162	4.834	2.708	2.126	4.718	2.643	2.075
2. Quartal	4.903	2.742	2.161	4.884	2.735	2.149	4.829	2.716	2.113	4.712	2.641	2.071
3. Quartal	4.916	2.749	2.168	4.879	2.740	2.139	4.805	2.712	2.093	4.698	2.642	2.056
4. Quartal	4.925	2.752	2.173	4.875	2.735	2.140	4.803	2.702	2.101	4.708	2.635	2.073
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	69,5	77,8	61,3	68,9	77,2	60,6	67,6	76,0	59,2	66,0	73,9	58,0
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	6,2	7,3	4,9	5,8	7,0	4,4	5,5	6,6	4,2	5,3	6,4	3,8
Industrie (in %)	42,0	51,2	30,4	41,6	51,4	29,1	41,3	51,1	28,9	40,6	50,5	28,0
Dienstleistungen (in %)	51,8	41,5	64,8	52,6	41,6	66,5	53,1	42,3	67,0	54,1	43,2	68,1
Arbeitslosigkeit												
AKE- Arbeitslosigkeit (in 1.000)	201	95	106	248	113	136	336	146	190	454	211	243
1. Quartal	193	92	100	221	106	116	307	139	168	438	207	231
2. Quartal	195	93	102	231	107	124	305	132	173	439	205	234
3. Quartal	208	99	109	260	115	145	352	149	203	469	211	259
4. Quartal	210	97	113	281	123	158	380	165	214	470	222	248
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	3,9	3,4	4,7	4,8	4,0	5,9	6,5	5,1	8,2	8,8	7,4	11,0
1. Quartal	3,8	3,3	4,4	4,3	3,7	5,1	6,0	4,9	7,3	8,5	7,3	10,0
2. Quartal	3,8	3,3	4,5	4,5	3,8	5,5	5,9	4,6	7,6	8,5	7,2	10,1
3. Quartal	4,1	3,5	4,8	5,1	4,0	6,3	6,8	5,2	8,8	9,1	7,4	11,2
4. Quartal	4,1	3,4	4,9	5,4	4,3	6,9	7,3	5,8	9,3	9,1	7,8	10,7
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	7,2	6,4	8,3	8,6	7,5	10,3	12,4	10,7	14,8	17,9	17,4	18,6
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	3,6	3,3	4,2	3,6	3,1	4,5	3,8	3,6	4,4	4,8	4,6	5,1
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	28,2	27,4	28,9	28,1	28,9	27,5	29,5	29,1	29,7	36,0	31,6	39,9
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	186	81	105	269	117	152	387	182	205	488	240	248
März	159	72	88	200	89	111	284	129	155	433	213	220
Juni	144	59	85	203	85	117	290	126	164	435	207	228
September	169	68	101	248	100	148	342	152	190	470	194	276
Dezember	186	81	105	269	117	152	387	182	205	488	240	248

Bevölkerung: Zahlen gemäß der AKE-Methodik des Berichtsjahres

Beschäftigung: Gesamtbeschäftigung und Beschäftigung nach Sektoren beziehen sich auf die Beschäftigten im zivilen Bereich

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
Bevölkerung												
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	1.466	683	783	1.454	677	777	1.446	673	773			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	979	472	507	972	468	504	970	468	502			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	66,8	69,1	64,7	66,7	69,1	64,6	67,1	69,5	65,0			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	19,7	21,6	18,1	19,5	21,4	17,8	19,0	20,8	17,3			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	13,5	9,3	17,2	13,8	9,6	17,5	13,9	9,6	17,7			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	718	376	342	718	377	341	710	370	340			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	73,3	79,7	67,5	73,9	80,6	67,7	73,2	79,1	67,6			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	646	335	310	648	339	310	640	331	310			
1. Quartal	643	334	309	646	338	308	643	333	310	615	314	301
2. Quartal	645	336	309	648	338	310	643	333	310	615	315	300
3. Quartal	647	337	311	649	340	309	641	331	310			
4. Quartal	648	335	313	651	340	311	634	326	308			
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	65,9	71,1	61,2	66,7	72,3	61,5	66,0	70,7	61,6			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	10,0	12,4	7,5	9,4	12,0	6,5	9,5	12,1	6,7			
Industrie (in %)	33,5	41,2	25,2	33,4	41,8	24,2	33,2	41,8	23,9			
Dienstleistungen (in %)	56,5	46,4	67,3	57,2	46,2	69,2	57,2	46,1	69,4			
Arbeitslosigkeit												
AKE- Arbeitslosigkeit (in 1.000)	72	40	32	69	38	31	70	40	30			
1. Quartal	71	41	30	69	37	32	72	40	32	84	48	36
2. Quartal	69	38	30	68	37	30	68	39	29	81	47	34
3. Quartal	73	41	32	71	39	32	68	39	30			
4. Quartal	76	42	34	71	39	32	72	42	30			
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	10,0	10,7	9,2	9,7	10,1	9,2	9,9	10,8	8,9	12,0	13,3	10,7
1. Quartal	9,9	10,9	8,8	9,6	9,8	9,5	10,1	10,8	9,4	11,7	13,0	10,2
2. Quartal	9,6	10,2	9,0	9,4	9,9	8,9	9,6	10,4	8,6			
3. Quartal	10,1	10,7	9,3	9,8	10,3	9,3	9,6	10,5	8,7			
4. Quartal	10,5	11,1	9,8	9,8	10,3	9,2	10,2	11,4	8,9			
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	16,0	15,5	16,6	14,4	15,8	12,4						
Arbeitslosenquote Äterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	6,2			6,2	8,8							
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	55,3	60,2	49,0	45,8	43,5	48,6						
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	37	15	22	31	12	19	35	14	21	46	20	26
März	40	18	22	38	16	22	35	14	21	44	19	25
Juni	35	15	20	32	13	19	29	11	18	45	18	27
September	36	14	22	31	12	19	30	11	19			
Dezember	37	15	22	31	12	19	35	14	21			

Beschäftigung: Personen die ihren verpflichtenden Wehrdienst ableisten ebenso wie Personen auf Kinderbetreuungsurlaub sind nicht inkludiert, Personen in Karenz sind inkludiert

Ungarn

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
Bevölkerung												
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	10.174	4.863	5.311	10.135	4.842	5.294	10.092	4.818	5.274			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	6.877	3.360	3.518	6.877	3.369	3.507	6.829	3.344	3.485			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	71,6	72,2	71,0	71,8	72,5	71,2	71,9	72,5	71,3			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	18,8	19,8	17,8	18,5	19,5	17,6	18,4	19,4	17,4			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	9,7	8,0	11,3	9,6	8,0	11,2	9,7	8,1	11,3			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	4.048	2.280	1.768	3.995	2.258	1.738	4.008	2.228	1.780			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	58,9	67,9	50,3	58,1	67,0	49,6	58,7	66,6	51,1			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	3.648	2.036	1.612	3.646	2.043	1.603	3.698	2.042	1.656			
1. Quartal	3.594	2.002	1.592	3.604	2.017	1.587	3.641	2.001	1.640			
2. Quartal	3.628	2.030	1.598	3.615	2.033	1.582	3.664	2.029	1.635	3.765	2.069	1.696
3. Quartal	3.658	2.046	1.612	3.655	2.051	1.604	3.716	2.058	1.658	3.805	2.102	1.703
4. Quartal	3.712	2.067	1.645	3.711	2.073	1.638	3.770	2.078	1.692	3.833	2.117	1.716
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	53,0	60,6	45,8	53,0	60,6	45,7	54,2	61,1	47,5			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	8,3	11,2	4,5	7,9	10,6	4,4	7,5	10,4	4,0			
Industrie (in %)	32,6	38,7	25,1	33,1	39,5	25,0	34,2	41,1	25,6			
Dienstleistungen (in %)	59,1	50,1	70,4	59,0	49,9	70,6	58,2	48,5	70,4	7,1	9,7	3,8
										34,0	41,3	25,0
										58,9	49,0	71,2
Arbeitslosigkeit												
AKE - Arbeitslosigkeit (in 1.000)	400	244	156	349	214	135	313	189	124			
1. Quartal	422	264	158	372	234	138	347	208	138			
2. Quartal	399	241	159	368	225	142	319	194	125	302	187	115
3. Quartal	404	241	163	346	211	135	303	184	119	281	169	113
4. Quartal	375	229	146	310	187	123	284	171	113	287	170	117
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	9,9	10,7	8,8	8,7	9,5	7,8	7,8	8,5	7,0			
1. Quartal	10,5	11,7	9,0	9,4	10,4	8,0	8,7	9,4	7,8	7,4	8,3	6,4
2. Quartal	9,9	10,6	9,0	9,2	10,0	8,2	8,0	8,7	7,1	6,9	7,4	6,2
3. Quartal	9,9	10,5	9,2	8,6	9,3	7,8	7,5	8,2	6,7	7,0	7,5	6,4
4. Quartal	9,2	10,0	8,2	7,7	8,3	7,0	7,0	7,6	6,3			
Jugend arbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	18,0	19,0	16,4	15,9	16,9	14,5	13,5	14,9	11,6	12,8	13,7	11,5
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	5,7	5,8	5,3	5,6	6,2	4,4	4,7	4,6	5,1	2,6	3,3	1,2
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	52,9	55,8	48,1	48,3	50,4	45,0	46,7	47,8	45,0			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	485	273	212	457	252	205	396	213	183			
März	526	308	218	489	290	199	471	272	199	438	248	191
Juni	495	280	214	471	271	201	422	234	187	407	222	186
September	497	274	223	463	254	210	403	214	189	398	208	191
Dezember	485	273	212	457	252	205	396	213	183			

Bevölkerung: Daten für die 15-64jährigen aus der AKE, Daten zur Altersstruktur aus Ergebnissen der Bevölkerungsbilanzen
 Aufgrund der Ausweitung der Stichprobengröße sind die Daten ab 1998 nicht voll mit jenen aus vorangegangenen Jahren vergleichbar
 Die Beschäftigung nach Sektoren für 1999 ist der Durchschnitt von erstem, zweitem und drittem Quartal
 Dies gilt auch für die Arbeitslosenquote Jugendlicher und Älterer

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
	Bevölkerung											
Bevölkerung, Ende der vorangegangenen Periode (in 1.000)	3.707	1.749	1.958	3.704	1.747	1.957	3.701	1.745	1.956			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	2.460	1.189	1.271	2.462	1.191	1.271	2.465	1.193	1.272			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	66,4	68,0	64,9	66,5	68,2	65,0	66,6	68,4	65,0			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	21,2	23,0	19,7	20,8	22,5	19,3	20,4	22,1	18,8			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	12,4	9,0	15,4	12,7	9,3	15,8	13,0	9,5	16,2			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	1.938			1.828	966	862	1.843	961	882			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	78,8			74,2	81,1	67,8	74,8	80,6	69,3			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	1.620			1.571	829	742	1.598	823	774			
1. Quartal												
2. Quartal				1.571	829	742	1.583	824	760	1.637	837	800
3. Quartal												
4. Quartal							1.612	823	789			
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	65,9			63,8	69,6	58,4	64,8	69,0	60,9			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)				20,7	23,1	17,9	21,0	24,2	17,6			
Industrie (in %)				28,5	34,8	21,5	27,6	33,5	21,4			
Dienstleistungen (in %)				50,8	42,1	60,6	51,3	42,3	61,0			
Arbeitslosigkeit												
AKE - Arbeitslosigkeit (in 1.000)	317			257	137	120	245	137	108			
1. Quartal												
2. Quartal				257	137	120	257	143	114	245	139	106
3. Quartal												
4. Quartal							232	131	101			
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	16,4			14,1	14,2	13,9	13,3	14,3	12,2			
1. Quartal												
2. Quartal				14,1	14,2	13,9	14,0	14,8	13,1	13,0	14,3	11,7
3. Quartal												
4. Quartal							12,6	13,8	11,3			
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)				25,4	27,6	22,1	22,4	23,7	20,5			
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)				7,3	8,7	5,2	6,9	7,6	5,9			
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)							29,7	29,7	29,6			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	109	50	60	120	58	62	123	62	61			
März	144	68	76	108	51	57	133	67	66	150	79	72
Juni	122	56	66	93	44	50	98	48	50	134	69	65
September	113	50	62	99	45	54	99	46	54	150	76	74
Dezember	109	50	60	120	58	62	123	62	61			

Bevölkerung: Zahlen gemäß der AKE-Methodik des Berichtslandes

Lettland

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
Bevölkerung												
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	2.502	1.158	1.343	2.480	1.148	1.332	2.458	1.139	1.320	2.439	1.130	1.309
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	1.639	787	853	1.641	788	854	1.634	785	848			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	65,5	67,9	63,5	66,2	68,6	64,1	66,5	69,0	64,3			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	17,4	20,3	20,8	16,4	19,3	20,2	15,8	18,6	20,1			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	17,1	11,8	15,7	17,4	12,1	15,7	17,7	12,4	15,6			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	1.182	623	559	1.186	615	571	1.168	616	551			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	72,1	79,2	65,5	72,3	78,1	66,9	71,5	78,5	65,0			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	966	505	461	1.015	527	488	1.007	534	474			
1. Quartal												
2. Quartal	961	502	458	1.007	518	488	1.004	519	486			
3. Quartal												
4. Quartal	966	505	461	1.015	527	488	1.007	534	474			
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	58,9	64,2	54,0	61,8	66,9	57,1	61,7	67,9	55,8			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	17,9	21,4	14,1	20,6	23,0	18,0	18,8	21,0	16,2			
Industrie (in %)	26,7	32,9	20,0	26,8	33,4	19,6	26,2	32,6	19,0			
Dienstleistungen (in %)	55,4	45,7	66,0	52,6	43,6	62,3	55,0	46,4	64,8			
Arbeitslosigkeit												
AKE- Arbeitslosigkeit (in 1.000)	217	118	99	171	88	83	161	83	78			
1. Quartal												
2. Quartal	274	145	128	190	101	89	172	95	78			
3. Quartal												
4. Quartal	217	118	99	171	88	83	161	83	78			
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	18,3	18,9	17,7	14,4	14,3	14,6	13,8	13,4	14,1			
1. Quartal												
2. Quartal	22,2	22,4	21,8	15,9	16,3	15,4	14,7	15,5	13,8			
3. Quartal												
4. Quartal	18,3	18,9	17,7	14,4	14,3	14,6	13,8	13,4	14,1			
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)				43,2	49,4	34,8	37,8	41,3	33,3			
Arbeitslosenquote Äterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)				9,7	12,2	6,3	9,7	11,1	7,9			
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)				47,1	44,6	50,0	33,6	32,4	35,3			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	91			85			111					
März	88			95			86			121		
Juni	89			95			88			120		
September	89			89			93					
Dezember	91			85			111					

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
Bevölkerung												
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	38.639	18.797	19.843	38.660	18.801	19.859	38.667	18.283	19.533			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	24.780	12.199	12.583	24.995	12.314	12.682	25.243	12.443	12.800			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	65,6	66,8	64,5	66,1	67,4	65,0	66,8	68,1	65,5			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	22,4	23,7	21,1	21,6	22,9	20,4	20,8	22,0	19,6			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	12,1	9,6	14,4	12,3	9,7	14,6	12,5	9,9	14,9			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	17.076	9.228	7.848	17.100	9.285	7.814	17.172	9.315	7.856			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	68,9	75,6	62,4	68,4	75,4	61,6	68,0	74,9	61,4			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	14.988	8.213	6.755	15.177	8.397	6.780	15.356	8.467	6.889			
1. Quartal	14.481	7.920	6.561	14.779	8.151	6.628	15.115	8.322	6.793	14.941	8.165	6.776
2. Quartal	14.920	8.170	6.750	15.133	8.391	6.742	15.364	8.492	6.872			
3. Quartal	15.370	8.434	6.936	15.480	8.583	6.897	15.608	8.632	6.976			
4. Quartal	15.103	8.328	6.775	15.315	8.462	6.853	15.335	8.421	6.914			
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	60,4	67,3	53,7	60,7	68,2	53,5	60,8	68,0	53,8			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	22,1	22,2	22,0	20,5	20,7	20,3	19,1	19,2	18,8			
Industrie (in %)	31,7	41,0	20,3	31,9	41,1	20,6	32,1	41,3	20,7			
Dienstleistungen (in %)	46,2	36,8	57,7	47,6	38,3	59,1	48,9	39,5	60,5			
Arbeitslosigkeit												
AKE - Arbeitslosigkeit (in 1.000)	2.108	1.015	1.093	1.923	889	1.035	1.816	849	967			
1. Quartal	2.349	1.224	1.125	2.176	1.058	1.118	1.896	933	963	2.141	1.086	1.055
2. Quartal	2.103	1.009	1.094	1.927	883	1.043	1.753	800	953			
3. Quartal	2.018	917	1.101	1.853	811	1.042	1.786	798	989			
4. Quartal	1.961	911	1.050	1.737	802	935	1.827	863	964			
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	12,3	11,0	13,9	11,2	9,6	13,2	10,6	9,1	12,3			
1. Quartal	14,0	13,4	14,6	12,8	11,5	14,4	11,1	10,1	12,4	12,5	11,7	13,5
2. Quartal	12,4	11,0	13,9	11,3	9,5	13,4	10,2	8,6	12,2			
3. Quartal	11,6	9,8	13,7	10,7	8,6	13,1	10,3	8,5	12,4			
4. Quartal	11,5	9,9	13,4	10,2	8,7	12,0	10,6	9,3	12,2			
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	28,5	26,3	31,1	24,8	22,1	28,1	23,2	21,6	25,1			
Arbeitslosenquote Äterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	5,9	6,4	5,2	5,3	5,6	4,9	6,1	6,3	5,7			
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	39,1	35,3	42,5	37,9	33,3	41,9	37,5	32,4	42,0			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	2.360	984	1.376	1.826	723	1.103	1.831	760	1.071			
März	2.726	1.257	1.469	2.236	947	1.289	1.846	760	1.086	2.170	981	1.189
Juni	2.508	1.079	1.429	2.040	791	1.249	1.688	658	1.030	2.074	889	1.185
September	2.341	949	1.393	1.854	690	1.163	1.677	637	1.040	2.178		
Dezember	2.360	984	1.376	1.826	723	1.103	1.831	760	1.071			

Bevölkerung: Daten für die 15-64-jährigen aus der AKE. Daten zur Altersstruktur aus Ergebnissen der Bevölkerungsbilanzen

Erwerbsbevölkerung: Haushaltsangehörige die im Ausland waren sowie Personen die in kollektiven Haushalten leben sind nicht inkludiert; inkludiert waren Mitglieder der Militärkräfte, die in Privat-haushalten leben

Beschäftigung: Personen in Karenz sind inkludiert; Personen auf Kinderbetreuungsurlaub sind nicht inkludiert

Rumänien

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
Bevölkerung												
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	22.608	11.081	11.527	22.546	11.041	11.505	22.503	11.012	11.491	22.458	10.985	11.473
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	15.339	7.626	7.713	15.338	7.623	7.715	15.318	7.610	7.708	15.315	7.608	7.707
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	67,9	68,8	66,9	68,0	69,0	67,1	68,1	69,1	67,1	68,2	69,3	67,2
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	19,9	20,8	19,1	19,4	20,3	18,6	19,1	20,0	18,3	18,8	19,6	17,9
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	12,2	10,4	14,0	12,6	10,7	14,3	12,8	10,9	14,6	13,0	11,1	14,9
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	11.726	6.378	5.348	11.756	6.368	5.388	11.577	6.295	5.282			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	76,4	83,6	69,3	76,6	83,5	69,8	75,6	82,7	68,5			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	10.935	5.979	4.956	11.050	6.004	5.046	10.845	5.885	4.960			
1. Quartal	9896	5.562	4.334	10.444	5.815	4.629	10.293	5.718	4.575	10.116	5.552	4.564
2. Quartal	11.410	6.148	5.262	11.339	6.100	5.239	11.226	6.030	5.196	11.153	5.938	5.215
3. Quartal	11.543	6.209	5.334	11.558	6.185	5.373	11.343	6.053	5.290			
4. Quartal	10.894	5.998	4.896	10.860	5.917	4.943	10.518	5.740	4.778			
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	71,3	78,4	64,3	72,0	78,8	65,4	70,8	77,3	64,3			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	38,0	34,3	42,4	39,0	35,3	43,4	40,0	36,9	43,7	40,7	37,7	44,1
Industrie (in %)	31,5	36,5	25,5	30,5	35,9	24,1	29,4	34,3	23,5	28,2	33,1	22,4
Dienstleistungen (in %)	30,5	29,2	32,1	30,5	28,8	32,5	30,6	28,8	32,8	31,1	29,2	33,5
Arbeitslosigkeit												
AKE - Arbeitslosigkeit (in 1.000)	791	399	392	706	364	342	732	410	322			
1. Quartal	1.009	530	479	753	387	366	820	458	362	901	545	356
2. Quartal	720	366	354	662	332	330	664	362	302	733	428	305
3. Quartal	712	342	370	674	342	332	673	379	294			
4. Quartal	723	359	364	736	395	341	773	442	331			
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	6,7	6,3	7,3	6,0	5,7	6,4	6,3	6,5	6,1	8,2	8,9	7,2
1. Quartal	9,3	8,7	10	6,7	6,2	7,3	7,4	7,4	7,3	6,2	6,7	5,5
2. Quartal	5,9	5,6	6,3	5,5	5,2	5,9	5,6	5,7	5,5			
3. Quartal	5,8	5,2	6,5	5,5	5,2	5,8	5,6	5,9	5,3			
4. Quartal	6,2	5,6	6,9	6,4	6,3	6,5	6,8	7,1	6,5			
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	20,2	17,5	23,9	18	15,9	20,7	18,3	17,3	19,7	19,5	19,8	19,0
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	0,9	1,2	0,5	0,8	1,2	0,4	0,7	1,1	0,1	0,9	1,2	0,5
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	51,3	48,7	54,0	47,7	44,1	51,6	41,9	39,7	44,5	44,0	41,0	48,4
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	658	303	355	881	452	429	1.025	540	485			
März	1.031	500	531	758	385	373	953	508	445	1.183	654	529
Juni	798	371	427	728	359	369	884	455	429	1.122	600	522
September	665	307	358	721	357	364	857	437	420	1.074	578	496
Dezember	658	303	355	881	452	429	1.025	540	485			

Erwerbsbevölkerung. Personen die in nicht-privaten Haushalten leben sind nicht inkludiert
 Die Beschäftigung nach Sektoren 1999 ist der Durchschnitt vom ersten und zweiten Quartal
 Dies gilt auch für die Arbeitslosenquote der Jugendlichen und Älteren

Slowenien

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
Bevölkerung												
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	1.993	964	1.029	1.973	962	1.011	1.969	961	1.008			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	1.393	694	698	1.378	696	683	1.385	701	684			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	69,9	72,1	67,8	69,9	72,3	67,5	70,3	72,9	67,9			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	17,5	18,5	16,5	17,1	18,0	16,3	16,8	17,7	16,0			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	12,6	9,4	15,6	13,0	9,7	16,2	12,9	9,4	16,2			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	946	506	440	966	518	448	983	527	455			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	67,9	72,9	63,0	70,1	74,4	65,6	71,0	75,2	66,5			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	878	468	410	906	488	418	901	487	414			
1. Quartal							890	481	409	876	472	404
2. Quartal				898	482	416	907	487	420	892	482	410
3. Quartal				914	493	421	908	493	415	893	485	409
4. Quartal				906	488	418	897	485	413			
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	63,0	67,4	58,7	65,7	70,1	61,2	65,1	69,5	60,5			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	10,1	10,7	9,5	12,7	12,2	13,4	11,5	11,3	11,6	10,2	10,1	10,3
Industrie (in %)	42,1	50,5	32,3	40,1	48,6	30,1	39,2	47,7	29,2	38,4	47,1	28,3
Dienstleistungen (in %)	47,8	38,8	58,1	47,2	39,3	56,5	49,3	40,9	59,1	51,1	42,4	61,3
Arbeitslosigkeit												
AKE - Arbeitslosigkeit (in 1.000)	69	38	31	72	37	35	77	40	36			
1. Quartal							82	42	40	73	39	34
2. Quartal				69	36	32	75	40	35	71	37	34
3. Quartal				70	36	34	74	40	34	73	38	35
4. Quartal				77	40	37	76	40	36			
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	7,3	7,5	7,0	7,4	7,1	7,6	7,9	7,7	8,1	7,7	7,6	7,8
1. Quartal							8,4	7,9	9,0	7,4	7,2	7,6
2. Quartal				7,1	7,0	7,2	7,7	7,6	7,7	7,4	7,2	7,6
3. Quartal				7,2	6,8	7,6	7,5	7,5	7,6	7,6	7,2	7,9
4. Quartal				7,8	7,6	8,1	7,8	7,6	8,1			
Jugend arbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	18,8	18,9	18,7	17,3	15,7	19,3	18,5	17,8	19,2			
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	3,4	3,4		3,2	3,9		4,2	5,0				
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	52,2	52,7	51,6	52,9	57,8	47,5	55,5	55,1	56,0			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	125	65	60	129	66	63	127	63	63			
März				124	64	60	128	65	63	123	62	61
Juni				114	59	55	123	62	62	117	57	60
September				118	61	57	125	62	63	115	56	59
Dezember				125	65	60	129	66	63			

Erwerbsbevölkerung: Personen, die den verpflichtenden Wehrdienst ableisten und Personen, die in nicht-privaten Haushalten leben, sind nicht inkludiert
 Die Beschäftigung nach Sektoren 1999 ist der Durchschnitt von erstem und zweitem Quartal

Slowakei

	1996			1997			1998			1999		
	Total	H	F	Total	H	F	Total	H	F	Total	H	F
Bevölkerung												
AKE-Bevölkerung (in 1.000)	5.368	2.614	2.754	5.379	2.618	2.760	5.388	2.622	2.766	5.393	2.624	2.770
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	3.585	1.775	1.810	3.617	1.792	1.825	3.648	1.809	1.840	3.681	1.826	1.855
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	66,8	67,9	65,7	67,2	68,4	66,1	67,7	69,0	66,5	68,3	69,6	67,0
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	22,3	23,4	21,2	21,7	22,8	20,6	21,1	22,1	20,0	20,4	21,5	19,4
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	10,9	8,7	13,1	11,1	8,8	13,3	11,2	8,9	13,5	11,3	8,9	13,6
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	2.509	1.375	1.134	2.522	1.387	1.135	2.545	1.407	1.138	2.573	1.414	1.159
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	70,0	77,5	62,7	69,7	77,4	62,2	69,8	77,8	61,8	69,9	77,4	62,5
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	2.225	1.235	990	2.206	1.217	989	2.199	1.210	988	2.132	1.164	968
1. Quartal	2.203	1.224	979	2.216	1.222	994	2.196	1.209	987	2.158	1.183	975
2. Quartal	2.218	1.231	986	2.207	1.216	991	2.201	1.212	990	2.128	1.159	969
3. Quartal	2.241	1.242	998	2.201	1.214	987	2.198	1.210	987	2.125	1.158	967
4. Quartal	2.239	1.241	998	2.200	1.216	984	2.199	1.210	988	2.118	1.155	963
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	62,1	69,6	54,7	61,0	67,9	54,2	60,3	66,9	53,7	57,9	63,7	52,2
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	8,9	10,9	6,4	9,2	11,4	6,4	8,2	10,4	5,7	7,4	9,6	4,7
Industrie (in %)	39,5	48,4	28,5	39,3	49,0	27,4	39,5	49,7	27,0	38,5	48,7	26,1
Dienstleistungen (in %)	51,6	40,7	65,2	51,5	39,6	66,2	52,3	39,9	67,3	54,2	41,7	69,2
Arbeitslosigkeit												
AKE- Arbeitslosigkeit (in 1.000)	284	141	144	298	152	146	317	168	150	417	227	190
1. Quartal	308	155	154	303	153	150	320	171	149	393	212	181
2. Quartal	279	139	139	286	145	141	306	164	142	404	221	183
3. Quartal	275	135	140	302	155	148	325	172	152	430	235	195
4. Quartal	275	134	141	298	155	144	319	163	155	441	239	202
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	11,3	10,2	12,7	11,8	10,9	12,8	12,5	11,9	13,2	16,2	16,0	16,4
1. Quartal	12,3	11,2	13,6	12,0	11,0	13,1	12,6	12,2	13,1	15,3	14,9	15,6
2. Quartal	11,2	10,2	12,4	11,4	10,5	12,5	12,1	11,7	12,5	15,8	15,7	15,9
3. Quartal	10,9	9,8	12,3	12,0	11,1	13,0	12,7	12,2	13,4	16,7	16,6	16,8
4. Quartal	10,9	9,7	12,4	11,8	11,1	12,7	12,5	11,6	13,6	17,1	16,8	17,3
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	21,0	20,6	21,6	21,7	21,0	22,5	23,6	23,8	23,3	32,1	32,1	32,1
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	6,6	7,2	4,7	6,8	7,0	6,0	7,4	7,0	8,4	9,4	10,4	6,4
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	51,6	51,7	51,4	50,3	48,2	52,4	50,7	48,5	53,1	46,9	44,4	49,8
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	330	157	173	348	171	177	428	228	201	535	299	236
März	343	173	170	350	175	174	371	192	179	469	261	208
Juni	311	147	165	320	153	167	375	189	186	496	271	226
September	314	143	171	337	160	177	386	194	191	498	271	227
Dezember	330	157	173	348	171	177	428	228	201	535	299	236

AKE-Bevölkerung: die Zahlen werden nach der Methodik der AKE verwendet, d.h. die Bevölkerungsdaten beziehen sich auf das Ende des vorangegangenen Jahres

Erwerbsbevölkerung: seit 1997 sind Personen, die den verpflichtenden Wehrdienst ableisten inkludiert

Beschäftigung: Personen, die den verpflichtenden Wehrdienst ableisten sind nicht inkludiert

Die Beschäftigung nach Sektoren 1999 ist der Durchschnitt von erstem, zweitem und drittem Quartal

Arbeitslosigkeit: Personen, die den verpflichtenden Wehrdienst ableisten sind nicht inkludiert

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
	Bevölkerung											
Bevölkerung, jährlicher Durchschnitt	3.283	1.624	1.659	3.324	1.629	1.695	3.354	1.649	1.704			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	2.000	977	1.023	2.026	980	1.046	2.054	998	1.056			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	60,9	60,2	61,7	60,9	60,2	61,7	61,3	60,5	62,0			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	33,0	34,5	31,4	33,0	34,5	31,4	32,6	34,1	31,2			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	6,1	5,3	6,9	6,1	5,3	6,9	6,1	5,4	6,9			
Beschäftigung												
Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	1.274	764	510	1.301	794	507	1.320	803	517			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	63,7	78,2	49,9	64,2	81,0	48,5	64,3	80,5	49,0			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	1.116	676	440	1.107	684	423	1.085	676	409			
1. Quartal	1.147			1.112			1.107			1.083		
2. Quartal	1.148			1.111			1.106			1.083		
3. Quartal	1.148			1.109			1.106			1.082		
4. Quartal	1.116			1.107			1.085					
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	55,8	69,2	43,0	54,7	69,8	40,4	52,8	67,7	38,7			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	70,3			69,6			70,8					
Industrie (in %)	9,6			9,3			8,8					
Dienstleistungen (in %)	20,1			21,0			20,4					
Arbeitslosigkeit												
Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	12,4	11,5	13,7	14,9	13,9	16,6	17,8	15,8	20,9			
1. Quartal	12,6			12,9			15,9			17,9		
2. Quartal	12,4			13,6			16,5			17,8		
3. Quartal	12,4			14,7			17,2			18,0		
4. Quartal	12,4			14,9			17,8					
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	75,9	75,0	77,1	84,0	83,6	84,5	88,9	89,0	88,9			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	158	88	70	194	109	85	235	127	108			
März	165	86	78	165	90	75	210	118	92	237	128	109
Juni	162	87	76	175	96	79	219	120	99	236	128	108
September	162	88	74	190	109	81	229	123	106	238	129	109
Dezember	158	88	70	194	109	85	235	127	108			

Alle Daten stammen aus Verwaltungsangaben

Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien

	1996			1997			1998			1999		
	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F	Total	M	F
	Bevölkerung											
Bevölkerung (in 1.000), Periodenende	1.983	993	990	1.997	1.000	997	2.008	1.005	1.003			
Bevölkerung im Alter 15-64 (in 1.000)	1.288	647	642	1.323	660	664	1.339	675	664			
Bevölkerung im Alter 15-64 in % der Gesamtbev.	67,2	67,0	67,4	67,3	67,2	67,5	66,7	67,2	66,2			
Bevölkerung im Alter 0-14 in % der Gesamtbev.	25,1	25,7	24,5	24,2	25,0	23,4	25,1	25,1	23,8			
Bevölkerung im Alter 65+ in % der Gesamtbev.	7,7	7,3	8,1	8,5	7,9	9,1	8,2	7,7	10,0			
Beschäftigung												
AKE - Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	789	480	309	801	490	310	824	507	317			
Erwerbsquote (Erwerbsbev. in % der Bev. im Alter 15-64)	61,3	74,2	48,1	60,5	74,2	46,7	61,5	75,1	47,7			
Gesamtbeschäftigung (in 1.000)	538	341	197	512	328	185	540	342	198			
Beschäftigungsquote (Gesamtbesch. in % der Bev. im Alter 15-64)	41,7	52,7	30,7	38,7	49,8	27,9	40,3	50,7	29,8			
Beschäftigung in der Landwirtschaft (in % der Gesamtbesch.)	18,6			18,5								
Industrie (in %)	28,9			27,4								
Dienstleistungen (in %)	52,5			54,1								
Arbeitslosigkeit												
AKE - Arbeitslosigkeit (in 1.000)	251	140	112	288	162	126	284	165	119			
AKE - Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % der Erwerbsbev.)	31,9	29,1	36,2	36,0	33,0	40,8	34,5	32,6	37,6			
Jugendarbeitslosenquote (in % der Erwerbsbev. im Alter 15-24)	69,5	67,7	72,1	74,2	72,0	77,5	70,8	69,3	73,5			
Arbeitslosenquote Älterer (in % der Erwerbsbev. im Alter 55-64)	9,6	9,7	9,0	10,7	11,1	9,2	13,4	14,5	9,4			
Langzeitarbeitslose (in % der gesamten Arbeitslosen)	80,7	80,9	80,4	83,1	82,0	84,5	82,9	81,6	84,8			
Registrierte Arbeitslose (in 1.000), Periodenende	238			253								
März	234			250								
Juni	237			252								
September	239			256								
Dezember	245			258								

Jährliche AKE im April
 Beschäftigung nach Sektoren: nicht gänzlich entsprechend der NACE

Abkürzungen und methodische Anmerkungen

Für weiterführende Hinweise zu grundlegenden Definitionen im Zusammenhang mit methodischen Fragestellungen ersuchen wir, die Anmerkungen im ersten Band zu berücksichtigen.

Abkürzungen

Länder

ME	Mitteuropa
AL	Albanien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
EE	Estland
HU	Ungarn
LT	Litauen
LV	Lettland
MK	Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM im Text)
PL	Polen
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Indices

ADI	Ausländische Direktinvestitionen
ECU	Europäische Währungseinheit
KKS	Kaufkraft-Standards
BIP	Bruttoinlandsprodukt
VPI	Verbraucherpreisindex

Organisationen

RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
CEFTA	Zentraleuropäisches Freihandels-Abkommen
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IWF	Internationaler Währungsfonds
WTO	Welthandelsorganisation

Standardisierung

IKAS	Internationale Konferenz der Arbeitstatistiker
ISCED	Internationale Systematik im Bildungsbereich
ISCO	Internationale Systematik der Beschäftigungsverhältnisse
NACE	- Statistische Systematik der Wirtschaftstätigkeiten

Wirtschaftliche Tätigkeiten werden nach der seit 1993 verpflichtend anzuwendenden NACE-Systematik (Statistische Systematik der Wirtschaftstätigkeiten in der Europäischen Gemeinschaft, Revision 1) klassifiziert. Die folgende Tabelle stellt die Zuordnung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu den drei in diesem Bericht verwendeten Hauptsektoren - Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen - dar.

Sektor

Code und Wirtschaftstätigkeiten

Landwirtschaft

A 01-02 Land- und Forstwirtschaft, B 05 Fischerei und Fischzucht

Industrie

C 10-14 Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, D 15-37 Sachgütererzeugung, E 40-41 Energie- und Wasserversorgung, F 45 Bauwesen

Dienstleistungen

G 50-52 Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, H 55 Beherbergungs- und Gaststättenwesen, I 60-64 Verkehr und Nachrichtenübermittlung, J 65-67 Kredit- und Versicherungswesen, K 70-74 Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen, L 75 Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, M 80 Unterrichtswesen, N 85 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, O 90-93 Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen, P 95 Private Haushalte, Q 99 Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Generelle Bemerkungen

- AL Alle Daten entstammen Angaben der öffentlichen Verwaltung
- BG Die Beschäftigung nach Wirtschaftssektoren basiert auf Angaben der Verwaltung; d.h. auf einer jährlichen umfassenden Erhebung, die alle Angestellten im private und öffentlichen Sektor einschließt; die Daten für 1996 sind geschätzte Daten, seit 1997 werden die Daten gemäß der NACE gegliedert

Generelle Bemerkungen zur AKE

- BG Erwerbsbevölkerung: den verpflichtenden Wehrdienst ableistende Personen sowie eine Militärschule besuchende Personen sind nicht inkludiert
- CZ Beschäftigung: nach Sektoren bezieht sich auf die Beschäftigung im zivilen Bereich; der Unterschied zwischen der Beschäftigung in der Nationalen Wirtschaft und der Beschäftigung im zivilen Bereich beträgt rund 50.000 Personen.
- EE Beschäftigung: Personen die den verpflichtenden Wehrdienst ableisten ebenso wie Personen auf Kinderbetreuungsurlaub sind ausgenommen; Personen in Karenz sind inkludiert.
- HU Aufgrund einer Ausweitung der Stichprobengröße sind die Daten für 1998 nicht mit jenen der vorangegangenen Jahre vergleichbar.

Beschäftigung: Personen auf Kinderbetreuungsurlaub sind nicht inkludiert.
- PL Erwerbsbevölkerung: beinhaltet nicht Haushaltsangehörige die im Ausland waren sowie Personen in nicht-privaten (kollektiven) Haushalten; inkludiert waren Mitglieder des Militärs, die in privaten Haushalten leben.

Beschäftigung: Personen in Karenz sind inkludiert, Personen auf Kinderbetreuungsurlaub sind nicht inkludiert

Langzeitarbeitslosigkeit: eine Dauer von 13 und mehr Monaten.
- RO Personen, die in nicht-privaten Haushalten leben sind nicht inkludiert.
- SI Personen, die den verpflichtenden Wehrdienst ableisten sowie Personen in nicht-privaten Haushalten sind nicht inkludiert.
- SK Erwerbsbevölkerung: seit 1997 sind Personen, die den verpflichtenden Wehrdienst ableisten inkludiert.

Beschäftigung, Arbeitslose: den Wehrdienst Ableistende sind nicht inkludiert.

Europäische Kommission

Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas

Nr. 2, Januar 2000

Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2000 - 64 S. - 21 x 29,7 cm

ISSN 1563-2105

Diese Publikation beinhaltet einen kurzen Überblick zu den jüngsten Arbeitsmarktentwicklungen in den Ländern Mitteleuropas, sowie im speziellen zu den regionalen Arbeitsmärkten der Tschechischen Republik, Estlands, Ungarns, Polens und Sloweniens. Die im Statistischen Annex angeführten Schlüsselindikatoren für die zehn mitteleuropäischen Beitrittskandidaten, sowie Albanien und FYROM, bieten einen raschen Überblick für den Zeitraum 1996 bis 1999.